

WEM GEHÖRT DIE STADT?

DIE ZEITUNG ZUM AKTIONSTAG AM 11. JUNI 2011

WEM GEHÖRT
DIE STADT?
MENSCHEN STRASSEN



WEITERE INFOS [HTTP://WWW.WEMGEHÖRDIESTADT.NET](http://www.wemgehörtdiestadt.net)

LIEBE LESER_INNEN,

in der Hand haltet ihr ein Exemplar der Zeitung des »Wem gehört die Stadt?«-Netzwerks anlässlich unseres Aktionstages am 11. Juni 2011.

Ende Februar kamen verschiedenste Frankfurter Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen erstmals zusammen, um eine stadtweite szenenübergreifende Vernetzung anzustoßen. Hieraus entstand das Netzwerk »Wem gehört die Stadt?«, das sich zusammengeschlossen hat um der neoliberalen Umgestaltung des städtischen Raumes entgegenzutreten. Als emanzipatorisches Netzwerk aus Mieter_innen- und Bürger_inneninitiativen aus den einzelnen Stadtteilen, migrantischen Gruppen, selbstverwalteten Zentren und linksradikalen Zusammenhängen sollen gemeinsam die immer weiter voranschreitenden Verdrängungs- und Gentrifizierungsprozesse in Frankfurt thematisiert und gemeinsame Handlungsoptionen entwickelt werden.

Eine erste gemeinsame Aktion fand am 16. Mai beim sogenannten Bürgerforum zum »Kultur-Campus« in Bockenheim statt. Einen ausführlichen Artikel zur Aktion findet ihr auf der Seite 7.

Der Slogan des Netzwerks »Wem gehört die Stadt?« stellt in erster Linie Eigentumsverhältnisse in Frage, und ist die Provokation, mit der wir in den städtischen Raum intervenieren wollen. Gehört die Stadt überhaupt? Wir wollen mit der Frage die Möglichkeiten, die eine Stadt bietet, ausfindig machen und vor allem die Grenzen, die die gesamte Stadt durchziehen, benennen und angreifen. Sie drückt außerdem aus, dass wir auf der Suche nach unserem Verhältnis zu dieser Stadt sind. Gehört sie auch denen, die besitzlos sind? Wollen wir, dass sie uns gehört? Und was ist mit denen, die nicht darin leben, weil sie nicht können oder dürfen? Eine Frage ruft nach Antworten, die mit Sicherheit sehr unterschiedlich ausfallen werden. Eins unserer Ziele jedenfalls ist, mit Interventionen in der Stadt Ideen einer Gesellschaft aufzuzeigen, in der Leben eine andere Bedeutung hat als Lohnarbeit und Freizeitpark. (Weitere Informationen zu unserem Selbstverständnis findet ihr auf Seite 3)

Der Aktionstag am 11. Juni stellt in dieser Auseinandersetzung die erste größere gemeinsame Aktion des Netzwerks dar. Ziel ist es, auf unterschiedliche Weise und mit den vielfältigsten Aktionsformen das Netzwerk bekannter zu machen, die Grenzen der Frage »Wem die Stadt gehört?« auszuloten und im besten Fall neu zu bestimmen. Dabei steht der Aktionstag nicht für den abschließenden Höhepunkt einer Kampagne, sondern für den Start einer kontinuierlichen gemeinsamen Auseinandersetzung mit Verdrängung und Gentrifizierung.

So vielfältig wie die beteiligten Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen, sind auch die Beiträge und Artikel in dieser Zeitung. Deshalb überlassen wir an dieser Stelle den am Netzwerk Beteiligten das Wort.

Wir sehen uns bei Aktionstag!
Wem gehört die Stadt?

P.S.: Auf Grund der skandalösen und – selbst nach rechtsstaatlichen Standards – illegalen Hausdurchsuchung in einer linken Wohngemeinschaft und der darauffolgenden Kriminalisierung durch Polizei und der regionale Presse möchten wir als Netzwerk unsere Solidarität mit den Betroffenen zum Ausdruck bringen. Die Kriminalisierung linker Bewegungen und Proteste – hier des Bündnisses gegen die Innenministerkonferenz in Frankfurt – ist immer ein Angriff auf uns alle. Wir lassen uns nicht Spalten und sagen: Jetzt erst Recht! Aktionstag am 11. Juni, Demonstration gegen das Abschieberegime am 20. Juni um 18 Uhr im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens und »Innenministerkonferenz auflösen!« am 22. Juni um 18 Uhr an der Hauptwache! (Weitere Informationen auf den Seiten 14 und 15)

AStA Der Aktionstag und diese Zeitung werden durch den Allgemeinen Studierenden Ausschuss (AStA) der Gothe-Uni unterstützt (www.asta.uni-frankfurt.de).

AKTIONSTAG

Hier eine Übersicht über die verschiedenen Aktionen zum »Wem gehört die Stadt?«-Aktionstag. Wie immer gilt: Haltet die Augen und Ohren offen!

12 Uhr	Zweites Frühstück am Kurfürstenplatz
13.30 Uhr	im Anschluss Stadtteilspaziergang durch Bockenheim
15 Uhr	Aktionistisches Sightseeing [Start: Historisches Museum]
15 bis 20 Uhr	»I love Wasserhäuschen« in und um die Koblenzer Straße [Gallus] [weitere Infos auf Seite 12]
17 Uhr	Öffentliche Kantine an der Bockenheimer Warte
17 bis 19 Uhr	Diskussion, Kennenlernen und Vernetzung im Frauenraum alle FrauenLesbenTrans* sind herzlich eingeladen [weitere Infos auf Seite 10]
18 Uhr	Ruhestörung statt Lärmbelästigung [weitere Infos auf Seite 5]

Infos und Hilfe bekommt ihr hier:

EA	0160-95 65 74 26 [Aktionstag, ab 12 Uhr]
Infotelefon	0176-74 54 99 91 [Aktionstag, ab 12 Uhr]
Live-ticker	http://www.wemgehoertdiestadt.net/ticker/ [Aktionstag, ab 12 Uhr]

WEITERE TERMINE

Mittwoch, 8. Juni 2011 ab 15 Uhr

»Sommerlounge« des »Wem gehört die Stadt?«-Netzwerks

Klapperfeld, Klapperfeldstraße 5, 60313 Frankfurt (www.faitesvotrejeu.tk)

Mit gemütlicher Musik, kalten Getränken, Cocktails und kleinen Leckereien zur Unterstützung des Aktionstags am 11. Juni. Im Anschluss wird um 21 Uhr ein Film über Gentrifizierung und Verdrängung in Frankfurt gezeigt.

Montag, 20. Juni 2011 um 18 Uhr

Tatort Flughafen – Das Abschieberegime stoppen

Demonstration im Terminal 1 des Frankfurter Flughafens im Bereich B

Weitere Infos auf: rhein-main.antira.info und noborderffm.blogspot.de

Mittwoch, 22. Juni um 18 Uhr | Hauptwache

IMK auflösen! Bundesweite Demo gegen die Innenministerkonferenz in Frankfurt

Weitere Infos auf: imkaufloesen.blogspot.de

Impressum

Zeitung zum Aktionstag des »Wem gehört die Stadt?«-Netzwerks

Herausgebende: Wem gehört die Stadt? | V.i.S.d.P.: P. Roth, Römerberg 23, 60311 Ffm

Auflage: 10.000 | Jahrgang: 2011 | Kontakt: wemgehoertdiestadt@yahoo.de

Fotos und Abbildungen: S. 4 (Einkaufswagen): kallejipp | photocase.com; S. 6 (Studierendenhaus): David Schommer; S. 10 (male, female, fuck off): Terrorkind | photocase.com

Alle weiteren Bilder sind von den an dieser Zeitung beteiligten Initiativen, Gruppen und Autor_innen eingereicht worden.

INHALTSVERZEICHNIS

VERHALTENTIPPS BEI DEMOS	2
SELBSTVERSTÄNDNIS DES NETZWERKS	3
SO SIEHT'S AUS – FICK DICH, FRANKFURT!	3
DIE NEOLIBERALE STADT IM GLOBALEN WETTBEWERB?	4
INNENSTADTKONZEPT? SCHEISSE!	4
DAS RECHT AUF DIE STADT	5
RUHESTÖRUNG STATT LÄRMBELÄSTIGUNG!	5
GEHÖRT DIE STADT WEM?	6
CAMPUS FÜR ALLE!	6
STUDIERENDENHAUS	6
SELBSTINSZENIERUNG SCHEITERT KLÄGLICH – PETRA ROTH GEHT IN JUBEL UNTER!	7
BÜRGERBETEILIGUNG IM PLANUNGSPROZESS CAMPUS BOCKENHEIM	7
RECHT AUF STADT: RECHT AUF ANTISEXISTISCHEN UND ANTI-RASSISTISCHEN RAUM!	10
WIR WOLLEN FREIRAUM FÜR KUNST!	10
BRIEF AN EINE FREUNDIN..	10
DER NEUBAU EINER ALTSTADT ALS MATERIELLE GRUNDLAGE EINES SCHLUSSTRICHS UNTER DER AUSEINANDERSETZUNG MIT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN VERGANGENHEIT	11
FRANKFURT UNTERM NAZI-ADLER	11
AUS DEN STADTEILEN	12
STADT UND WEB – SCHRÄGERE ALLIANZEN	12
I ♥ WASSERHÄUSCHEN	12
INTERVIEW MIT SPOT, DENK UND MINSK	13
[WEM GE-]HÖRT DIE STADT?!	13
STENCILS	13
NO BORDERS – AUCH INNERHALB FRANKFURTS!	
GEGEN SICHTBARE UND UNSICHTBARE GRENZEN	14
DEMO GEGEN REPRESSION IM VORFELD DER IMK	15
ERNEUT BRUTALE UND ÜBERZOGENE POLIZEIAKTION VON BEAMTEN DES 17. REVIERS GEGENÜBER ROMA	15
POLIZEI: TAG DER GESCHLOSSENEN TÜR	15

VERHALTENTIPPS BEI DEMOS

Vor der Demo

- ▶ geht auf Vorbereitungstreffen
- ▶ organisiert euch, bildet Gruppen
- ▶ EA-Nummer notieren

Mitnehmen:

- ▶ Gültiger Personalausweis
- ▶ Stift und Papier
- ▶ Telefonkarte & ausreichend Geld
- ▶ Benötigte Medikamente
- ▶ Angemessene Kleidung (evtl. Klamotten zum Wechseln)
- ▶ Verpflegung & Stadtplan

Nie mitnehmen:

- ▶ Alkohol und andere Drogen
- ▶ Adressbücher auch nicht im Handy gespeicherte
- ▶ Daten(z.B. USB-Stick) und andere persönliche Aufzeichnungen

Bei der Demo

- ▶ Die Demo geschlossen halten (bei Bedarf Ketten bilden)
- ▶ Beim Weggehen Absprachen treffen
- ▶ Ruhig bleiben und keine Gerüchte schüren
- ▶ Die Demo am Ende gemeinsam verlassen

Festnahme – und dann?

- ▶ Bei Festnahme laut Deinen Namen und Wohnort rufen.
- ▶ Die Polizei kann Personalien feststellen, d.h. den Ausweis verlangen und Angabe von Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum und –ort, allg. Berufsbezeichnung (z.B. Arbeiterin, AngestellteR, StudentIn) aber NICHT Schule, Arbeitsstelle, Angabe zu Eltern, sonstigen persönlichen Verhältnissen etc.
- ▶ Du solltest nichts unterschreiben. Du kannst in einer derartigen Situation nicht überblicken, welche Auswirkungen die Unterschrift von Dir haben kann. Du bist auch nicht zu einer Unterschrift verpflichtet. Dir können aus der Verweigerung Deiner Unterschrift keine Nachteile entstehen.

ED-Behandlung:

- ▶ Es kann sein, dass Du erkennungsdienstlich behandelt wirst (Fingerabdruck, Foto). Dies sagt nichts aus über den Tatvorwurf.

- ▶ Du hast keine rechtliche Möglichkeit, die ED-Behandlung zu verhindern, aber bleibt souverän und lass' Dir nicht alles gefallen! Mache keine Angaben zu sonstigen persönlichen Merkmalen (Muttermale, Narben, Tattoos etc.)
- ▶ In jeden Fall solltest du Widerspruch gegen die ED-Behandlung einlegen. * Achte darauf, dass dein Widerspruch zu Protokoll genommen wird. Auch hier nichts unterschreiben.

Verhör:

- ▶ Bestehe auf Deine Rechte.
- ▶ Du hast das Recht auf einen Anruf (EA, Anwältin) nach § 34 II HSOG.
- ▶ Wenn du Jugendlicher (bis 18) oder Heranwachsender (bis 21) bist, haben deine Eltern umgehend das Recht zu erfahren, wo du festgehalten bzw. was mit dir passiert. Es gelten viel strengere Vorschriften, die der Polizei vorschreibt wie sie mit dir umzugehen hat (PDV 382).
- ▶ Bei einer Verletzung hast Du ein Recht auf ärztliche Behandlung.
- ▶ Mache keinesfalls Angaben zur Sache! (Ausageverweigerung nach § 12 Abs. II HSOG). Auch außerhalb der Vernehmung nicht. Keine Gespräche mit der Polizei. Jedes Gespräch ist eine Vernehmung. Alles, was Du dabei sagst, kann und wird gegen Dich und Deine FreundInnen verwendet werden, selbst wenn Du glaubst, Entlastendes zu sagen.
- ▶ Falle auf keine Versprechungen der Polizei rein, sie kann sie eh nicht einhalten!
- ▶ Lasse Dich durch keine Drohungen einschüchtern.
- ▶ Keine Gespräche über Tathergänge. Vorsicht Spitzel und Wanzen!
- ▶ Die Polizei darf Dich längstens bis 24 Uhr des nächsten Tages festhalten. Bei weiterer Haftdauer musst Du dem Haftrichter vorgeführt werden.
- ▶ Es kann auch passieren, dass Du vor einer Aktion/Demo in Gewahrsam genommen wirst, bis längstens bis zum Ende der Aktion. Dann unbedingt richterliche Vorführung fordern. Oder Du kriegst einen Platzverweis, also das Verbot, einen bestimmten Platz zu betreten. Wenn Du es dennoch tust, kann es zu einer Ingewahrsamnahme kommen.

Nach der Freilassung:

- ▶ Rufe den EA an und sage, dass Du wieder draußen bist.
- ▶ Fertige sofort ein schriftliches Gedächtnisprotokoll(GP) an, mit Angabe der Umstände der eigenen Festnahme und Festnahme Anderer.
- ▶ Es ist wichtig, dass du das GP so genau und detailliert wie möglich schreibst, besonders die Art und Weise deiner Festnahme und was mit Euch gemacht wurde. Soweit möglich, schreibe die Adressen der Zeuginnen und Deiner Mitgefangenen auf. Bringe das Protokoll zum EA oder zu Anwältin/Anwalt.
- ▶ Lasse Verletzungen umgehend behandeln. Lass Dir ein Attest über Deine Verletzung ausstellen. Du bist nicht verpflichtet, Angaben zum Verletzungshergang zu machen.

Verhalten als Zeugin:

- ▶ Siehst Du eine Festnahme, bemühe Dich um Namen und Adresse der Festgenommenen und weiterer Zeuginnen, notiere Ort, Umstände und Uhrzeit. Wichtig sind auch Informationen über ausländerrechtliche Umstände und Verletzungen.
- ▶ Wenn möglich notiere auch die Nummer der Polizeieinheit, Dienstnummern der Beamten & Kennzeichen der Fahrzeuge.
- ▶ Gib diese Informationen sofort an den EA weiter!
- ▶ Hilfreich ist auch ein Gedächtnisprotokoll Deiner Beobachtungen.

Keine Panik! Bleib souverän und lass dir nicht alles gefallen! Besteh auf deine Rechte!

Quelle: www.ea-frankfurt.org

Weitere Tipps Rechtshilfetipps gibt es bei folgenden Gruppen:

EA-Frankfurt:
www.ea-frankfurt.org

Rote Hilfe Bundesverband
www.rote-hilfe.de

Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Frankfurt
rhffm.blogspot.eu

SELBSTVERSTÄNDNIS DES NETZWERKS



»Wem gehört die Stadt?«-Netzwerk

»Die Frage, welche Stadt wir wollen, lässt sich nicht von der Frage trennen, was für Menschen wir sein wollen, welche sozialen Beziehungen wir anstreben, (...)
David Harvey

Der Slogan des Netzwerks »Wem gehört die Stadt?« stellt in erster Linie Eigentumsverhältnisse in Frage, und ist die Provokation, mit der wir in den städtischen Raum intervenieren wollen. Gehört die Stadt überhaupt? Wir wollen mit der Frage die Möglichkeiten, die eine Stadt bietet, ausfindig machen und vor allem die Grenzen, die die gesamte Stadt durchziehen, benennen und angreifen. Sie drückt außerdem aus, dass wir auf der Suche nach unserem Verhältnis zu dieser Stadt sind. Gehört sie auch denen, die besitzlos sind? Wollen wir, dass sie uns gehört? Eine Frage ruft nach Antworten, die mit Sicherheit sehr unterschiedlich ausfallen werden. Eins unserer Ziele jedenfalls ist, mit Interventionen in der Stadt Ideen einer Gesellschaft aufzuzeigen, in der Leben eine andere Bedeutung hat als Lohnarbeit und Freizeitpark.

Was tun?

Wir wollen, dass nicht die soziale Herkunft oder die Hautfarbe darüber entscheidet, wer eine Wohnung in der Stadt bekommt. Wir wollen uns unkontrolliert und nach eigenem Belieben überall bewegen können. Wir wollen eine Stadt, in der das Wohnen ein bedingungsloses Recht aller ist, völlig egal, welche materiellen Ressourcen ihnen zur Verfügung stehen und egal, in welche Kategorie von »Nützlichkeit« irgendwer gesteckt wird. Mieter_innen Initiativen für bezahlbaren Wohnraum, die Forderung nach sozialem Wohnungsbau in Mitten der Städte und Kämpfe gegen Aufwertung und die damit einhergehende Verdrängung und Umstrukturierung wollen wir unterstützen und bestärken. Gleichzeitig sind wir der Meinung: Wohnraum darf keine Ware sein, Stadt darf keine Ware sein! Für eine Politik, die »Frankfurt für alle« proklamiert, aber »Frankfurt für alle, die es sich leisten können« meint, stehen wir als Netzwerk nicht zur Verfügung. Das schließt auch aus, dass wir uns an Runde Tische setzen, wo mit Petra Roth über die weitere und beschleunigte Privatisierung des öffentlichen Raums geredet wird. Oder wo die Schaffung von »attraktiven Wohnangeboten« für angebliche Leistungsträger Thema ist.

Vernetzen!

Mittlerweile beschäftigen sich die unterschiedlichsten Menschen, Initiativen und Gruppen in Frankfurt mit der neoliberalen Umgestaltung des städtischen Raums. Allerdings gibt es in Frankfurt, anders als beispielsweise in Hamburg (Recht auf Stadt) bisher keine stadtweite Vernetzung, die einen Austausch über einzelne Gruppen und Initiativen hinaus ermöglicht. Mit der Schaffung des Netzwerks »Wem gehört die Stadt?« soll sich das ändern:

Teil des Netzwerks können alle sein, die sich im weitesten Sinne mit Gentrifizierung, Verdrängung und Überwachung etc. beschäftigen, oder direkt von ihr betroffen sind und dagegen emanzipatorische Vorstellungen erkämpfen wollen.

Ein Netzwerk wird trotz und wegen aller Unterschiedlichkeiten die Möglichkeit bieten, sich auszutauschen, über Aktionen zu informieren oder Bündnisse zu konkreten Anlässen zu schließen. Wir wollen uns so gegenseitig unterstützen und stärken, ohne immer über alle politischen Fragen gleicher Auffassung sein zu müssen.

Das Netzwerk ist kein Bündnis!

Schon jetzt haben wir uns im Netzwerk auf einige strukturelle Vorgehensweisen geeinigt.

Es gibt keine Sprecher_innen und keine gemeinsamen Aufrufe oder Texte. Die im Netzwerk beteiligten Gruppen verfassen ihre eigenen Aufrufe, machen ihre eigenen Aktionen und verwenden dabei das gemeinsame Label »Wem gehört die Stadt?«. Wird es nötig als Netzwerk öffentlich aufzutreten, können das Vertreter_innen der einzelnen Gruppen übernehmen – allerdings muss immer klar sein, aus welchem Zusammenhang sie kommen und dass sie nicht für alle am Netzwerk Beteiligten sprechen können. Für gemeinsame Aktionen bilden sich Bündnisse aus Gruppen und Initiativen, die dann als Teil des Netzwerks gemeinsam auftreten, Texte und Aufrufe verfassen.

Das Netzwerk ist kein Ort der Beliebigkeit!

Trotz aller Offenheit, die wir für wichtig halten, um die längst fällige Szeneübergreifende Frage »Wem gehört die Stadt?« zu stellen, halten wir es für unerlässlich, einige Grenzen abzustecken. Bürgerwehr-Begeisterte, die der Meinung sind ihren Kiez oder Park von »Pennern«, »Schmarotzern« und »Asozialen« befreien zu müssen, Rechtspopulist_innen, die den Niedergang Frankfurts oder des Abendlands in angeblicher »Überfremdung« phantasieren oder Nazis, die sich Frankfurt als »national befreite Zone« herbeisehnen, haben in dem Netzwerk nichts verloren. Das heißt knapp gesagt: Das Netzwerk ist keine Spielwiese für Antisemit_innen, Homophobe, Rassist_innen, Sexist_innen und andere Idioten.

Außerdem wollen wir uns nicht parteipolitisch instrumentalisieren lassen, deshalb ist das Netzwerk keine Plattform für Parteien.

Los geht's!

Das Netzwerk trifft sich bereits regelmäßig. Wir freuen uns über weitere Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die mitmachen wollen. Ort und Termin der Treffen findet ihr hier auf der Website.

Wem gehört die Stadt?

Weitere Infos zum Netzwerk und die Termine der Netzwerktreffen findet ihr hier: www.wemgehörtstadt.net

SO SIEHT'S AUS – FICK DICH, FRANKFURT!

krisengruppe

In der östlichen Innenstadt träumt das Stadtplanungsamt von einem aufgewerteten Wohnquartier mit bürgerschaftlicher Beteiligung. Es träumt den Traum auf Kosten der bisherigen Mieter_innen und auf Kosten der bestehenden Sozial- und Gewerbestruktur. Die dortigen Häuser sollen aufgewertet und »Schmuddelecken« plattgemacht werden, die Hauseigentümer_innen und zukünftigen Gewerbetreibenden sollen partiell über ihr direktes öffentliches Umfeld bestimmen können (vergleiche: Zeil aktiv1); alles im Namen der Sicherheit. Wer dann dort leben soll wird klar, wenn die zu erwartenden Grundstückspreise das alleinige Argument für die zu erzielenden Mieten sind.

Auf dem Gelände des ehemaligen Polizei-, Gestapo- und Abschiebegefängnisses Klapperfeld, das seit einiger Zeit von der Gruppe »Faites votre jeu« als selbstverwaltetes Zentrum genutzt wird, ist in dieser Planung ein Wohnhochhaus und ein Park fürs »Mikroklima« zu finden. Als Gipfel der Absurdität und völlig geschichtsvergessen, und das zeigt den gegenwärtigen Stand der politischen Kultur, wird als Alternative die Idee eines Erlebnishotels eingebracht, in dem die Gäste Gefängnisklamotten an der Rezeption kriegen und in den Zellen schlafen sollen.

Genauso geschmacklos ist der geplante Wiederaufbau der Altstadt an der Stelle, an der bis vor Kurzem das technische Rathaus stand. In der Rekonstruktion der Stadtstruktur des Vorkriegsdeutschland zeigt sich nicht nur ein antimoderner Reflex, sondern es stellt sich auch die Frage, ob hier nicht auch in der Schlussstrichdebatte eine weitere Front eröffnet wurde: »Frankfurt ist in der Nachkriegszeit zerstört worden durch den Modernisierungsglauben bestimmter Politiker – heute gilt es, ein Stück Identität nachzubauen.« (Architekt Hr. Guntersdorf, Geschäftsführer der städtischen Dom-Römer-GmbH, FR, 07.09.2010, »Wunderbare Bilder«). Nicht mehr die Nazis tragen die Verantwortung für die Zerstörung der Stadt, sondern die, die mit ihren Bauten Frankfurt vom Mief der vorangegangenen Jahre befreien wollten. Ehrlich gesagt liegt die Vermutung sehr nahe, dass die Leute, die sich nach »einem Stück Identität« sehnen, ähnliche Motive haben wie Walsler, Sarrazin, und Co. Dass die Mietpreise in diesem Rekonstruktions-Paradies laut Herrn Guntersdorf so sein werden wie im Westend oder im Nordend und die Mieten von Nied nicht zu erwarten seien, ist da schon fast eine Randnotiz.

Umjubelt wird stadtweit der Coup, die Schatulle zu öffnen und das Projekt »Kultur-Campus« in Bockenheim auf den Weg zu bringen. Um selbst die Hand darauf zu halten, wie und was geplant wird, will die Stadt Frankfurt dem Land Hessen das Gelände des alten Campus Bockenheim abkaufen. Mit dem Erlös soll der Umzug der Uni ins und hinter das IG Farben-Haus finanziert werden. Unter Leitung der ABG Holding (der Wohnungs- und Immobilienkonzern der Stadt Frankfurt am Main) sollen die restlichen Flächen entwickelt und vermarktet werden.

Dass diese ungelegten Eier einerseits eine Befriedungsstrategie sind und andererseits mit »weichen Standortfaktoren« Kaufanreize geschaffen werden sollen, die der bestmöglichen Verwertung der verbliebenen Campus-Rosinen dienen, und welche sozialen Implikationen diese mit sich bringt, wird dabei gerne übersehen, auch wenn teils mit geradezu penetranter Offenheit Klartext geredet wird:

»Es geht, mit der Kultur als Motor, um nicht weniger als die Neuerung eines Ortes. Die Kultur, so ist das gedacht, macht ihn attraktiv und damit werthaltig. Kultur, obwohl nicht Teil der Wertschöpfungskette (sic!), ist der Boden, auf dem anderes wachsen kann.«

Peter Michalzik, FR, 11.04.2011, »Man nennt es Zukunft«.

»Kreative Köpfe, die in der Kreativwirtschaft in diesen urbanen Zentren des 21. Jahrhunderts arbeiten werden, Hochqualifizierte und die wissensintensiven Unternehmen, die diesen Köpfen und diesen Männern und Frauen Arbeit bieten, die diese Menschen also beschäftigen, richten nämlich ihre Lebensinteressen auf urbane Kulturräume. Das wird eine maßgebliche Botschaft des künftigen Kulturcampus Bockenheim und damit von Frankfurt am Main sein: Wichtige Standortfaktoren im weltweiten Wettbewerb der Städte, um die wichtigsten Ressourcen des 21. Jahrhunderts darzulegen, sind Wissen, Kultur und Kreativität.«

OB Dr. h. c. Petra Roth (http://www.stw.frankfurt.de/download/WOP_46_02-09-2010.pdf)

Durch die Ansiedlung der »Hochschule für Musik und darstellende Kunst (HiMDK)« und anderen Kultur- und Wissenschaftsinstitutionen schien den Stadtteilinitiativen ein großer Teil des Winds aus den Segeln genommen. Gut, dass diese Initiativen sich so leicht nicht abspesen lassen und weiterhin für einen offenen Ort mit sozial verträglichem Wohnungsbau einstehen. Der im Rahmen des aktuellen Kultur-Campus-Projekts geplante Verteilungs-Schlüssel, wie viel Gewerbe/Büro im Verhältnis zu Wohnraum geschaffen wird, wird gefeiert. Die Annäherung auf 50/50 wird allerdings nur dadurch erreicht, dass Teile des Areal herausgerechnet und dass die Flächen des »Kultur-Campus« den Gewerbeflächen abgezogen werden. Dass allerdings kein Quadratmeter mehr Wohnraum geschaffen wird, wird verschwiegen... Und das bei 1,8 Millionen Quadratmeter Leerstand von Büroflächen in der Stadt, die vor sich hin faulen, weil sie, neben ihrem Dasein als Spekulationsobjekte, den heutigen Anforderungen an Büroraum nicht mehr entsprechen. Das Rendite-Denken und die Fantasielosigkeit der Stadt und der Planer_innen lassen noch nicht mal die Verwandlung dieser Flächen in Wohnraum (Konversion) zu.

Der Bau der europäischen Zentralbank, EZB (geplant von den ehemaligen Sponti-Architekten Coop Himmelb(l)au, die am Anfang ihrer Karriere gesagt haben: »Architektur muss brennen!«) wird massive Veränderungen im Ostend

lostreten. Und wen es trifft, ist auch gleich klar: Die Stadt gibt den Hauseigentümer_innen im Ostend den Rat, sich den Modernisierungsausgleich, den sie auf Grund der durch ihre Sanierung und durch den Bau der EZB sprunghaft angestiegenen Bodenpreise zahlen müssen, bei den Mieterinnen und Mietern wieder rein zu holen. (FR, 07.09.2010, »Scheibchenweise rechtswidrig«)

All diese genannten Beispiele stellen eine Kampfansage an Marginalisierte und Subkultur dar. Ihre gewaltsame Verdrängung wird zur Handlungsmaxime einer Stadt, die sich und alle ihre Ressourcen marktwirtschaftlich in Wert setzen will. Immer mehr Menschen müssen den größten Anteil ihres Lohns für die Miete zahlen. Und die Politik tut so, als ob es nicht zumindest auch Möglichkeiten zur Regulation gäbe. Selbst diese minimale sozialdemokratische Forderung wird zu einer naiven Utopie erklärt. Damit wird der soziale Wohnungsbau ein Auslaufmodell, das bestenfalls noch am Stadtrand tragbar ist. In den zentralen Stadtvierteln soll konsumiert werden und willkommen ist hier nur, wer sich das Konsumieren auch leisten kann. Für alle anderen wird es auch aus anderen Gründen eng. Sich in der Stadt zu bewegen wird immer mehr zum Spießrutenlauf, gerade für die, die nicht in das Verwertungsrasen passen. Wer hier ohne gültige Papiere und der damit einhergehenden Entrechtung lebt, ist einer ständigen Bedrohung ausgesetzt. Städtische Plätze und Straßen werden überwacht, in privatisierten Räumen kann man sich nur noch unter den Augen von Sicherheitsdiensten bewegen. Wer z.B. am Bahnhof länger als Gruppchen herumsteht, ist schon ein Problem.

- Wir wollen uns unkontrolliert und nach eigenem Belieben überall bewegen können.
- Wir wollen, dass nicht die soziale Herkunft oder die Hautfarbe darüber entscheidet, wer eine Wohnung bekommt.
- Wir wollen eine Stadt, in der das Wohnen ein bedingungsloses Recht eines/r Jeden ist – völlig egal, welche materiellen Ressourcen sie/er hat und egal, in welche Kategorie von »Nützlichkeit« sie/er gesteckt wird.
- Wir wollen die Stadt auch als einen Tummelplatz der nicht-Integrierten und der Faulen. Wohnraum darf keine Ware sein, Stadt darf keine Ware sein.

1 Der Verein Zeil Aktiv wird 1994 auf Initiative der städtischen Wirtschaftsförderung und 20 Anliegern als Standortgemeinschaft bzw. Business Improvement District gegründet. Die Koordination privater und öffentlicher Bemühungen durch einen »Zeil-Manager« soll die Straße zu einer modernen großstädtischen Einkaufsstraße fortentwickeln. Stadt und privates Kapital sind dazu in Kooperation für Sicherheit und Sauberkeit verantwortlich, was zu einer deutlichen Erhöhung der Präsenz von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten führt und schließlich mit einer Verdrängung der unerwünschten Problemgruppen einhergeht. Literatur: Jan Wehrheim 2005 »Die überwachte Stadt – Sicherheit, Segregation und Ausgrenzung«, Seite 160f



DIE NEOLIBERALE STADT IM GLOBALEN WETTBEWERB?



Kritische Anmerkungen zum Leitparadigma gegenwärtiger Kommunalpolitik

AK-Kritische Geographie Frankfurt

»Zumal im Zeitalter der Globalisierung befinden wir uns auch als Region in einem weltweiten Wettbewerb, dem wir uns stellen müssen – denn wir wollen diesen Wettbewerb gestalten und nicht erleiden. Bestehen können wir in diesem Wettbewerb nur dann, wenn wir alle unsere Stärken, die in der Region vorhanden sind, entwickeln und zur Geltung bringen.«
Petra Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main und Präsidentin des Deutschen Städtetages 2008

Ganz gleich, an welcher Stelle man in die kommunalpolitische Diskussion hineinschaut – ob in Reden von KommunalpolitikerInnen, in Leitbilder von Städten und Regionen oder in zufällig ausgewählte Texte, die sich mit den Aufgaben und Herausforderungen städtischer Politik beschäftigen: So gut wie immer wird darauf verwiesen, dass die Städte untereinander in einem Wettbewerb stehen und welche Gefahren für den eigenen Standort damit verbunden sind. Ganz selbstverständlich haben Städte scheinbar als Unternehmen zu agieren und sich in einem globalen Wettbewerb zu behaupten.

In der kritischen Stadtforschung wird diese Entwicklung als »unternehmerische« bzw. »neoliberale Stadtentwicklung« beschrieben. Im Gegensatz zur allgegenwärtigen affirmativen Wiederholung von Wettbewerb- und Standortgelaber, wird hier jedoch gefragt, warum sich das Bild der »Stadt als Wettbewerbsseinheit in globaler Konkurrenz« mitsamt allen Konsequenzen (Zunahme sozialer Ungleichheit, Ökonomisierung der Stadtpolitik, Postdemokratisierung, Repressive Sicherheitspolitik, Verunmöglichung auch noch so kleiner emanzipatorisch-utopischer Gegenentwürfe) so erfolgreich als natürlich, unvermeidbar und alternativlos präsentieren kann. Im Folgenden soll daher skizziert werden, warum das Bild vom Wettbewerb heute den Charakter eines quasi-natürlichen Sachzwanges angenommen hat sowie unsichtbar geworden ist, dass es aus konkreten politischen Handlungen hervorgegangen ist.

Der Siegeszug der unternehmerischen Stadt

Was in der Diskussion um den Wettbewerb der Städte nämlich nicht auftaucht ist der Umstand, dass die interurbane Konkurrenz weder vom Himmel gefallen, noch in der Natur des Menschen begründet und auch kein unvermeidbares Ergebnis einer übermächtigen Globalisierung ist. Vielmehr wurde der Wettbewerb der Städte politisch als langfristige Reaktion auf die Krise der 1970er Jahren aktiv hergestellt. Vor dem Hintergrund der Krise des keynesianischen Wohlfahrtsstaates, der Liberalisierung des Außenhandels und der Deregulierung der Finanzmärkte wurde der Umbau der Bundesrepublik (und zahlreicher weiterer westlicher Staaten) zum so genannten »Nationalen Wettbewerbsstaat« eingeleitet. Wie sich bereits erahnen lässt, ist im Zuge dessen das Ziel, den nationalen Standort global wettbewerbsfähig zu machen, deutlich aufgewertet worden. Entsprechend wurde etwa ein Niedriglohnssektor eingerichtet, sozialstaatliche Leistun-

gen abgebaut und analog zu den Kapitalmärkten auch andere nationale Politikfelder dereguliert, liberalisiert und flexibilisiert.

Doch noch eine weitere, hier relevantere Entwicklung wurde in diesem Prozess eingeleitet, nämlich der wirtschaftspolitische Bedeutungszuwachs der kommunalen Ebene. In der Kritischen Geographie wird dies als »skalare Verschiebung politischer Regulationsformen von nationaler auf die lokale Ebene« bezeichnet. In diesem Zusammenhang wurde ein Teil der wirtschaftspolitischen Verantwortung für die Erzeugung von Wachstum und Arbeitsplätzen von Bund und Ländern auf die Kommunen übertragen, sprich von den Städten eine Eigenverantwortung für erfolgreiche Kapitalakkumulation in ihren territorialen Grenzen eingefordert. Materiell abgesichert wurde dies, indem im gleichen Zuge die finanziellen Spielräume der Städte drastisch eingeschränkt worden sind. Die sinkenden Steuereinnahmen und die Übertragung neuer Pflichtaufgaben ohne finanziellen Ausgleich haben die Kommunen spätestens ab Anfang der 1990er Jahre in eine chronische Finanzkrise und hohe Verschuldung geführt. Ungefähr zu dieser Zeit kam es auch zu einer grundlegenden Neudefinition der Rolle der Raumordnung: Diente sie bis in die 1980er noch primär der Herstellung gleicher Lebensbedingungen in allen Teilräumen der Republik, wurde sie nun zu einem Wettbewerbsinstrument umfunktioniert: Seitdem geht es darum, Städte und Regionen dazu anzuleiten, als souveräne Wirtschaftssubjekte die ihnen innewohnenden Potenziale zur eigenverantwortlichen Generierung von Wachstum und Arbeitsplätzen zu nutzen. Durch diese Verschiebung wurden Städte bewusst einem direkten ökonomischen Wettbewerbsdruck ausgesetzt, der ihnen eine unternehmerische, wachstums- und wettbewerbsorientierte Politik auferlegt. Politisch gewollt werden sie also in Konkurrenz zueinander gesetzt, um eine »Vervielfältigung der Unternehmensform« auf lokaler Ebene zu erzielen – dies wiederum als Mittel, um den Standort Deutschland als Ganzen wettbewerbsfähiger zu machen. Der Wettbewerbsdruck und dessen Bedeutung für Kommunalpolitik ist daher keineswegs das Ergebnis einer übermächtigen Globalisierung, wie es etwa exemplarisch Petra Roth im obigen Zitat nahelegt, sondern mit bestimmten Absichten gezielt auf nationalstaatlicher Ebene politisch herbeigeführt worden.

Etablierung als scheinbar alternative Form der Stadtpolitik

Warum aber verfestigt sich der Eindruck so sehr, dass eine unternehmerische Stadtpolitik quasi natürlich als die einzig mögliche und daher alternative Form kommunaler Politik erscheint? Dies wird darauf zurückgeführt, dass sich so gut wie alle Akteure in Politik und Verwaltung die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als übergeordnetes Ziel zu Eigen machen und ihr Handeln primär daran orientieren. Trotz aller extern politisch hergestellten Zwänge basiert eine neoliberale Stadtpolitik nämlich letztlich auch darauf, dass sie tatsächlich vor Ort angewendet und somit reproduziert wird. Der kritische Geograph Don Mitchell (2007) fasst es treffend zusammen, wenn er feststellt dass es nicht nur darum geht, »ob das Kapital »wirklich« so funktioniert« – sprich tatsächlich global derartig mobil ist, dass sich ein Konkurrenzverhältnis zwischen Städten herausbildet –, sondern dass es vollkommen ausreicht, »dass diejenigen in den machtvollen

Positionen denken, dass es so funktioniert.« Dass lokale Akteure die Wettbewerbsrhetorik beständig wiederholen und ihr Handeln dementsprechend ausrichten führt dazu, dass der Mechanismus einer *selbsterfüllenden Prophezeiung* in Kraft tritt: Die beständige Wiederholung der Wettbewerbsrhetorik und die damit verknüpfte standortpolitische Praxis stellen somit überhaupt erst eine Realität her, die vorgeblich nur »objektiv« und »sachlich« mit dem Bild des Wettbewerbs beschrieben wird. Dieser Mechanismus wird an vielen Stellen abgesichert: Etwa dadurch, dass städtische Akteure stets als ManagerInnen angerufen werden oder Städterankings vorgeben, Wettbewerbsfähigkeit ließe sich objektiv in Zahlen messen und vergleichen.

Alternativen schaffen, Wettbewerbsparadigma entschleiern und für ein Recht auf Stadt eintreten

Der oft behauptete Wettbewerb der Städte stellt also kein unveränderbares Zwangsgesetz der Konkurrenz dar. Vielmehr ist die Fokussierung in den Kommunen auf die wettbewerbsorientierte Standortpolitik als ein Anpassungszwang zu begreifen, der auf der nationalstaatlichen Ebene strategisch hergestellt worden ist. Ihre Wirkmacht bezieht sie daraus, dass sie von städtischen Akteuren unentwegt reproduziert und dadurch überhaupt erst wahr gemacht wird – manchmal bewusst, wenn sich so bestimmte Interessen besser durchsetzen; meist aber unbewusst, weil die Rede vom Wettbewerb als scheinbar unhinterfragbare und natürliche Realität Plausibilität für sich beansprucht.

Damit emanzipative Gegenentwürfe überhaupt wieder Gehör finden können, bedarf es einer grundlegenden Repolitisierung: Die scheinbare Naturhaftigkeit des Standortwettbewerbs und der vermeintlich unpolitische Charakter der neoliberalen Stadt müssen aufgedeckt werden. Außerdem gilt es offenzulegen, wer von der derzeitigen Politik profitiert und welche problematischen Konsequenzen sie nach sich zieht. Auf dieser Basis können dann soziale Kämpfe, die weit über die lokale Ebene hinaus- sowie mit grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen einhergehen, die politische Aufhebung von Konkurrenzbeziehungen durchsetzen, für Solidarität eintreten und so die Neoliberalisierung des Städtischen überwinden.

Nur wo dies gelingt, kann überhaupt ein kritisches Fundament gedeihen, um die Forderung nach einem sozialen und demokratischen »Recht auf Stadt« (Henry Lefebvre) endlich stärker in der Diskussion zu positionieren und für eine ganz andere Form des Städtischen in einer ganz anderen Gesellschaft einzutreten. Bei dem Slogan »Recht auf Stadt« (bzw. in Frankfurt »Wem gehört die Stadt«) handelt es sich daher auch nicht um eine Forderung nach individuell einklagbarem staatlichen Recht, sondern um ein kollektives Recht auf die Aneignung der Stadt nach den Wünschen und Bedürfnissen der Menschen, welches sich politisch in Kämpfen genommen werden muss. Die hiermit verbundenen Forderungen erschöpfen sich nicht darin, für bezahlbaren Wohnraum einzutreten, die »Ansprüche der Reichen und Mächtigen« (Margit Mayer 2009) anzuzweifeln und kapitalistische Verwertungszusammenhänge zu durchbrechen, sondern sollen zugleich einen Ausblick auf ein anderes, selbstbestimmtes Leben in einer gerechteren Gesellschaft werfen.

INNENSTADTKONZEPT? SCHEISSE!

Faites votre jeu!

Im Oktober 2009 hat die Stadt Frankfurt ein Konzept zur Umgestaltung der Innenstadt vorgelegt. Großspurig als »Aufwertung« und »Verbesserung der Aufenthaltsqualität« angepriesen, wird die Umsetzung der Pläne des Stadtplanungsamtes jedoch eine massive Verdrängung der bisherigen Anliegerinnen und Anlieger zur Folge haben. Betroffen wäre hiervon auch das Klapperfeld, das nach den bisherigen Entwürfen abgerissen werden soll.

Es soll ja Menschen geben, die die Frankfurter Innenstadt nicht unbedingt für den schönsten Ort erachten, an dem man sich in Frankfurt aufhalten kann. Aus einer solchen Sichtweise heraus mag es als durchaus erfreulich erscheinen, dass das Stadtplanungsamt die Veränderung des Bereiches, der vom Bankenviertel über die Zeil bis zum Gerichts-, Fischerfeld- und Allerheiligenviertel reicht, angehen will. In blumigen Worten wird im »Innenstadtkonzept« davon gesprochen, die »Aufenthaltsqualität« und damit die Gestaltung des öffentlichen Stadtraums zu verbessern, die »Nutzungsvielfalt zu bewahren und weiter zu entwickeln« sowie neue Wohnformen zu entwickeln, um so eine »sozial ausgeglichene Bevölkerungsmischung« zu erlangen. Zudem soll der Einzelhandel gefördert, das Verkehrsnetz verbessert und die »Sicherheit im öffentlichen Raum« erhöht werden.

Die anfängliche Freude verfliegt indes schnell, betrachtet man genauer, was das Stadtplanungsamt unter einer solchen »Aufwertung« der Innenstadt und der »Verbesserung der Aufenthaltsqualität« versteht. Beispielhaft lässt sich dies am Thema »Wohnen« darstellen, einem der drängendsten Probleme in Frankfurt. Wer kennt nicht die Qual, in Frankfurt eine bezahlbare Wohnung zu finden? Soll diese auch noch in einigermaßen günstiger Lage sein, stoßen viele schnell an die eigenen finanziellen Grenzen. Das Innenstadtkonzept wird hier mit Sicherheit keine Abhilfe schaffen. Die Verantwortlichen propagieren einmal mehr die Entstehung »höherwertiger« – das heißt: teurerer – Wohnflächen. Eines der Hauptziele des Innenstadtkonzeptes wird euphemistisch als »sozial ausgeglichene Bevölkerungsmischung« beschrieben. Diese zielt vor allem auf die Verdrängung der »asozialen« und »unproduktiven« Bevölkerungsschichten – Geringverdiener_innen, Arbeitslose, Hartz IV Empfänger_innen, Migrant_innen, Alternative, Junkies und »herumlungernde« Jugendliche haben in dieser Innenstadt nicht verloren. Aufhalten und wohnen soll hier am besten nur, wer Geld ausgeben und Waren konsumieren kann und so zur Stärkung des Standorts Frankfurt im internationalen Wettbewerb beiträgt. Alle anderen laufen Gefahr, zur »Bedrohung für die Sicherheit des öffentlichen Raums« ernannt und mit entsprechender Repression überzogen zu werden.

Wo eine (städtebauliche) Politik, wie sie im »Innenstadtkonzept« formuliert wird, hin führt, lässt sich schon heute an einer Vielzahl negativer Beispiele zeigen: Unter dem Stichwort der »Aufwertung« – oft auch »Gentrifizierung« genannt – wurden in den vergangenen Jahren in Bornheim und im Nordend, ebenso wie in vielen anderen

Orten rund um den Globus ganze Stadtviertel komplett umgekränpelt. Die Folgen sind stets die gleichen: Steigende Mieten, Verdrängung der bisherigen Bewohner_innen, Privatisierung von öffentlichem Raum, massive Überwachung durch Kameras, Polizei oder private Sicherheitsdienste, etc. Auch das »Innenstadtkonzept« steht in einer solchen Logik, die sich nicht an den Bedürfnissen und der Lebensqualität des Großteils der in Frankfurt lebenden Menschen orientiert, sondern vielmehr an jenen von Unternehmen und einer zahlungskräftigen Oberschicht.

Anfang des Jahres 2010 bot das Stadtplanungsamt sogenannte »Bürgerwerkstätten« an, in denen interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Mitarbeit am »Innenstadtkonzept« ermöglicht werden sollte. Tatsächlich ist die Stadt an einer wirklichen Mitbestimmung der betroffenen Menschen jedoch gar nicht interessiert. So wurden die Anliegerinnen und Anlieger weder von der Stadt über das Innenstadtkonzept informiert und mussten beispielsweise über den geplanten Abriss der von ihnen genutzten Gebäude in der Zeitung lesen. Auch wird der grundsätzlichen Kritik an einer Umstrukturierung, die auf die weitere Ökonomisierung und Kommerzialisierung der Innenstadt zielt, kein Gehör geschenkt. Im Endeffekt handelte es sich bei den »Bürgerwerkstätten« um eine Legitimierungskampagne, die der autoritären Politik der Stadt Frankfurt einen demokratischen Anstrich verpassen sollte.

Konsequenzen hätten die neuen städtebaulichen Pläne auch für das seit April 2009 von der Initiative »Faites votre jeu!« genutzte Klapperfeld. Der neue Hochglanz der Innenstadt soll nicht durch den Schandfleck eines Ortes befleckt werden, der den konsumwilligen Passanten und die zahlungskräftige Yuppie mit Erinnerungen an die nationalsozialistischen Verbrechen oder eine menschenverachtende deutsche Abschiebe- und Gefängnispolitik belasten könnte. Und auch gesellschaftskritische Töne, wie sie seit dem Einzug von »Faites votre jeu!« aus dem Klapperfeld klingen, will man hier lieber nicht. Entsprechend sah bereits der erste, im Oktober 2009 vorgelegte Entwurf den Abriss des Klapperfelds und seine Ersetzung durch einen Neubau vor. Dieses Vorhaben ist von Seiten des Stadtplanungsamtes mittlerweile soweit konkretisiert worden, dass nun vom Bau eines Wohnhochhauses und eines Parks »zu Verbesserung des Mikroklimas« gesprochen wird. Zwar sei man, so der Leiter des Stadtplanungsamtes, für Alternativvorschläge grundsätzlich offen, der Abriss stelle für ihn jedoch eine nicht zu verhandelnde Tatsache dar.

Für die meisten von uns, die wir als Anwohner_innen, Kulturschaffende, Geschäftsinhaber_innen, Angestellte oder Besucher_innen bisher die Innenstadt beleben, wird die Umsetzung des »Innenstadtkonzeptes« einschneidende Folgen haben. Abriss, Mieterhöhung und andere Schweinereien werden dazu führen, dass viele von uns die Innenstadt verlassen müssen. Eine solche Entwicklung lehnen wir entschieden ab. Daher beteiligen wir uns am »Wem gehört die Stadt?«-Netzwerk und rufen alle interessierten und wütenden Menschen zur gemeinsamen Organisation gegen die Pläne des Stadtplanungsamtes auf: Für eine (Innen-)Stadt, die an den Bedürfnissen und Vorstellungen der Menschen und nicht an kapitalistischen Verwertungsinteressen ausgerichtet ist.



Die Ausweitung von Kameraüberwachung im öffentlichen Raum ist nur eine Variante repressiver Stadtpolitik gegen die es sich lohnt, aktiv zu werden.

DAS RECHT AUF DIE STADT

Klaus Ronneberger
Nitribitt Frankfurter Ökonomien

Der Slogan »Recht auf die Stadt« scheint in anschaulicher und zutreffender Weise Themen der gegenwärtigen Stadtentwicklung zu bündeln: Privatisierung kommunaler Güter, Gentrifizierung und kontrollpolitische Durchdringung öffentlicher Räume. Vor allem international agierende NGOs verbinden damit spezifische Rechte, die als Leitfaden für »good urban governance«-Praktiken gelten: menschenwürdiges Wohnen, ausreichende Infrastrukturversorgung, partizipatorische Entscheidungsfindung und Transparenz im kommunalen Regierungshandeln. Solche Konzepte, deren Verwirklichung sicherlich zu einer Verbesserung des städtischen Alltagslebens beitragen würde, haben allerdings wenig mit der Utopie von Henri Lefebvre gemein, der 1968 – dem Jahr der internationalen Studentenrevolten und des Pariser-Mai-Aufstands – erstmals diese Parole auf die politische Agenda gesetzt hat. Der französische Philosoph und Raumtheoretiker verfolgt damit ein staats- und herrschaftskritisches Projekt, dessen Anspruch über das bestehende System hinausweist: »Nur ein globales Projekt kann alle Rechte, die der Individuen und die der Gruppen, definieren und verkünden, indem es die Bedingungen ihrer praktischen Verwirklichung bestimmt. Heben wir unter diesen Rechten hervor das Recht auf die Stadt (das Recht nicht aus der Gesellschaft und der Kultur abgedrängt zu werden in einen Raum, der zum Zweck der Diskriminierung produziert wurde) und das Recht auf Abweichung (das Recht, nicht von notwendigerweise homogenisierenden Mächten in vorgegebene Kategorien gepresst zu werden).« (Die Zukunft des Kapitalismus, 1974: S. 42) Das »Recht auf die Stadt« versteht Lefebvre weniger als juristisches Recht, sondern vornehmlich als Forderung jener sozialen Gruppen, die unter dem reglementierten städtischen Alltag leiden oder in irgendeiner Weise marginalisiert werden: Jugendliche, Frauen, StudentInnen, MigrantInnen, Kolonisierte und Semi-Kolonisierte, ArbeiterInnen und Intellektuelle.

Die Stadt als Entscheidungs- und Konsumzentrum

Das Recht-auf-Stadt-Projekt von Lefebvre muss zunächst auf den konkreten historischen Kontext bezogen werden. In den 1960er Jahren erlebt Frankreich eine Periode exzessiver Urbanisierung. Beschleunigt durch die Landflucht, der Rückkehr vieler Algerierfranzosen nach einem blutig verlaufenden Unabhängigkeitskrieg (1961) und dem Zuzug von Arbeitsmigranten aus Nordafrika, Spanien und Portugal, kommt es vor allem im Großraum Paris zu einer starken Bevölkerungszunahme. Dort finden massenhafte »Landnahmen« in Form von »bidonvilles« (Behausungen, die aus Behältern, Kanistern und ähnlichem Material bestehen) statt, die aus der Perspektive der Administration bedrohliche Ausmaße annehmen. Um die Situation zu entschärfen, werden in den städtischen Peripherien sog. grands ensembles, einheitlich konzipierte und standardisierte Siedlungen mit jeweils Tausenden von Wohneinheiten, aus dem Boden gestampft. Lefebvre reflektiert, dass der französische Staat eine Restrukturierung des nationalen Raumes und eine Reorganisation des Kapitalismus vorantreibt. Im Rahmen dieser Modernisierungspolitik, formiert sich eine Gruppe von Planern und Experten, die einen neuen ideologischen Diskurs entwickeln: den des Urbanismus. Der Raum wird nun von einer technokratischen Rationalität geformt, er ist Gegenstand der Staatsgewalt, die mittels Raumplanung, Wohnungsgesetze, Investitionen in die Infrastruktur politisch regulierend eingreift. Für den französischen Philosophen stellt somit der Raum eine strategische Größe dar, Raumanalyse impliziert stets auch Machtanalyse.

Der kapitalistische Raum zeichnet sich nach Lefebvre grundsätzlich durch Einheitlichkeit und Fragmentierung aus. Er basiert auf der Trennung von Orten, die dann wieder miteinander verbunden werden. Einerseits bewirken die abstrakte Logik der Warenökonomie und der staatlichen Kontrollstrategien eine Tendenz zur Homogenisierung, andererseits fragmentieren die kapita-

listischen Verwertungsstrategien (Bauindustrie, Immobilienspekulation etc.) den Raum, indem sie ihn parzellieren, zerschneiden und »pulverisieren«. Sowohl die Stadt wie das Land werden Opfer der kapitalistischen Akkumulation, eine Entwicklung, die von den staatlichen Akteuren orchestriert wird. Bildhaft gesprochen vollzieht sich der Urbanisierungsprozess nach dem Prinzip von »Explosion« und »Implosion«. Die historische Stadt explodiert, indem ihre Trümmer weit hinaus geschleudert werden und neue »Satellitenvorstädte« entstehen. »Implosion« steht für den gleichzeitig stattfindenden Umbau der historischen Stadtkerne, die von den noch bestehenden »Elendsquartieren« gereinigt werden. Lefebvre, der diesen Prozess am Beispiel von Paris verfolgt, verweist dabei auf Baron Haussmann, der Mitte des 19. Jahrhunderts im Auftrag Napoleons III. das Zentrum der Metropole für die besitzenden Klassen umkrepeln und die städtische Armut aus den noch mittelalterlich geprägten Stadtquartieren vertreiben ließ. Nun, hundert Jahre später, beobachtet er einen ähnlichen Prozess: Erneut werden die subalternen Klassen aus dem Kernstadtbereich von Paris entfernt. Die Verwertungsstrategien des Finanzkapitals und der Kulturindustrie leiten eine weitere Runde der Verdrängung, Gentrifizierung und Musealisierung ein.

Obwohl die »Stadt« mit der vollständigen Urbanisierung der Gesellschaft keine eigene Produktions- und Lebensweise mehr darstellt, verliert sie nach Lefebvre nicht ihre spezifische Funktion der Zentralität. Der vormalige Stadt-Land-Gegensatz transformiert sich zu einem neuen Gegensatz, demjenigen zwischen Zentrum und Peripherie. Die städtischen Kerne regenerieren sich als Orte des Konsums und als konsumierbare Orte. Und Metropolen wie New York oder Paris steigen zu Macht- und Entscheidungszentren der Headquarter- und Finanzökonomie auf. Hier verdichtet sich ökonomischer Reichtum, Macht und Wissen in einer neuen Qualität. Für Lefebvre beruht der Vorzug der städtischen Zentralität vor allem

auf der »Gleichzeitigkeit«: sie beinhaltet alles, was sich synchron an einem Punkt verdichten lässt. Das Potential der Stadt liegt darin, dass sie unterschiedliche Elemente einer Gesellschaft zusammenführt und miteinander reagieren lässt. Aus diesem Zusammentreffen kann Unerwartetes und Neues entstehen. »Alles, was andernorts entsteht, reißt die Stadt an sich: Früchte und Objekte, Produkte und Produzenten, Werke und schöpferisch Tätige, Aktivitäten und Situationen. Was erschafft sie? Nichts. Sie zentralisiert die Schöpfungen.« (Die Revolution der Städte, 1972: S. 127) Lefebvre hat den »schöpferischen Überschuss« der Stadt im Auge, der über die beschränkte Rationalität der Ökonomie und der administrativen Planung hinausgeht. Er unterscheidet deutlich zwischen der herrschenden Morphologie der Stadt, die Entfremdung und regulierte Verhaltensnormen erzeugt, und dem »Städtischen«, dem Bedürfnis nach einem vielseitigen, abwechslungsreichen Lebenszusammenhang. Das »Recht auf die Stadt« bedeutet deshalb für Lefebvre auch das »Zentrum« als Ort der Kreation, der Urbanität wieder zu finden. Diese Perspektive entsprach auch den Aneignungsformen der »kulturrevolutionären« Bewegungen der späten 1960er und 1970er Jahre. Die Intensität der Kämpfe führte jedoch nicht zu einer grundlegenden Veränderung des Systems, vielmehr gelang es dem Kapitalismus durch neue Identitäts- und Konsumangebote auf bestimmte Anliegen der sozialen Bewegungen einzugehen und Forderungen nach »Autonomie« und »Kreativität« für seine Zwecke zu instrumentalisieren.

Keime des Möglichen

Heute gelten die Zentren der Metropolregionen als privilegierte Innovationsfelder der Wissens- und Kulturproduktion sowie als Vorreiter neuer postindustrieller Arbeits- und Lebensformen. Im globalen Standortwettbewerb, so die vorherrschende Behauptung, komme der »Kreativität« als wesentlicher Bestandteil der wissensintensiven Ökonomie eine strategische Bedeutung zu. Die damit assoziierte »Kreativindustrie« steht

nicht nur für Kunst und Kultur, sondern es geht auch um konsumorientierte Dienstleistungen, um neue Technologien und die verschiedenen Sparten der Wissensproduktion. Gemeint ist damit letztlich eine verstärkte Durchdringung von Kultur und Ökonomie als wesentliche Voraussetzung für die Prosperität der Städte. Aus der »Creative City«-Perspektive wird das gesamte städtische Leben vornehmlich als eine Ressource angesehen, die es auszubeuten und marktförmig zu verwerten gilt.

Doch die Geschichte der Räume war und ist eine Geschichte der gesellschaftlichen Widersprüche in den Produktionsverhältnissen. Es gilt also die Bruchstellen im neoliberalen Alltagsleben zu finden, wo Kollektive oder Individuen sich der herrschenden räumlichen Praxis entziehen, sie unterlaufen oder sich ihr offen widersetzen. Der Kampf um das »Recht auf die Stadt« ist nicht notwendigerweise ein Kampf der Unterprivilegierten. Es sind eher diejenigen, für die die städtische Zentralität als Ressource besonders wichtig ist. Aus solchen Aktionen entstehen auch Räume, in denen die verschiedenen subversiven Kräfte des Bruchs und des Spiels aufeinander treffen und (gegebenenfalls) gemeinsam versuchen sich die Stadt »anzueignen«.

Literatur:

- Lefebvre, Henri (2009): Le droit à la ville. Paris (Erstausgabe 1968)
 ► (1969): Aufstand in Frankreich. Zur Theorie der Revolution in den hochindustrialisierten Ländern. Frankfurt am Main/Berlin (Franz. Orig. 1968)
 ► (1972): Die Revolution der Städte. München (Franz. Orig. 1970)
 ► (1974): Die Zukunft des Kapitalismus. München (Franz. Orig. 1973)
 ► (1996): Writings on Cities, ed. and trans. Elenore Kofmann and Elizabeth Lebas. Oxford

Im Netz:

www.copypriot.com/nitribitt

RUHESTÖRUNG STATT LÄRMBELÄSTIGUNG!

campus antifa frankfurt

»Es ist Abend in der Stadt« (Aufbruch)

Wenn wir uns viel zu früh morgens gezwungenermaßen auf den Weg zu Schule, Arbeit, Amt oder Uni machen müssen, ist uns der Tag bereits genug vermiest. Doch dabei bleibt es nicht. In den letzten Jahren müssen wir einige Entwicklungen in Frankfurt beobachten und mitmachen, die uns Tag für Tag das Leben unerträglich machen: Durch die stetig steigenden Mieten, werden Menschen gezwungen ihre Wohnungen und Viertel zu verlassen, während gleichzeitig immer neue Prestigeobjekte wie die Europäische Zentralbank und Bürogebäude gebaut werden. Die Überwachung nimmt ständig zu, wie es zum Beispiel in der von Ordnungsdezernent Volker Stein (FDP) geforderten Ausstattung des gesamten Innenstadtbereichs mit Kameras oder der zunehmenden Präsenz von sich als Hilfsheriffs gebärenden privaten Sicherheitsdiensten (WISAG) im öffentlichen Stadtbild zum Ausdruck kommt; Häuserfassaden werden vom Graffiti gereinigt und alle Formen von politischem und kulturellem Ausdruck, die das »saubere Image« der Stadt beschädigen, werden systematisch verdrängt. So setzte sich etwa die Oberbürgermeisterin Petra Roth bereits 2005 auf dem deutschen Städtetag für eine Verschärfung der Repressionsmaßnahmen gegen Graffitiwriter_innen ein. Selbst das Tanzen wird in dieser Stadt an manchen Tagen des Jahres verboten...

Doch so mies diese Entwicklungen für uns alle sind, haben sie auf die verschiedenen Menschen in dieser Stadt auch ganz unterschiedliche Auswirkungen, denn gerade hier werden die verschiedenen Herrschafts- und Ausgrenzungsmechanismen dieser Gesellschaft entlang von Trennlinien wie Klasse, »Rasse« oder »Geschlecht« sichtbar. Die alltäglichen Lebensrealitäten und dementsprechend auch die Handlungs- und Teilhabemöglichkeiten im und am sozialen Raum »Stadt« sind grundverschieden. Je nachdem, ob es sich um eine Druguserin an der Taunusstraße, um »migrantisch aussehende« Menschen, welche rassistische Kontrollen in S- oder U-Bahn über sich ergehen lassen müssen oder eines täglich aus dem hübschen Taunus zur Arbeit in die Stadt fahrenden Bäckers oder Uniprofessoren handelt.

Es lohnt sich also etwas genauer auf die verschiedenen Phänomene zu schauen.

»wenn sie versuchen mich aus dem Kiez zu verdrängen zünd ich ein Auto an um die Miete zu senken« (K.I.Z.)

Im Zentrum der Kritik an der gegenwärtigen Stadtentwicklung steht meist die sogenannte Gentrifizierung. Der Begriff Gentrifizierung bezeichnet allgemein den Vorgang eines sozialen Umstrukturierungsprozesses, bei welchem ehemals günstige und oftmals verlebte Wohngegenden durch umfangreiche Sanierungen und verbesserte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr für ein zahlungskräftiges Publikum attraktiv und somit für das Kapital profitabel gemacht werden.

Diesem Prozess geht meist voraus, dass Studierende, Künstler_innen und anderes vermeintlich »alternatives« Publikum in diese Gegenden ziehen, ihnen einen hippen Flair und eine fetzige Kreativ- und Intellektuellenszene verleihen, womit sie bereits den Grundstein des Prestigegeinns eines Stadtteils setzen. Mit der steigenden Attraktivität des Stadtteils gehen dann steigende Mieten und Lebenshaltungskosten einher und setzen bereits eine Vertreibung der bisherigen Bewohner_innen in Gang. Menschen mit geringen Einkommen werden so systematisch aus ihren Vierteln an die Ränder der Stadt oder an lärmige und mit Abgasen verseuchte mehrspurige Straßen gedrängt.

In Frankfurt geht diese Entwicklung inzwischen so weit, dass sogar die Bild fragen muss: »Können sich nur noch Reiche Wohnungen in Frankfurt leisten?«. Während dieser Verdrängungsprozess im Westend, Nordend und Bornheim bereits größtenteils vollzogen ist, sind von diesen Entwicklungen momentan vor allem Bockenheim, das Gallus und das Ostend betroffen. Im Ostend spielt hierbei der Bau der Europäischen Zentralbank eine bedeutende Rolle. Hier mitten zwischen Sozialwohnungen in einem früheren Arbeiterviertel Frankfurts wird der Herrschaft des Kapitals in Form der Europäischen Zentralbank ein neues Quartier errichtet. Was das mit dem Viertel macht ist unübersehbar. Prestigebauten, Glaswandfassaden und grüne Plätze machen nun den Charakter des Viertels aus. Klingt erstmal ganz schick, führt nur dazu, dass die Mieten gerade für den im Ostend und der direkten Umgebung der EZB sehr großen Anteil an Geringverdienenden unbezahlbar werden und diese die Gegend für Besserverdienende räumen müssen.

Hinzu kommt, dass der edle Wolkenkratzer auf das Gelände der ehemaligen Großmarkthalle gebaut wird und diese als Ort der Erinnerung an die Deportationen der jüdischen Bevölkerung Frankfurts in die Konzentrationslager in seinem Schatten verschwinden lässt.

Aber, dass etwas Positives wie die Verbesserung der Wohn- und somit der Lebensbedingungen durch vernünftig sanierte Wohnungen mit dichten Fenstern, Zentralheizungen oder schönem Anstrich zu etwas Schlechtem führt, nämlich der Verdrängung der dort lebenden Menschen, zeigt den grundsätzlich ausschließenden und gewalttätigen Charakter des Kapitalismus auf: Ein gutes Leben ist in ihm nur für einen kleinen, besitzenden Teil der Gesellschaft zu haben.

»Und solange die kapitalistische Produktionsweise besteht, solange ist es Torheit, die Wohnungsfrage oder irgendeine andre das Geschick der [Menschen] betreffende gesellschaftliche Frage einzeln lösen zu wollen. Die Lösung liegt aber in der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise, in der Aneignung aller Lebens- und Arbeitsmittel.« (Engels, Zur Wohnungsfrage)

Eine regressive Kritik jedoch, wie sie oftmals nicht nur aus bürgerlichen, sondern ebenso aus dezidiert radikal linken Kreisen zu hören ist, die nur darauf abzielt, irgendwelche »Immobilienhaie« für steigende Mieten und die Verdrängung der Bewohner_innen aus dem jeweiligen Viertel verantwortlich zu machen und hierbei nach schlichter back-to-the-roots-Romantik lediglich versucht den Status Quo zu verteidigen, greift jedoch nicht nur zu kurz, sondern verkennt darüber hinaus auch den gesamtgesellschaftlichen Kontext, in welchem das Phänomen der Gentrifizierung zu betrachten ist. Denn wenn Immobilienbesitzer_innen ihre Immobilien zum Zweck der Profitmaximierung sanieren lassen, um sie fortan zu höheren Preisen zu veräußern, ist dies in der kapitalistisch verwalteten Welt aus ökonomischer Sicht angesichts der vorherrschenden Verwertungsimperative ein schlicht rationaler Akt. Die regressive Kritik verkennt zudem die Tatsache, dass allem voran die Stadt selbst ein enormes Interesse daran hat, im Rahmen des sogenannten Quartiersmanagements einzelne Stadtteile derart umzustrukturieren, dass sie sowohl attraktiv für private Investitionen werden als auch ein sozial befriedetes Klientel anziehen.

Als der kapitalistischen Produktionsweise selbst innewohnend, ist dieses Phänomen kein neues, sondern kennzeichnend für diese Gesellschaftsform, bekommt aber seit den 70ern, durch das auch politisch sich durchsetzende Projekt des Neoliberalismus, eine ganz spezifische Qualität. Durch ihn wurden nach und nach beinahe alle Lebensbereiche nach den Kriterien ökonomi-

scher Kosten-Nutzen Kalküle organisiert. In der Stadt zeigt sich dies beispielsweise an den immer weniger vorhandenen Sozialwohnungen, während gleichzeitig die Anzahl der Wohnungen in Privatbesitz steigt. Es kommt neben den immer weiteren materiellen Angriffen auf unsere Lebensbedingungen (wie Hartz IV oder Leiharbeit) zu einer stets zunehmenden Vereinzelung und Privatisierung.

Wenn sich die Lebensbedingungen der Menschen stets verschlechtern und die Gesellschaft auch räumlich zunehmend auseinander fällt, muss der soziale Frieden immer offener durch Gewalt gewahrt werden. Hier liegt auch die Wurzel für die zunehmende Überwachung und Kontrolle in Frankfurt. Da die gesellschaftlichen Spaltungen immer weniger durch materielle Zugeständnisse wie relativ steigende Löhne oder Massenkonsum ruhig gestellt werden können, müssen immer neue Bedrohungsszenarien konstruiert werden.

»I've lost control again« (Joy Division)

Doch so ernüchternd diese Entwicklungen für uns auch sein mögen, gilt es doch immer wieder klar zu machen, dass die Stadt noch längst kein so reibungslos laufender, befriedeter und ruhiger Raum ist, wie ihn die Herrschenden gerne hätten. Gerade die Stadt birgt das Potential die fortschreitende Vereinzelung zu durchbrechen, wohnen hier doch eine Vielzahl von Menschen auf engstem Raum zusammen. Gelänge es die Resignation sowie die Vereinzelung und die Spaltungen dieser Gesellschaft durch Nationalismus oder Rassismus zu überwinden, so könnte hier ein enormes Potential für die Wiederaneignung unseres gesamten Lebens entstehen. Ein Leben, das nicht mehr von den Verwertungsinteressen des Kapitals bestimmt ist. Ein Leben, in dem nicht mehr alle Bereiche wie Arbeiten, Wohnen,

Verkehr und Kultur vermeintlichen »Sachzwängen« wie etwa der ständigen Konkurrenz der Standorte untergeordnet sind. Kurz: Ein Leben, in dem wir die bestehenden (Raum-)Bedingungen nach unseren eigenen Bedürfnissen ändern.

Die Vielzahl der in der Großstadt zusammenfließenden Waren-, Finanz- und Verkehrsströme zeigt ihre Verletzlichkeit auf und könnte ein konkreter Ansatzpunkt für Widerstand sein. Die Studierendenproteste von 2006, als Autobahnen und Bahnhöfe besetzt wurden, sind ein Beispiel für die praktische Wirksamkeit dieser Praxisform. Auch kollektive Aneignungen bieten die Chance, Ansätze eines anderen Verständnisses von Gesellschaft aufzuzeigen. Gemeinsames Schwarzfahren, öffentliche Umverteilungsaktionen, politische und ökonomische Streiks, die Sabotage von Überwachungsapparaturen, die Besetzung von Unis, Wohn- und Kulturräumen sind nur einige Aktionsformen einer langen Liste von Möglichkeiten, soziale Kämpfe in der Stadt zu führen.

Es gilt also die Ruhe der vermeintlich befriedeten Welt des neoliberalen Kapitalismus zu stören und die Perspektive der Aneignung der gesamten Welt wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Nicht mehr, aber vor allem auch nicht weniger! Beteiligt euch am 11. Juni am Aktionstag »Wem gehört die Stadt?«!

Kommt am 11. Juni um 18 Uhr mit euren Ghetoblaster auf den Campus Bockenheim und stört mit uns die Ruhe der verwalteten Welt!

Kommt am 22. Juni zur Demo gegen die Innenministerkonferenz und demonstriert gegen die Anwälte verschärfter Repression und Überwachung! Werdet aktiv und organisiert euch gegen die Zumutungen der kapitalistischen Verhältnisse!

Im Netz:

campusantifa.blogspot.de



GEHÖRT DIE STADT WEM?

Aufruf der autonomen antifa [f] zur Kampagne

Gentrifizierung, Mieterhöhungen, fehlender (bezahlbarer) Wohnraum, abgehängte Stadtviertel, Videoüberwachung – die Lebensbedingungen in den kapitalistischen Metropolen sind (gerade in Zeiten des Wahlkampfes) längst nicht mehr nur Themen linker Debatten und Kampagnen. Mittlerweile erheben Parteien und Initiativen aller politischen Spektren in Medien und Wahlkampfslogans den Anspruch darauf, die offensichtlichen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stadtentwicklung erstens erkannt zu haben und zweitens lösen zu können.

Dass es Klärungsbedarf gibt, das müssen wir vor allem Frankfurterinnen nicht sagen – warum die Grünen aber eher Teil des Problems als Teil der Lösung sind, und Kampagnen »gegen Gentrifizierung« meist zu kurz greifen, um die Widersprüche des Lebens in kapitalistischen Metropolen zu verhandeln, wollen wir im Folgenden verdeutlichen. Damit rufen wir euch nicht zuletzt dazu auf, euch an den vielfältigen Aktionen innerhalb des Frankfurter Netzwerkes »Wem gehört die Stadt?« zu beteiligen und dort die Antwort auf die Frage, wem denn nun die Stadt gehört, in Konfrontation zu städtischer Planung, kapitalistischer Verwertung und staatlicher Bevölkerungspolitik zu suchen.

Stadt des Kapitals

Die Stadt, wie wir sie heute kennen, ist nur als Ausdruck der kapitalistischen Produktionsweise zu verstehen: Nach der mittelalterlichen Stadt entwickelte sie sich historisch als Handelszentrum, mit der Industrialisierung setzt die Landflucht der Bauern ein, die sich als ArbeiterInnen in den Fabriken der Städte verdingen mussten, mit ihrem Zuzug entstanden ArbeiterInnenansiedlungen (wie zum Beispiel in Frankfurt-Fechenheim). In der Architektur und Struktur der Städte ist die Entwicklung der Stadtviertel nach sozialen Klassen immer noch sichtbar: Den großen und unwirtschaftlichen Bürgerhäusern, stehen die zweckmäßigen und nüchternen ArbeiterInnenwohnungen gegenüber. Und während die ArbeiterInnen stets in der Nähe der gesundheitsschädlichen Fabriken wohnten, um die Arbeitswege so kurz wie möglich zu halten, finden sich die Bürgerhäuser näher an den Handelsplätzen und an den sauberen Stadträndern. Die moderne Stadt ist also nicht etwas dem Kapitalismus äußerliches, das erst nachträglich vernommen wird. Vielmehr ist sie bereits ein Ergebnis der sozialen Dynamik des Kapitalismus. Die Stadt steht im Kapitalismus schon immer unter den Zwecken von wirtschaftlicher Verwertbarkeit und staatlicher Kontrolle.

Über die konkrete Stadt ist mit dieser grundsätzlichen Bestimmung noch nichts gesagt. Auch die historische Entwicklung im Kapitalismus enthält eine begrenzte Offenheit, die ebenso Megacities mit angrenzenden Slums (z.B. Mexico-City) wie Kultur- oder eben Bankenstädte hervorbringen kann. Die »Attraktivität« einer Stadt bezüglich der vorhandenen Ressourcen, Lebensbedingungen, Jobs und Kultur hängt jedoch nicht zuletzt stets an den Zwängen kapitalistischer Standortkonkurrenz – schließlich ist im Kapitalismus letztlich fast alles eine Frage materieller Ressourcen. Gleichzeitig untergraben die Zwänge dieser Konkurrenz die Lebensbedingungen der StadtbewohnerInnen wieder. Der Flughafen macht Frankfurt als Stadt mit vielen Arbeitsplätzen und guter Verkehrsbindung z.B. attraktiv, während er gleichzeitig Lärm und steigende Mieten verursacht. Mit der Politik für den Flughafenbau folgt die Stadtpolitik also dem »Sachzwang« der Verwertung und senkt dabei zugleich den Lebensstandard für viele. Die Dynamik der Verwertung verursacht so stets konkrete Veränderungen im Raum der kapitalistischen Stadt: Die neue Welle der Durchökonomisierung nach der vorletzten Krise des Kapitalismus Mitte der 70er Jahre, zeigt sich im städtischen Raum einerseits durch eine Verdichtung von Raum und Zeit, wenn Metropolen infrastrukturell (ICE-Trassen) näher zusammennücken, während die Umgebung immer weiter abgehängt wird. Andererseits stellen die Städte den neoliberalen WissensarbeiterInnen »individualisierte«, d.h. zur gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsweise passende, Wohn- und Arbeitsbedingungen zur Verfügung, nicht zuletzt sichtbar in der immer weiter zunehmenden Produktion meist leerstehender Bürogebäude. Die moderne Stadterweiterung (siehe Europaviertel) verändert sich im Zusammenhang mit dem Modus kapitalistischer Verwertung, während ihre Kriterien, d.h. staatliche Kontrolle der Bevölkerung und ökonomische Verwertung, seit der Industrialisierung und der Schaffung von ArbeiterInnengettos wie Fechenheim die Gleichen geblieben sind.

Die Regierung der Stadt

Mit Verwertung und Privateigentum geht stets Konkurrenz einher und die macht auch vor der Stadt nicht halt. Im Kapitalismus entsteht

ein wachsender Druck auf Städte, sich gegen Andere im Wettbewerb um Investitionen durchzusetzen. Auch innerhalb der Städte verschärft sich der Konkurrenzkampf, wenn einzelne Stadtviertel zu Marken (Bsp. Nordend) werden und mehr und mehr einstmals öffentlich Räume unter privatwirtschaftliche Verwaltung fallen. Das ist gerade das Ergebnis des kapitalistischen »Erfolgs« von Städten, die selbst zu profitorientierten Unternehmen werden.

Ein Mittel zur Stärkung der eigenen Konkurrenzfähigkeit ist die sogenannte Gentrifizierung – im Groben die Aufwertung ehemaliger ArbeiterInnenviertel durch den wachsenden Zuzug von besser Verdienenden. Ihr Resultat ist in Deutschland die zunehmende Verdrängung von sozial schwachen Schichten an die Ränder der Stadt, da sie sich die steigenden Mieten in Innenstadtnähe nicht mehr leisten können, und gleichzeitig deren kultureller Isolation durch den Ausschluss aus dem öffentlichen Leben. Die soziale Ausgrenzung und Armut offenbart sich in der räumlichen Ausgrenzung, die ihrerseits wiederum durch den Einsatz von Kontroll-Techniken wie Kameraüberwachung, der Verdrängung als gefährlich wahrgenommener Gruppen aus dem öffentlichen Raum (Junkies aus dem Hbf) und dem steigenden Einsatz (auch privater) Sicherheitsdienste politisch reguliert werden soll. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Stadt wird nämlich die Notwendigkeit geschaffen, die Bevölkerung über Politik zu steuern. Die selbst keine Grenzen kennende Verwertung bedarf stets einer politischen Regulierung um langfristig funktionieren zu können. Die hygienischen Bedingungen, die entstehen, wenn viele Menschen auf engem Raum miteinander leben, müssen ebenso geregelt werden, wie die Zurichtung neuer BürgerInnen- und ArbeiterInnenschichten in Schulen und anderen Erziehungsinstitutionen. Schlägt diese fehl, oder kann sie nicht in allen Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße umgesetzt werden, benötigt das auskömmliche Sozialleben Strafmaßnahmen und Repression. Grundlage dieser Politik stellt ein ausreichendes Wissen über die Bevölkerung als solche dar: die moderne Wissenschaft (Statistik) hat ihren Ursprung in der Entwicklung städtischen Lebens und findet gegenwärtig mit der Erhebung des Mikrozensus¹ in einer deutlichen Verschränkung von staatlicher und städtischer Bevölkerungspolitik statt.

Stadt als Widerspruch in sich

Auch wenn städtische Imagekampagnen etwas anderes behaupten: Das Leben in den kapitalistischen Metropolen ist niemals widerspruchsfrei. Vielmehr folgt es einer bestimmten Rationalität, die sich bei den unterschiedlichen Subjekten jeweils in verschiedenen Formen äußert: In jeder Stadt gibt es BankerInnen auf der einen, wie Putzmänner auf der anderen Seite und deren Alltag ist ziemlich verschieden. Denn in der kapitalistischen Stadt kreuzen sich immer verschiedene Herrschaftsverhältnisse (rassistische, sexistische, Klassenherrschaft, etc.), was sich z.B. auch in den subjektiven Wahrnehmungen von Bedrohungen zeigt. Wenn die CDU im Wahlkampf »Sicherheit« verspricht, dann werden die unterschiedlichen Lebensverhältnisse verdeckt. Und wenn die Grünen mit dem Slogan »die Stadt gehört dir« für sich werben, dann sprechen sie damit nicht uns alle, sondern nur ihr eigenes Klientel an: diejenigen, die sich die Stadt leisten können. Denn während die vollständige Kameraüberwachung von U-Bahnen und Bahnhöfen die gefühlte Sicherheit einiger bestimmt verstärkt, bedeutet sie im Umkehrschluss weniger Sicherheit für z.B. Obdachlose oder politische Aktivistinnen; Während für viele Frauen verlassene und dunkle Orte oftmals auch eine reale Gefahr darstellen können, bieten diese andererseits Schutz vor dem Blick von Ordnungskräften und AktivbürgerInnen; und während Gentrifizierungsprozesse zuerst die Ärmsten in den Vierteln betreffen, fühlen sich viele Linke, Studierende und KünstlerInnen durch ein »bisschen Gentrifizierung« meist etwas wohler und sind nicht zuletzt selbst maßgeblich Teil dieser Prozesse. Diese Ambivalenzen können nichts erklären, sie können aber verdeutlichen, dass sich in der kapitalistischen Stadt gerade in ihrer selbst vielschichtigen Funktion – als Standort des Kapitals und als Lebensraum der Lohnabhängigen – unterschiedlichste Interessen materialisieren. Eine Kritik an Gentrifizierung und sozialer Verdrängung ist zwar richtig. Sie greift aber zu kurz, wenn sie nicht die eigene Rolle in diesen Prozessen reflektiert. Denn im Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft, in der die Bedürfnisbefriedigung der Menschen nicht vernünftig ausgehandelt, sondern dem Kriterium von Verwertung und Wettbewerb untergeordnet wird, bleibt immer nur die Frage wer wen vertreibt und kontrolliert. Das urbane Glücksversprechen ist im Kapitalismus nicht zu verwirklichen. Nicht neu, aber leider wahr.

Die kapitalistische Stadt ist als Feld linksradikaler Praxis trotzdem interessant, weil sie eine Verdichtung von gesellschaftlichen Brüchen und Möglichkeiten ist. Als Knotenpunkt des kapitalistischen Lebens manifestieren sich in ihr die gesellschaftlichen Zwänge in einer für alle anschauliche Form. Denn neben ihrem Zweck für die Organisation der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Funktion für bevölkerungspolitische Maßnahmen, beinhaltet sie auch immer ein Glücksversprechen an ihre BewohnerInnen. Sie stellt Lebensraum dar und verspricht kulturelle und soziale Angebote, die den Alltag interessanter machen. Und auch die in einer kapitalistischen Produktionsweise zur persönlichen und individuellen Reproduktion so notwendige Verwertung findet gegenwärtig überwiegend in den kapitalistischen Städten statt. Ebenso kann die Anonymität der Metropolen gerade für Illegalisierte und Verfolgte auch den benötigten Schutz bereitstellen. Die kapitalistische Stadt ist damit sowohl Ort von Herrschaft, wie Ort möglicher Alternativen. Die hier sichtbar werdenden Widersprüche prägen das Leben auch von Aktivistinnen, andererseits werden Konflikte widersprüchlicher Interessen deutlich, die wohl auch in einer befreiten Gesellschaft Aushandlungsprozesse nötig machen. Insofern ist die Stadt Raum unmittelbaren Zwangs und gleichzeitig kollektiver Raum, der das Potenzial hat zum Terrain der Erprobung neuer Formen der Aushandlungen zu werden – Aushandlungen die wenigstens das Versprechen eines utopischen Überschusses beinhalten.

Stadt für Alle!

Die Strategien der Grünen und anderer werden nicht aufgehen, weil die Stadt gegenwärtig weder »dir« noch »uns« gehört. Die kapitalistische Stadt ist immer Objekt staatlicher Bevölkerungspolitik, nicht erst in ihrer gentrifizierten Form. Sie ist immer schon durch die Zwänge der Kapitalverwertung strukturiert und ein Ort ihrer notwendigen politischen Regulation. Jede Politik der Integration in die kapitalistische Verwertung, die Forderung nach einer günstigen Infrastruktur heißt stets auch die Forderung nach rationalerer Verwertung (z.B. durch kürzere Arbeitswege). Die Probleme, die sich in den kapitalistischen Metropolen zeigen, sind somit Ausdruck der Widersprüchlichkeit des Kapitalismus und werden von denen, die ihre Lösung versprechen bereits wieder produziert. Deshalb ist es ebenso ehrenwert wie falsch, die Mitbestimmung in »meiner Stadt« (Grüne) zu fordern. Das Recht auf Stadt beinhaltet immer den positiven Bezug zum bürgerlichen Recht und damit der Grundlage für kapitalistisches Eigentum. Demgegenüber wollen wir kein staatlich gewährtes oder bürokratisch einklagbares »Recht auf Stadt«, weil dieses auch immer ein Kollektiv der Anspruchsberechtigten und damit gleichzeitig auch Ausgeschlossene produziert. Die Emanzipation von den Zwängen der kapitalistischen Stadt kann nur mit der Perspektive auf eine »Stadt für Alle!« – d.h. einem Lebensraum, der nicht nach den Zwängen der Verwertung, des Privateigentums und der Standortkonkurrenz organisiert ist, der also niemandem »gehört«, sondern der von allen gestaltet wird – erkämpft werden. Es reicht nicht, die verschiedensten Missstände nur zu beklagen, vielmehr müssen wir die Sache selbst in die Hand nehmen, in Konfrontation zu staatlichen Institutionen und städtischer Bevölkerungspolitik. Denn die Stadt des Kapitals ist verwundbar: kreative Alltagspraxen wie Schwarzfahren, Häuserkämpfe und Besetzungen können die kapitalistische Logik der modernen Stadt empfindlich stören und, wenn sie in kollektive Auseinandersetzungen und längerfristige Organisationsversuche eingebunden sind, vielleicht sogar erste Schritt in Richtung einer emanzipatorischen Gesellschaft sein.

In diesem Sinn rufen wir dazu auf, euch organisatorisch und aktionistisch in das Netzwerk »Wem gehört die Stadt?« einzubringen, mit uns am Aktionstag am 11. Juni 2011 deutlich zu machen, dass die Stadt niemandem gehört soll und nicht zuletzt mit uns am 22. Juni die Innenministerkonferenz in Frankfurt zu stören. Erst wenn die Stadt niemandem mehr gehört, wäre sie ein Ort in dem sich zu leben lohnt. 11. Juni: Aktionstag – Wem gehört die Stadt? 21-22. Juni: Innenminister in Frankfurt! Ab jetzt für immer: Stadt für Alle!

¹ Der Mikrozensus ist »eine statistische Erhebung, bei der im Gegensatz zur Volkszählung nur nach bestimmten Zufallskriterien ausgewählte Haushalte betitelt sind. Die Anzahl der Haushalte wird so gewählt, dass die Repräsentativität der Ergebnisse statistisch gesichert ist. Der Mikrozensus dient dazu, die im Rahmen von umfassenden Volkszählungen erhobenen Daten in kurzen Zeitabständen mit überschaubarem organisatorischem Aufwand zu überprüfen und gegebenenfalls zu korrigieren.« (de.wikipedia.org)

CAMPUS FÜR ALLE!

Ratschlag Campus Bockenheim

Wir begrüßen, dass die Hochschule für Musik und darstellende Kunst, die Deutsche Ensemble Akademie, Frankfurt LAB nach Bockenheim ziehen und den Stadtteil bereichern wollen. Wir lehnen es jedoch ab, wenn kulturelle Einrichtungen zum ökonomischen »Standortfaktor« erklärt werden, wenn sie zur Aufwertung und letztlich zu steigenden Mieten beitragen.

Die zukünftigen Studierenden, die KünstlerInnen und die Beschäftigten auf dem Campus Bockenheim brauchen ebenso wie die »Alteingesessenen« bezahlbaren Wohnraum, Einrichtungen für ihre Kinder, öffentliche Räume, Maßnahmen zur Verbesserung des Mikro-Klimas.

Deshalb fordern wir:

- Bei der Bebauung des Areals am Bockenheimer Depot (Sophienstraße / Gräferstraße) durch die ABG Holding müssen die angekündigten Mieten deutlich gesenkt werden. Wir wollen keine Luxuswohnungen, die sozial schwache Bevölkerungsgruppen von der Teilhabe ausschließen.
- Genossenschaftliches, generationsübergreifendes Wohnen soll auch auf diesem Gelände realisiert werden.
- Statt eines Einkaufszentrums sollen am Depot Freiflächen erhalten und ein Jugendtreff eingerichtet werden.
- Auf dem Areal zwischen Bockenheimer Warte und Georg Voigt-Straße muss der Anteil an Wohnungsbau auf 60% der Gesamtbebauung erhöht werden.
- Im Hinblick auf die Wohnraumnot von Studierenden müssen die Wohnheime an der Bockenheimer Warte und am Studierendenhaus erhalten werden.

- Die Kündigung der Räumlichkeiten für die Uni-Kita muss umgehend zurückgenommen werden.
- Das Studierendenhaus soll als öffentlicher Raum zu einem »Offenen Haus der Kulturen« weiterentwickelt werden.
- Statt Abriss und Entsorgung von Geschichte könnte durch die Sanierung von denkmalgeschützten Kramerbauten neuer Wohnraum oder Raum für öffentliche Einrichtungen geschaffen werden.
- Vor der Bebauung müssen unabhängige Gutachter Auswirkungen des Klimawandels für den bereits jetzt stark belasteten Stadtteil und Maßnahmen zur Verbesserung des Mikro-Klimas prüfen. Ihre Empfehlungen sind zu berücksichtigen.
- Grünflächen müssen erhalten und erweitert werden, eine nachhaltige Verkehrsberuhigung ist überfällig.

Der Campus Bockenheim, der als öffentlicher Grund und Boden dem Land Hessen kostenlos für den Universitätsbetrieb überlassen wurde, muss im Interesse der hier lebenden BürgerInnen entwickelt werden.

Wir fordern Transparenz, öffentliche Diskussionen und eine Einbeziehung der BürgerInnen, die die Bezeichnung »Bürgerbeteiligung« tatsächlich verdient.

Ratschlag Campus Bockenheim

Die Bürgerinitiative trifft sich an jedem 2. Mittwoch im Monat (8. Juni), 19 Uhr – im Studierendenhaus, Campus Bockenheim. Gäste sind herzlich willkommen!

Kontakt: A. Wahl, Telefon: 069 774583, E-Mail: rech-wahl@onlinehome.de



STUDIERENDENHAUS

Offenes Haus der Kulturen

Für den Erhalt und die Weiterführung des Studierendenhauses als »Offenes Haus der Kulturen«

Während der geplante Kulturcampus erst eine vage Idee ist, findet auf dem Campus Bockenheim schon heute ein lebendiges kulturelles Leben statt. Das Studierendenhaus, das auf eine jahrzehntelange Tradition der demokratischen und politischen (Streit-)Kultur zurückblickt, ist die Heimat einer Vielzahl von Gruppen und Künstler und ein Zentrum des Austauschs unterschiedlicher Sichtweisen von Kultur und Gesellschaft.

Hier gibt es ein Studentenwohnheim und eine Uni-Kita, die seit 40 Jahren ein besonderer Ort für Kinder ist. Die Vielfalt der Räume unterschiedlicher Größe werden für Konzerte, Partys, Film und Diskussionsveranstaltungen, Ausstellungen, Tanz- und Theater von unterschiedlichsten Gruppen und gerade auch von Migranten-Gruppen genutzt. Das Anliegen, das Studierendenhaus als Offenes Haus der Kulturen weiterzuführen, hat sich daher auch die Kommunale Ausländervertretung der Stadt Frankfurt zu eigen gemacht.

Demokratie braucht offene Räume und das Studierendenhaus ist bereits heute für sehr viele Menschen ein Raum, den sie aktiv für ihre Belange und ihre Präsentationen nutzen.

Das Studierendenhaus muss auch in Zukunft als Freiraum erhalten bleiben und soll nach dem Umzug des ASTA zu einem offenen und selbstverwalteten Kulturzentrum für alle Frankfurter ausgebaut werden.

Das heutige Studierendenhaus wurde 1953 mit Hilfe der Amerikaner errichtet um einen Beitrag zur Redemokratisierung der Universität nach dem Nationalsozialismus zu leisten. In den folgenden Jahrzehnten war es ein Ort der offenen Diskussion, der Kritik und des kulturellen Experiments.

In der bisherigen Planung für die Neubebauung des Campus Bockenheim ist das Studierendenhaus, obwohl es eines von meh-

renen unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden ist, nicht vor Abriss geschützt. Nachdem es zunächst einem Grünstreifen, dann einem Konzertsaal zum Opfer fallen sollte, scheint der Erhalt des Hauses als Ganzes gesichert. Das ist ein Anfang, aber über die künftige Nutzung als Offenes Haus ist noch nicht entschieden: Nur als offenes und selbstveraltetes Haus wird es auch in Zukunft dem Gedanken seiner Gründung und den Bedürfnissen der heutigen Bestrebungen nach gelebter Demokratie gerecht werden.

Es ist uns wichtig, dass es ein Ort für Alle wird, und zwar nicht als Betrachter oder Konsumenten, sondern als ein Ort, wo sich jeder eingeladen fühlt, selber teilzunehmen und zu gestalten. Wir wünschen uns einen Ort, wo Dinge geschehen können, die man nicht vorhersehen kann, weil sie Zeit brauchen, um sich überhaupt zu entwickeln. Kulturelles Leben jenseits der kapitalistischen Verwertbarkeit.

Bisher wurden im Umgang mit dem Studierendenhaus von den Planern, die für große Planungsprojekte typischen Fehler gemacht. Man entwirft auf dem Reißbrett und denkt man fange bei Null an, anstatt auf die gewachsenen Besonderheiten eines Ortes einzugehen, man plant für die Menschen statt mit ihnen, man zerstört bestehende Strukturen und übersieht beim Blick auf und vom Leuchtturm viele kleine Initiativen, die den eigentlichen Humus einer lebendigen Stadt ausmachen. Wir fordern alle, denen das Studierendenhaus am Herzen liegt, auf, für den Erhalt dieses Freiraums zu kämpfen!

Der Verein »Offenes Haus der Kulturen« möchte Weichenstellungen für den Übergang des Studierendenhauses in eine freie Trägerschaft vornehmen. Dem Verein gehören Gruppen und Einzelpersonen aus den Umfeld der freien Szene und der Bürgerinitiativen an. Wir haben ein Grundsatzkonzept für das Haus erstellt, das die Grundlage für unsere weitere Arbeit ist. Wir freuen uns über Mitarbeit!

Im Netz: www.studierendenhaus-fuer-alle.de
offenes-haus@studierendenhaus-fuer-alle.de

SELBSTINSZENIERUNG SCHEITERT KLÄGLICH – PETRA ROTH GEHT IN JUBEL UNTER!



Bingo!-Gruppe

In der Aula des historischen Hörsaalgebäudes auf dem Campus Bockenheim sollte gestern, am 16. Mai in herrschaftlicher Atmosphäre das sogenannte zweite Bürgerforum zum »Kultur-Campus Bockenheim« stattfinden. Empörte Anwohner_innen und Studierende ließen diese selbstgerechte Inszenierung von Oberbürgermeisterin (OB) Petra Roth und dem von ihr geladenem Podium jedoch in Jubelchören untergehen. Nach knapp 1 ½ Stunden verließ ein sichtlich entnervtes Podium unverrichteter Dinge den Raum.

Bereits im Vorfeld der Veranstaltung war selbst in der bürgerlichen Presse bemängelt worden, dass bei einem sogenannten Bürgerforum wohl auch die Betroffenen zu Wort kommen sollten. Besetzt war das von OB Roth geladene Forum jedoch mit Unipräsident Werner Müller-Esterl, dem Kulturdezernenten Felix Semmelroth, dem Geschäftsführer der AGB Holding (städtische Wohnungsbaugesellschaft) Frank Junker, Thomas Rietschel, Präsident der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst (HfMDK), Michael Denkel, Stadtplaner und Jünger von Albert Speer und dem Planungsdezernenten Edwin Schwarz.

Zu Beginn der Veranstaltung war die Aula mit knapp 300 Teilnehmenden bis zum letzten Platz gefüllt und OB Roth genoss bei ihrer Eröffnungsrede offensichtlich den frenetischen Jubel, der ihr – unerwarteter Weise – zuteil wurde. Als dieser jedoch auch nach den ersten Sätzen nicht enden wollte, verschlechterte sich ihre Stimmung merklich. Grund für den Jubel waren Flugblätter, die vor Beginn der Veranstaltung ausgelegt worden waren und zur überaffirmativen Teilhabe aufriefen. Ein »Partizipations-Bingo« forderte die Anwesenden auf, zu bestimmten Begriffen des Podiums zu jubeln und zu applaudieren.

Noch während der Eröffnungsrede von Roth hängten außerdem vier bunt geschminkt und gekleidete Menschen unter tosendem Beifall ein Transparent mit der Aufschrift »Einmal Latte mit Kultur-Campus. Zum in die Tonne treten, bitte!« auf. Schon zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich ab, dass der wohl vom Podium gewünschte Verlauf des »Bürgerforums« nicht durchzusetzen ist, zumal die Mehrheit der im Publikum sitzenden Menschen wohl weniger an einer konstruktiven Teilnahme als an einer Dekonstruktion der Selbstinszenierung interessiert waren.

Nachdem die sichtlich überforderte Moderatorin am Anfang noch bemüht war, die Veranstaltung wie geplant durchzudrücken, versuchte

sie kurze Zeit später dem Publikum das Wort zu überlassen und den »demokratischen« Charakter des Forums zu betonen. Allerdings ließen sich die Gäste auch davon nicht beirren und bedachten Roth und Co. weiterhin mit überschwänglicher Zustimmung. Sprechchöre wie »Wir leben für den Standort, wir lieben Konkurrenz, wir sind nicht eure Feinde wir sind eure Fans!« und »Petra Roth so hilf uns doch, den Campus gibt es immer noch!« hallten durch dem Raum. Konfetti, Luftschlangen und Papierschnipsel mit dem Logo des im Februar gegründeten »Wem gehört die Stadt?«-Netzwerkes und einem Aufruf zum Aktionstag am 11. Juni wurden in die Luft geworfen. Bereits jetzt hatten immer wieder einige der wenigen Unterstützer_innen des Podium unter Beifall den Saal verlassen.

Als dann auch noch Werner Müller-Esterl das Mikrofon ergriff, um sich selbst als Opfer der Umsände zu inszenieren, riefen wohl besonders die empörten Studierenden im Saal immer wieder lautstark »Räumen! Räumen!«. Erinnernten sie sich wohl noch sehr genau daran, wie das im Dezember 2009 im Rahmen von Studierendenproteste besetzte Casino auf dem IG Farben-Campus auf seine Anweisung hin von schwer bewaffneten Polizist_innen mit Knütteln und Pfefferspray geräumt worden war.

Eine ähnlich schlechte Figur machte neben ihm Edwin Schwarz. Vor seinem »Beitrag« hatte eine Rednerin aus dem Publikum bereits die Frage gestellt, warum eine »Bürgerbeteiligung« erst nach drei Jahren und nach dem Abspringen mehrerer Investoren zu Stande kam. Statt auf die Frage einzugehen, sah sich der offensichtlich überforderte Schwarz nur noch dazu in der Lage, das Publikum zu beleidigen und den geladenen Bürger_innen mangelnden Intellekt vorzuwerfen.

Zwei weitere Beiträge aus dem Publikum nahmen dies zum Anlass, das Demokratieverständnis des Podiums in Frage zu stellen. Betont wurde auch, dass schon die Anordnung im Raum und die Boxen zur Verstärkung der Redebeiträge des Podiums nur auf das Publikum gerichtet seien. Dies offenbare, in welcher Richtung die Kommunikation stattfinden solle.

Nachdem Petra Roth zuerst die Schuld für diesen »Fehler« bei den Tontechniker_innen gesucht hatte, fasste sie sich ein Herz, selbst

Hier der Text des ausgelegten Flugblatts:

Wir danken und preisen!

Wir schreiben das Jahr 2011. Der gesamte Campus Bockenheim wird von Studierenden und anderem nichtsnutzigen Gesindel genutzt. Der ganze Campus Bockenheim? Nein! Eine kleine Gruppe unbeugsamer Frankfurter_innen hat sich zum Ziel gesetzt, diesem Treiben endlich Einhalt zu gebieten...

Als erfahrene Feldherrin im »Aufstand der Städte«, ist die allseits geliebte Petra Roth als Führerin einer kleinen Widerstandsgruppe auserkoren, dem barbarischen Treiben am Campus endlich ein Ende zu bereiten. Unterstützung bei ihrem Kampf für die Hochkultur erhält sie von dem unerschrockenen Werner Müller-Esterl, der spätestens seit dem Kampf um das Casino im Dezember 2009 weiß, wie man mit Schlagstock und Pfefferspray gegen Schmierfinken und Kulturfeinde vorgeht. Und auch die anderen Kämpfer_innen für das »Wahre, Schöne, Gute«, wie der Kopf der ABG Holding Frank Junker und der Planungsdezernent Edwin Schwarz, wissen ganz genau, wie man ganze Stadtviertel und städtischen Wohnungsbau aufwertet, um im immer härteren Kampf und den Standort konkurrenzfähig zu bleiben.

Wir sind heute hierher gekommen, um dafür endlich einmal laut und deutlich »Danke!« zu sagen. Denn wir verzichten gerne auf das Studierendenhaus als Ort demokratischer Kultur und Mitbestimmung, wenn es der Hochkultur dient. Auch dem Kindergarten und den Unterkünften für Studierende weinen wir keine Träne nach, denn wir wissen, es geht darum konkurrenzfähig zu bleiben – auch mit New York, Rio, Tokio. Wir verstehen, dass der Kultur-Campus als strahlender Leuchtturm auch Schatten werfen wird und die Mieten in Bockenheim steigen müssen. Wir akzeptieren demütig, dass manch' eine_r von uns es sich bald nicht mehr leisten können wird, hier die Miete zu zahlen, denn wir wissen, dass wir unseren Wohnraum für die Leistungsträger_innen in der Gesellschaft frei machen müssen, die dafür sorgen, dass es uns allen in Zukunft besser gehen wird.

Wir möchten uns außerdem dafür bedanken, dass wir – denen uns der Weitblick für solch weitreichende Entscheidungen fehlt – so vorzüglich repräsentiert werden. Weil wir tagein tagaus damit beschäftigt sind, für Miete, Fressen und all die anderen wunderbaren Geschenke, die die kapitalistische Gesellschaft für uns bereit hält, die Kohle aufzutreiben, haben wir leider nicht die Zeit uns mit Hochkultur, dem Standort und derlei wichtigen Dingen zu beschäftigen. Um so mehr sind wir glücklich darüber, bei Veranstaltungen wie diesen an den weisen Entscheidungen der von uns so verehrten Repräsentant_innen teilhaben zu dürfen. Dass wir eigene Beiträge einbringen dürfen – wenn auch meist von eher plumper Natur – vermittelt uns ein Gefühl von Teilhabe und Erhabenheit. Wir sind wahrhaft dankbar!

Stimmt ein der Chor für Standort und die Konkurrenz!

Unterstützt uns und vor allem unsere Repräsentant_innen und bedankt Sie wenigstens heute mit ausreichend Jubel und Applaus!

anzupacken und zwei der Lautsprecher in Richtung Podium zu drehen. Ein letzter Beitrag aus dem Publikum stellte klar: »Wir sind hier heute nicht hergekommen, um einen konstruktiven Beitrag zu dieser selbstgerechten Inszenierung zu leisten und wollen auch keine weiteren dummen Frasen hören.« Der Redner forderte das Podium auf, endlich diese jämmerliche

Veranstaltung zu beenden und den Saal zu verlassen. Das Publikum johlte, klatschte und stampfte mit den Füßen. Nachdem der »Jubel« auch in den nächsten Minuten nicht abnahm, erklärte eine sichtlich zerknirschte Petra Roth die Veranstaltung für beendet. Unter »Zugabe! Zugabe!«-Rufen verließen ihr Anhang und sie selbst die Aula.

BÜRGERBETEILIGUNG IM PLANUNGSPROZESS CAMPUS BOCKENHEIM

Alle reden davon. Aber was ist das? Ist es das Abhalten von Veranstaltungen, in denen Moderatoren die Planungsauffassungen der Behörden für das Publikum einer Weichspülung unterziehen?

► Ist es die Anwendung von »modernen« Kommunikationsmethoden auf Bürgerversammlungen, aber ohne wirkliche Veränderung des Demokratieverständnisses der Entscheidungsträger?

► Ist es die Beteiligung der Bürger am Bekleben von Flipcharts und das Bewerten dieser pädagogischen Beschäftigungen als Prozessbeteiligung?

► Sollen wir, die etwas verändern wollen, die Mitarbeit an diesen Dialogen im Open Space usw. aufkündigen?

► Sollen wir einfach nicht mehr mit parlamentarischen Institutionen und Behörden sprechen? Die Bockenheimer Bürgerinitiativen haben sich entschlossen, eigene Vorschläge wie ein Beteiligungsprozess zu organisieren ist, und wie unserer Rolle dabei ist, zu erarbeiten und haben diese Vorstellungen der Öffentlichkeit, der OB und den Stadtverordneten vorgestellt.

Wir wollen den Planungsprozess des Campus Bockenheim auch in der Auseinandersetzung in neuen Arbeitsformen mitgestalten – aber dieses macht eben auch nur unter bestimmten Voraussetzungen einen Sinn.

Die Neugestaltung des Campus Bockenheim ist eine große Chance zur Entwicklung eines neuen Quartiers mit einer gemischten Bevölkerungsstruktur und einer vielfältigen Kulturszene von Kultur von unten und Hochkulturinstitutionen. Ob ein lebendiges urbanes Quartier entsteht, hängt entscheidend davon ab, ob eine wirkliche Bürgerbeteiligung stattfinden wird. Die Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses zur Bürgerbeteiligung fängt bei der Planung des Beteiligungsprozesses an. Wir wollen als Bürger mitreden darüber, was Bürgerbeteiligung ist, und wie Bürgerbeteiligung bezogen auf dem Campus Bockenheim praktiziert werden soll. Die Regeln der Bürgerbeteiligung werden jetzt ausgemacht. Und das sind unsere Vorschläge!

1. Demokratische Formen der Partizipation
Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe: Wir wünschen eine demokratische Beteiligung der Bürger zur Neu-Planung des Campus Bockenheim. Den Stadtteilbewohnern müssen Möglichkeiten geschaffen werden, ihre Bedürfnisse zu artikulieren, sie müssen aktiv in den Planungsprozess einbezogen werden. Entscheidend ist, dass die von den Beteiligten erarbeiteten Ergebnisse tatsächlich in die Entscheidungen von Politik und Verwaltung einfließen.

Alle am Projekt Campus Bockenheim Beteiligte – von den Kulturinstitutionen des Forums Kulturcampus, über Initiative Zukunft Bockenheim, Ratschlag Campus Bockenheim, Verein »Offenes Haus der Kulturen«, Bockenheimer Vereinsring, Gewerbeverein Bockenheim-aktiv, Unikita, das Studentenwerk, Umweltschutzverbände und andere in den Prozess eingebundene und engagierte Gruppen – sollen sich mit ihren Beiträgen in den Bürgerbeteiligungsprozess einschalten können. Alle Gruppen haben gleiche Rechte zur Veröffentlichung schriftlicher Beiträge und zur mündlichen Darstellung ihrer Positionen.

2. Moderation

Eine Diskussion auf Augenhöhe heißt, dass Politiker und Bevölkerung auf einer Ebene verhandeln. Deshalb ist eine zentrale Forderung der Bürgerinitiativen, dass die Moderation durch Unabhängige erfolgt.

3. Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und Medien

a) Ankündigung der öffentlichen Veranstaltungen Die Stadt Frankfurt lädt durch Plakate, über die Presse und das Internet zu den geplanten Veranstaltungen der Bürgerbeteiligung ein und stellt Informationen über Diskussions-Veranstaltungen und moderierte Verfahren zeitnah in den dazu bereitgestellten Portalen zur Verfügung. Dabei sollte sie auch über die Rahmenbedingungen, den Ablauf und den Prozess der Ergebnisfindung informieren.

b) Online-Portal/Internetplattform

Ähnlich wie bei dem Verfahren zu dem Integrationskonzept der Stadt Frankfurt sollte die Diskussion online gespiegelt werden. Das bedeutet:

- Der jetzige Sachstand der Planung wird im Internet veröffentlicht.
- Stellungnahmen, Vorschläge der BürgerInnen, der engagierte Vereine und Gruppen und Information über den Verlauf des Bürgerforums und der Planungswerkstätten kommen zeitnah hinzu.
- Alle Bürger haben hier die Möglichkeit, ihre Standpunkte zu formulieren und einzubringen.

c) Infobox

Um den Planungsprozess und das Verfahren transparent zu gestalten, befürworten wir parallel zum Online-Portal das Aufstellen einer Infobox auf dem Gelände des Campus. Diese sollte neben den möglichen künstlerischen Darbietungen alle Basis-Fakten zum Campus Bockenheim und der Planung vermitteln und zu Bürgerbeteiligung einladen. Auch hier können Bürger digital oder analog Stellungnahmen abgeben.

d) Mediale Dokumentation der wesentlichen Debatten

Die Übertragung der wichtigsten Debatten im TV Format via Internet oder per Radio, ermöglicht es wesentlich mehr Bürgern sich über die entscheidenden Fragen, Ergebnisse und Standpunkte zu informieren. Dies ist anzustreben.

4. Die Planungswerkstätten sollen inhaltlich strukturiert werden und Schwerpunkte setzen.

Nur so ist eine verbindlich, konzentrierte Diskussion möglich. Zu wesentlichen Fragen werden von der Stadt Frankfurt Gutachter bestellt.

Dabei können die Bürgerinitiativen eigene Gutachter benennen, deren Kosten ebenfalls von der Stadt übernommen werden. Folgende Themenfelder sind aus unserer Sicht entscheidend:

Bestandbauten und Denkmalschutz.
Die Bestandbauten, die unter Denkmalschutz stehen, sind zu erhalten und werden – nach notwendiger Sanierung – umgenutzt. Aber auch nicht unter Denkmalschutz stehende Gebäude sind zu bewerten.

Wohnen.

In welchem Umfang sollen auf dem Campus Wohnungen entstehen? Für welche Einkommensgruppen sollen sie entstehen und welche städteplanerischen Vorgaben sind für die Bebauungsplanung sinnvoll? Wie kann die Mischung der Bevölkerungsstruktur erhalten bleiben? Welche Möglichkeiten bieten hier Milieu-Schutzsatzungen, um im Kerngebiet den Aufwertungsdruck aufzufangen und im Campus-Gebiet die Bevölkerungsstruktur zu sichern? **Kultur. Was ist ein Kultur-Campus?** Wie kann die Integration der »neuen« Kulturinstitutionen auf dem Campus räumlich und atmosphärisch gestaltet werden? Wie finden Alltagskultur, Kultur von unten, Ausbildungsinstitutionen und Hochkultur zu harmonischer und lebendiger Vielfalt? Wie drückt sich das räumlich aus?

Klimawandel und städtebauliche Möglichkeiten.

Bockenheim wird im Frankfurter Klimaplan-Atlas als »überhitzter« Stadtteil dargestellt. Der neue Bebauungsplan soll ausreichend Grünflächen vorsehen, die den weiteren Anstieg der innerstädtischen Temperatur lindern können. Ebenso muss die Bebauung der Luftzirkulation aus Gründen der »Lufthygiene« ausreichend Raum lassen. Die Auswirkung von Verdichtung und Hochhausbebauung auf das Mikroklima ist zu prüfen. Des Weiteren ist zu überlegen, inwieweit eine grüne Fassadengestaltung (vertikale Gärten) zur Verbesserung des Stadtklimas beitragen kann.

Öffentlicher Raum.

Bockenheim ist ein lebendiger Stadtteil. Seine Dynamik verdankt er den Bewohnern, die sich aus den verschiedensten Kulturräumen, Gesellschafts- und Altersschichten zusammensetzen. Neu entstehende öffentliche Plätze werden so gestaltet, dass sie Orte des sozialen Austausches werden. An der Platzgestaltung werden die Bürger beteiligt.

Verkehrspolitik.

Welche Möglichkeiten gibt es, den motorisierten Individualverkehr einzugrenzen, das Radwegnetz zu erweitern und fußgängerfreundliche Verbindungen zu schaffen, um eine neue Qualität im öffentlichen Raum zu schaffen? Die fußläufige,

raschere Erreichbarkeit des Campus Gebiet für die angrenzenden Stadtteile wird verbessert und eine direkte Einbindung der Leipziger Straße in das neue Gebiet hergestellt.

Einzelhandel.

Welche Möglichkeiten gibt es, einen für die Leipziger Straße ergänzenden Einzelhandel und neue Angebote im Campus Quatier zu fördern? Synergieeffekte haben dringend Vorrang, konkurrierende Angebote für den existierenden Einzelhandel sollen vermieden werden.

5. Ergebnisfindung, Dokumentation und Präsentation

Das Ziel des Planungsprozesses soll sein, die konstruktive Seite der Bürgerbeteiligung zu stärken und mit den Bürgern zu Ergebnissen zu kommen, statt im Offenlageverfahren die Bürger auf den Widerspruchsweg zu verweisen. Daher sollen vor der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung die Ergebnisse des Bürgerbeteiligungsprozesses öffentlich präsentiert werden. Auf einer Bürgerversammlung wird diese Präsentation vorab erneut offen diskutiert.

Frankfurt, Mai 2011

Gemeinsam erarbeitet von den Bürgerinitiativen

Initiative Zukunft Bockenheim

Stadtteilbüro Leipziger Straße 91
Anette Mönich: 069 71914944
und 069 7072380
kontakt@zukunft-bockenheim.de
www.zukunft-bockenheim.de

Offenes Haus der Kulturen

Tim Schuster | 069 71910597
timschus@yahoo.com
studierendenhaus-fuer-alle.de

Ratschlag Campus Bockenheim

Angelika Wahl | 069 774583
rech-wahl@online-home.de

11.06.2011

WEM GEHÖRT DIE STADT?

AKTIONSTAG

INFOTELEFON 0176-74 54 99 91 [AKTIONSTAG, AB 12 UHR]

LIVE-TICKER [HTTP://WWW.WEMGEHÖRDIESTADT.NET/TICKER/](http://www.wemgehörtdiestadt.net/ticker/) [AKTIONSTAG, AB 12 UHR]

WEITERE INFOS [HTTP://WWW.WEMGEHÖRDIESTADT.NET](http://www.wemgehörtdiestadt.net)

12 UHR ZWEITES FRÜHSTÜCK AM KURFÜRSTENPLATZ

13.30 UHR IM ANSCHLUSS STADTTEILSPAZIERGANG DURCH BOCKENHEIM

15 UHR AKTIONISTISCHES SIGHTSEEING (START: HISTORISCHES MUSEUM)

15 BIS 20 UHR »I LOVE WASSERHÄUSCHEN« IN UND UM DIE KOBLENZER STRASSE (GALLUS)

17 UHR ÖFFENTLICHE KANTINE AN DER BOCKENHEIMER WARTE

18 UHR RUHESTÖRUNG STATT LÄRMBELÄSTIGUNG



**WEM GEHÖRT
DIE STADT?**

RECHT AUF STADT: RECHT AUF ANTISEXISTISCHEN UND ANTIRASSISTISCHEN RAUM!

AFLR – autonomes FrauenLesben Referat der Uni Frankfurt

Die Fragestellung »Wem gehört die Stadt?« impliziert eine Auseinandersetzung mit Besitz und Eigentumsverhältnissen, sie als ein »Recht auf Stadt« zu deuten thematisiert mehr noch die den Eigentumsverhältnissen zu Grunde liegenden Herrschaftsverhältnisse. »Wer hat ein Recht auf Stadt?« Die Antwort ist trivial: Jede_r im weitesten Sinne in der Stadt Lebende hat ein Recht auf sie. Recht auf Stadt heißt Recht auf Bewegungs- und Meinungsfreiheit im Stadtraum – so sein und sich so zeigen zu dürfen wie *mensch* ist.

Genau daran wird ein Großteil der in Frankfurt lebenden Menschen gehindert: Sexistische und rassistische Praxen und Strukturen der Mehrheitsgesellschaft sind an der Tagesordnung. Migrant_innen sind Rassismus ausgesetzt. Frauen generell und Menschen, die ihr Geschlecht und ihre Sexualität wider die herrschende Heteronormativität definieren sind mit Sexismus konfrontiert. Sexismus, das ist nicht nur Diskriminierung auf Grund des zugewiesenen Geschlechts. Im Sinne des sozialen Konstruktivismus geht Sexismus tiefer, ist strukturelle Instanz und kulturelle Bedingung, die internalisiert und institutionell verankert ist.

Zwar leben wir offiziell in einer modernen, individualistischen Gesellschaft, die alles zu ermöglichen scheint, Gleichstellungsgesetze der Länder zielen auf »Chancengleichheit von Frauen und Männern«, das öffentliche Leben jedoch ist trotz sämtlicher Gesetzesinitiativen dezidiert durch Sexismus determiniert. Der öffentliche Raum ist durchwoben von sexistischen Praxen, seien sie nun aggressiv oder wohlwollend. Auch Dinge wie »monosexuelles« Türaufhalten, die Betrachtung der Frau als schützenswertes *Objekt* sind sexistisch und widersprechen der Anerkennung der Frau als mündiges, sich selbst konstituierendes *Subjekt*.

Sexismus im öffentlichen Raum

Sexistische Werbung erstrahlt an allen Orten. Extremster Fall in Frankfurt ist sicherlich der Verkehrsknotenpunkt an der Messe. Ein Etablissement wirbt auf rotierender Bildfläche mit zur Schau gestellten und zum Verkauf ange-

botenen weiblichen Körpern. Es zeigt sich ein klar patriarchales Herrschaftsverhältnis der Geschlechter, in dem die Frau nun sogar zum *käuflichen* Objekt wird. Der Ort »Frankfurt Messe« erzählt von der Potenz erfolgreicher Geschäftsmänner und ihrer Verfügungsgewalt über den weiblichen Körper. Männliche Herrschaft ist immer noch auch verknüpft mit kapitaler Herrschaft – wem gehört die Stadt? Mehrheitlich Männern.

Zusätzlich prangen für die Werbeindustrie an allen Frankfurter Bushaltestellen »Living Dolls«, halbnackte idealtypische Körper. Durch sie werden Schönheitsideale propagiert. Sie sind die Manifestierung gesellschaftlicher Normvorstellungen, die die permanente und anstrengende Auseinandersetzung mit dem eigenen Körper erzwingen. Werbung kann gewissermaßen immer nur so sexistisch sein wie die Gesellschaft, in der sie entsteht. In *unserer* Gesellschaft ist unser Körper durch sexistische Regeln zur sozialen Visitenkarte avanciert, an die privater und beruflicher Erfolg gebunden ist. Nicht hinnehmbar ist nicht nur die Diskriminierung der vom Idealtypus abweichenden Subjekte, sondern auch, dass durch den Glauben an diesen sexistische Strukturen internalisiert werden und dadurch viel schwieriger bewusst abzubauen sind. Der Idealtypus wird maßgeblich durch die Heteronormativität der Mehrheitsgesellschaft mitbestimmt.

Im jüngeren Diskurs verbreiterte sich der Fokus von der Debatte um Abtreibung, das Recht auf den eigenen Körper und um die Trennungsaufhebung von Reproduktions- und Produktionssphäre um die Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität. Sexismus ist jetzt noch weitgehender definiert als illegitimes Erzwingen der Verkörperung eindeutiger Geschlechternormen und beinhaltet heterosexistische Diskriminierung von Menschen, die nicht ins gängige dichotome Geschlechterkonzept passen (wollen), wie z.B. homo-, intersexuelle Menschen und Transgender.

Was tun?

Recht auf Stadt muss heißen »ich habe das Recht, mich im Stadtraum zu bewegen, frei von sexistischen Übergriffen, unabhängig davon, wie ich mein Geschlecht und meine Sexuali-

tät definiere.« Postulat hierfür ist das Brechen mit traditionellen Geschlechtszuschreibungen durch das Auflösen des Modells der Zweigeschlechtlichkeit.

Dies kann nur durch das Schaffen nicht-kommerzieller Räume geschehen, in denen Sexismus, Homophobie und Rassismus veraltet sind und keinen Platz haben. Sozialer Raum ist sozial hergestellt. Freiraum kann und muss daher eigenständig in emanzipatorischer Praxis geformt werden. Hierfür müssen alle Anwesenden Teil des Raumkonzeptes werden und im Zuge dessen Eigenverantwortung für das Geschehen im Raum übernehmen. Ein Umdenkprozess und bewusster Umgang mit Raumverhältnissen – immer und immer wieder – ist notwendige Voraussetzung.

Auf Grund der geschilderten Problematik ist ersichtlich, dass ein solches Konzept für den gesamten Frankfurter Raum lange nicht erreicht ist. Die Politik der kleinen Schritte ist von Nöten: In bereits bestehenden Freiräumen wie dem Klapperfeld, den Ladyfest-Abenden im IVI oder dem Frauenraum der Universität ist es nötig, eine Gleichzeitigkeit des Zusammenlebens unterschiedlicher Strategien sowie den respektvollen Umgang und das Vertrauen ineinander zu erhalten und darüber hinaus in weitere Räume zu tragen – jeder und jedem die Möglichkeit zu bieten, sich zu informieren und zu Eigeninitiative anzuregen.

Am 11. Juni gilt es, sich in dieser Art und Weise verschiedenste repräsentative Positionen im visuellen Raum anzueignen und sie zu bespielen, um klar zu machen:

No homophobia, fight sexism!

Wer sind wir eigentlich?

Das AFLR versteht sich als Ansprechstruktur und politische Vertretung für FrauenLesbenTrans* an der Uni und um diese herum. Wir versuchen Brücken zu bauen zwischen akademischer Beschäftigung mit Queer-Feminismus und Frauenbewegungen und der politischen Praxis. Das Referat ist keine hermetisch geschlossene Struktur. Wir stellen unsere Infrastruktur für Frauen bereit, die eigenständige Projekte planen oder Lust haben den Frauenraum mit Bibliothek zu nutzen, Arbeitsgruppen zu gründen oder be-



raten zu werden. Im offenen Plenum diskutieren wir die Inhalte unserer Arbeit. Für Fragen, Kritiken, Anregungen, Suche um inhaltliche, infrastrukturelle oder auch finanzielle Unterstützung sind wir jederzeit offen und per Mail oder zu den Plenumszeiten zu erreichen.

Das Konzept antisexistischer Freiraums:

Unter der auf Erfahrung bauenden Annahme, dass von sexistischen Übergriffen in signifikanter Mehrzahl FrauenLesbenTrans* betroffen sind, gibt es im Studierendenhaus den Frauenraum. Er steht allen FrauenLesbenTrans* zur Nutzung offen. Es gibt dort eine Teeküche und eine Bibliothek mit diversen Zeitschriften, Romanen und Ratgeberinnen zu Themen wie (queer)feministischer Theorie, linksemanzipatorischer Praxis, Sexualität, Gesundheit und Recht. Außerdem Sofas zum einfach mal Ausrufen! Zugang habt ihr wenn ihr Euch an der Pforte des Studihauses

einen Schlüssel geben lasst – einfach nach dem »Frauenraum« fragen.

Am Samstag, den 11. Juni sind wir zu Diskussion, Kennenlernen und Vernetzung zwischen 17 und 19 Uhr im Frauenraum – alle FrauenLesbenTrans* sind herzlich eingeladen!

Post Scriptum: Natürlich diskutieren wir auch gerne mit Männern! Der Frauenraum in seiner Funktion als antisexistischer Schutzraum ist allerdings FrauenLesbenTrans* vorbehalten.

Ansonsten habt ihr vielleicht mitbekommen, dass die Überschrift auch das Recht auf *antirassistischen* Raum beinhaltet, weil wir es uneingeschränkt wichtig finden. Da aber die NoBorder-Gruppe bereits dazu schreibt, sei an dieser Stelle auf ihren Text verwiesen.

Im Netz: aflr.blogspot.de

Kontakt: aflr@mail.com



WIR WOLLEN FREIRAUM FÜR KUNST!

Spez.Lab

Spez.Lab ist eine freie Gruppe junger Künstlerinnen und Künstler in Frankfurt am Main. Wir schaffen und nutzen gemeinsam Anlässe, um unsere Kunst und die Arbeiten anderer Künstler_innen der Stadtöffentlichkeit zu zeigen. Thematisch geht es uns in unseren Projekten um Aspekte des Lebens in der Stadt wie Fragen nach privatem und öffentlichen Raum und den sich darin entwickelnden Lebenspraxen der gesellschaftlichen Individuen. Unser Kunstverständnis wendet sich dabei bewusst ab von reinem *l'art pour l'art* und ist einer poetisch-politischen immanenten Kritik des Kunstbetriebs zugewandt, dessen materielle gesellschaftliche und historische Bedingungen im Medium künstlerischer Arbeit Ausdruck findet. Unsere Projekte in diesem Jahr umfassen das gentrifizierungskritische Artist-in-Residence-Programm »HL119 – ready to move?« im Februar, die Ausstellung »Aktuelle Formationen« Anfang März im Studierendenhaus

Bockenheim, unsere Beteiligung am Projekt »Freiraum Bornheimer Hang« zur Diskussion der Nutzung des öffentlichen und halböffentlichen Raums in der Bornheimer Ernst-May-Siedlung seit Anfang Mai sowie die zweite Auflage der »toll – galerie für zeitgenössische kunst« in Mainz seit Mitte Mai 2011 (Informationen unter: www.spezlab.de; www.spezlab.blogspot.com; www.tollgallery.com).

Wir sind Mitglieder des »Vereins für ein offenes Haus der Kulturen in Frankfurt«, weil wir das dort historisch verortete Prinzip lebendiger Demokratie und Selbstverwaltung nicht nur für wichtig halten, sondern auch ausüben. Denn: Um unsere künstlerische Arbeit tun zu können, brauchen wir ein Atelier und Büroraum, um unsere Projektarbeit fortsetzen zu können. Wir meinen: Auch uns gehört die Stadt! Wir wollen den öffentlichen Raum in Frankfurt nicht der Konsumwerbung und den Überwachungskameras überlassen, aber trotzdem sichtbar sein. Deshalb stellen auch wir hier die Frage: Wem gehört die Stadt?!

BRIEF AN EINE FREUNDIN.

Von Klara Schön

Liebe Egy,

endlich konnte ich Deine Adresse ausfindig machen.

Soweit bist Du gezogen. So weit weg. Fast unerreichbar.

Ich weiß, Du hieltest es hier nicht mehr aus. Wir hielten es alle nicht mehr aus. Aber Du warst wütender und verzweifelter. Du sagtest, entweder passiert was oder ich gehe. Oder aber sterbe ich lieber, als so weiterzumachen.

Wir waren damals beschämt. Weil wir doch unseren Trott weiterführten, trotz alledem. Arbeiten, Studieren, Schule, Konsumieren, Essen und Trinken. Wir waren abgestumpft und zu Touristen unserer Stadt geworden.

Aber wir hatten damals kein Vertrauen in unseren Mut.

Dein Fortgang war wie ein Vulkanausbruch. Uns war klar geworden, dass wir nicht länger Freizeitaktivisten bleiben konnten. Es war klar, dass nur, wenn unser Leben sich ändert, alles Weitere sich ändern kann.

Daraufhin beschlossen wir, uns für einen Monat auf das ehemalige alte Fabrikgelände in Rödelheim zurück zu ziehen, um Netze zu spinnen. Keine Arbeit, kein Job, kein Studium, weg von Computer und Fernsehen. Hunderte sind gekommen.

Diesen Ort hatten wir gewählt, weil Du da Deine Visionen an die Wände gemalt hattest. Deine Visionen von Rödelheim, von Frankfurt und von einer Welt, auf der wir unser Existenzrecht erkennen konnten. An den Wänden der Hallen konnten wir sehen, wer wir wirklich sind.

Baggersee mit Meeresblick hast Du das eine Gemälde genannt.

Nach diesem Monat passierten unglaubliche Dinge. Viele taten sich zusammen und zogen in leere Bürogebäude ein. Ein Teil von uns ging weiter arbeiten. Es waren die, die ihre Arbeit nicht so frustrierend fanden, zugleich waren es auch die, die ganz gut verdienten. Das Geld wurde zusammengeschnitten. Die anderen waren damit beschäftigt unsere Autonomie voran zu treiben. Gemeinschaftsgärten und Backhäuser entstanden. Wir bauten Gemüse an. Jetzt, wo

wir Zeit hatten, mischten wir uns in alle Belange des Stadtteils ein. Wir protestierten, sabotierten, besetzten und diskutierten solange, bis wir keine Politiker brauchten, die uns angeblich vertreten wollten und keine Polizei, die uns beschützen musste. Wir arbeiteten von früh bis spät. Nie war ich glücklicher als in dieser Zeit.

Und unsere Idee, auf den Dächern der großen Hallen des ehemaligen Fabrik-Gebäudes Solarzellen anzubringen, um unabhängig in der Energieversorgung zu werden, überzeugte auch die letzten Skeptiker Rödelheims. Jetzt haben wir sogar Strom über und tauschen ihn gegen Fahrradtransporter und Solarautos, worauf sich die Bockenheimer spezialisiert haben.

Egy, Du würdest Rödelheim nicht wieder erkennen.

Weißt Du noch, als wir vor Jahren in dem Dönerladen neben Sahan saßen. Du sagtest, wie schön wäre es, wenn die Häuser bunt bemalt wären und keine Autos die engen Gassen belagerten. Vor unserem inneren Auge entstanden kleine Cafés und Kneipen. Netze kleine Lädchen. Kinder, die auf der Straße spielen. Alte und Junge, Nachbarn, die, egal wo sie mal herkamen, ihre Stühle vor die Haustür stellten und miteinander plauderten. Nie hätte ich gedacht, dass unsere Träume, bei Döner und Bier, real werden. Und stell dir vor, es gibt sogar einen Coffeeshop.

Erinnerst Du Dich, wenn wir früh morgens auf dem Weg zu Arbeit zusammen mit hunderten Rödelheimern in die S-Bahn Richtung Innenstadt stiegen? Ein buntes Völkchen. Zugleich stiegen Hunderte aus dem Zug aus. Alles Weißbrot, die im Taunus wohnten, aber hier die gut bezahlten Jobs hatten. Du sagtest dann, die Rödelheimer gehen die Paläste putzen, in denen sie sich sonst nie aufhalten oder gar wohnen werden. Sie gehen Kranke und Alte versorgen. Wer wird sie mal versorgen, wenn sie alt sind, hast Du Dich gefragt. Das alles ist Geschichte geworden. Die vielen Medienbetriebe gehören jetzt den Rödelheimern. Unsere Jugendlichen werden da ausgebildet. Und sie sind so kreativ.

Wir haben die Monsterbürokratie abgeschafft. Viele können sich jetzt mit kleinen Läden, Handwerksbetrieben, Reparaturwerkstätten, Imbissen und Restaurants eine Existenz

aufbauen. Wir sind auch dabei, Geld überflüssig zu machen. Jetzt schon wird wild getauscht. Die Spülmaschine reparieren gegen ein vorzügliches Mahl mit einigen Freunden im Afghanischen Restaurant in der Radilostraße.

Egy, Du warst oft so traurig. Du sagtest, wir sind alle so einsam. Dein Herz würde aufgehen, wenn Du sehen könntest, wie wir leben. Jedes Haus hat jetzt ein großes Wohnzimmer. Da treffen sich die Leute zum Plaudern oder sie recherchieren, kommunizieren, weiten unser Netz über das Internet aus. In unsere Zimmer ziehen wir uns nur noch zum Schlafen und Lieben zurück. Du brauchst Dir auch keine Sorgen mehr um unsere Alten und Kinder zu machen. Du hast immer bedauert, dass die Alten und die Kinder von der Bildfläche verschwunden sind. Institutionalisiert, verwaltet und nicht mehr sichtbar. Glaub mir, wir leben jetzt Queer, für Dich hieß das immer: Alle Herkünfte, alle Hautfarben, alle Generationen und jede sexuelle Orientierung.

Du warst es, die immer gesagt hat, schau uns und unsere Freunde und Nachbarn an. Was wir alles wissen und was wir alles können. Du sagtest, wenn wir das alles zusammen tun, welche Kraft und was für eine Macht. Ja, Du hattest Recht. Dies hat sich in unserem Kampf um das Gallus bewiesen, es lag dir immer besonders am Herzen. Mein Kamerun hast Du es liebevoll genannt. Freundschaftsbanden knüpfen uns an diesen Stadtteil. Sie werden das Gallus zerstören, wenn wir nichts unternehmen. Du wurdest nicht müde, dies immer wieder zu betonen.

Wir unterstützten die Kameruner, wo wir nur konnten. Es war ein sehr langer und harter Kampf. Aber es hat sich gelohnt. Wir konnten die Bagger und Abrisskugeln stoppen.

Ich weiß, dass Du jetzt vor Freude weinst. Geliebte Egy, ich schreibe Dir all dies, damit Du zurückkehrst. Wir wollen nicht mehr die alten Fehler begehen. Wir wissen jetzt, dass wir immer wieder aufs Neue kämpfen müssen. Wir können das Erklärte nicht wie ein Ausstellungsstück in die Vitrine stellen und denken, jetzt ist es fertig. Nein, es ist nie fertig.

In ewiger Liebe
Deine Gefährtin

DER NEUBAU EINER ALTSTADT ALS MATERIELLE GRUNDLAGE EINES SCHLUSSTRICHS UNTER DER AUSEINANDERSETZUNG MIT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN VERGANGENHEIT

Faites votre jeu!

Frankfurt am Main wünscht sich eine Altstadt. Auf dem Frankfurter Römerberg soll daher in der näheren Zukunft ein Teil des im zweiten Weltkrieg vollständig zerstörten alten Stadtkerns Frankfurts neu gebaut werden. Nach einer 2006 eingerichtete »Planungswerkstatt« an der, laut der Dom-Römer-GmbH – die mit Planung und Baukoordination befasst ist – »rund 60 Bürgerinnen und Bürger«¹ teilnahmen, sieht sich der Frankfurter Magistrat mit dem Bauvorhaben bestätigt. In einer Stadt in der mehr als 600000 Menschen in legalisierten und eine unbekannte Zahl in illegalisierten Verhältnissen leben, machen »rund 60« Bürger_innen natürlich schon eine ganze Menge Leute aus, die so ein Bauprojekt legitimieren könnten. Polemik beiseite. Das ist die derzeit so oft versprochene Bürgerbeteiligung. Uns ist es jedoch egal mit welchen fiktiven Mehrheiten die Stadtregierung den Neubau einer Altstadt rechtfertigt. Wir brauchen keine Altstadt.

Deren Bau hat gegenwärtig bereits begonnen. Mit dem Abriss moderner Bauten wie dem technischen Rathaus in der Braubachstraße. Das »Altstadtquartier«, das an dessen Stelle entstehen soll, ist geplant als eine Ansammlung von Häusern und Gassen, die Bauten nachgebildet sind welche bis zur Bombardierung der Stadt Frankfurt durch die Alliierten Luftstreitkräfte im zweiten Weltkrieg bestanden. Dazwischen sollen auch einige moderne Bauten entstehen. Abgegrenzt wird das »Quartier« in Richtung Main durch den Neubau eines »Stadthauses am Markt«. In diesem soll ein »Ort der Begegnung mit Bürgern, Besuchern und Gästen der Stadt entstehen, der eine Auseinandersetzung mit der Geschichte der Stadt ermöglicht.«²

Diese Pläne finden ihre Zustimmung nicht nur dort, wo man sie bereits vermutet, in den Fraktionen der CDU und den Freien Wählern, sondern auch in denen der SPD, FDP und den Grünen. Vor allem die Zustimmung der im Magistrat regierenden Grünen ist kein Zufall. Denn im Konzept des »Altstadtquartiers« als baulich verdichtetem Viertel in dem sich auf kleiner Fläche die Funktionen der alltäglichen gesellschaftlichen Reproduktion – Arbeiten, Leben, Freizeit – vereinbaren lassen soll, verbindet sich die Idee des ökologischen Stadtquartiers, als einer autofreien »Stadt der kurzen Wege« mit dem Traum der Konservativen vom Wiederaufbau des alten Frankfurts. Auch die Grünen sehen sich in ihrem »Quartier« nach Identifikation mit etwas, das Authentizität verspricht und zu dessen Gunsten der moderne Stadtbau abgeräumt werden muss: »Der Bereich zwischen Dom und Römer ist für viele Frankfurterinnen und Frankfurter ein wichtiger Identifikationsort: Dort befand sich die karolingische Königshalle wie ein bedeutender Teil der seit dem Mittelalter gewachsenen Altstadt. Das in den 60er Jahren hier errichtete Technische Rathaus negiert in seiner rigorosen Modernität das historische Erbe. Wir haben daher die Entscheidung für seinen Abriss begrüßt.«³

Es gibt kein historisches Erbe der Stadt Frankfurt, dass sich unbeschadet von dem was sich in der Geschichte der Stadt ereignet hat

und was diese Stadt für die heute in ihr lebenden und arbeitenden Menschen ist, aus einer unbestimmten Vorzeit des »Mittelalters« in die Gegenwart zurückholen lässt. Was der Bau des technischen Rathauses tatsächlich negiert hat war vor allem gegen ein Bestreben gerichtet, das den Wiederanschluss an einen Stadtbau vor 1945 herzustellen versuchte, der sich an Stelle eines sozial verantwortlichen Bauens, mit dem Herausputzen von Alttadthäuschen begnügte. Die »seit dem Mittelalter gewachsene Altstadt« war Anfang des 20. Jh ein dem Zerfall überlassenes soziales Elendsviertel. Es sollte abgerissen werden. Gegen eine moderne Bebauung der Innenstadt gründeten sich in den 1920er Jahren der Bund tätiger Alttadtfreunde. Dieser befürwortete die Rekonstruktion der mittelalterlichen Altstadt mit dem Ziel »aus Einwohnern Bürger zu machen, denen ihre Vaterstadt wieder eine Heimat bedeutet.«⁴ Ihr Programm einer Alttadtrekonstruktion wurde im Nationalsozialismus umgesetzt. Während dieser Zeit wurde die heimlich hergerichtete Frankfurter Altstadt für zehntausende von Menschen, welche von den Nationalsozialist_innen in Frankfurt verfolgt und aus der Stadt deportiert und in Konzentrationslagern ermordet worden sind oder die nach Frankfurt verschleppt wurden und dort in Frankfurter Betrieben zur Arbeit gezwungen wurden, zu einer feindseligen Umwelt. Der Frankfurter Römerberg war als Standort der städtischen Verwaltung ein Ort an dem der Vollzug der deutsche Vernichtungspolitik in Frankfurt administrativ geleitet und verwaltet wurde. Der Frankfurter Römerberg war im Nationalsozialismus ein Ort der Täter_innen.

Zum Begriff der Geschichte

Stadtbau schafft und verändert nicht nur die materiellen Grundlagen der sozialen Umwelt in der wir uns bewegen. Weiterhin sind Häuser und Straßen auch Ausdruck von Geschichte, die sich in ihnen ereignet hat. Deren Bestand bedingt daher auch umgekehrt die gegenwärtige Wahrnehmung und die Auseinandersetzung mit vergangenem Geschehen und damit unser Handeln. Moderne Bauten, wie das ehemalige technische Rathaus bedeuteten nicht nur den Einbruch eines rational organisierten Stadtbaus gegenüber einer Erhaltung oder Wiederherstellung von Bausubstanz ohne Bezug auf die sozialen und politischen Funktionen des Bauens in der gegenwärtigen Gesellschaft, sie machen mit dem baulichen Kontrast zu alten, typisch innerstädtischen Gebäuden wie dem Dom auch den historischen Verlust der alten Stadt sichtbar. Die Spuren dieser historischen Brüche werden durch eine neugebaute Altstadt getilgt. Damit geht ein Ansatzpunkt für gesellschaftskritische Auseinandersetzungen mit der in die Gegenwart reichende Geschichte der Stadt Frankfurt, wie sie in den bestehenden Bauten der Frankfurter Innenstadt dargestellt ist, verloren.

Fraglos geht es bei dem heutigen Alttadtbau darum bauliche Substanz herzustellen, welche zwar den modernen Baustandards entspricht, gleichzeitig auf ein altes Frankfurt vor 1945 verweist. Dieses ist nicht irgendeines von

1930, 1850 sondern eines das als »mittelalterlich« vorgestellt wird. Paradox ist dabei, dass dieser »mittelalterliche« Frankfurter Römerberg erst im 17. Jh. als solcher hergerichtet worden ist. Und zwar den gleichen Zwecken nach wie der heutige Alttadtbau: Um einen Ort der Repräsentation städtischer Geschichte zu schaffen. Der »Geschichte der Stadt Frankfurt« mit welcher sich in dem geplanten »Stadthaus« am Markt »auseinandergesetzt« werden soll, entspricht eine Erzählung von der Bedeutung, welche die Stadt Frankfurt in einer als Mittelalter romantisierten Vorzeit gehabt haben soll. Nämlich als Zentrum des mittelalterlichen Frankfurts mit Dom und Römerberg als Repräsentationsorte christlicher und stadtbürgerlicher Herrschaft. Geschichte ist hier museal erhaltenes Bildungsgut aus Schauschränken mit Königskronen darin, die in einem als Freilichtmuseum gebauten Stadtviertel ausgestellt werden.

Diese »Geschichte der Stadt Frankfurts« blendet aus, was es überhaupt historisch möglich macht, einen »Wiederaufbau« einer Frankfurter Altstadt einfordern zu können. Es bleibt aber nicht dabei, dass dies nur auf einer diskursiven Ebene »ausgeblendet« würde. Mit dem Neubau einer Altstadt wird das Zerbild einer Stadtgeschichte mittels realer Bauten in die Tat umgesetzt. Einerseits wird damit der historische Stand der Auseinandersetzungen um die Bebauung der Frankfurter Innenstadt, der sich in der bestehenden – in sich stark heterogenen Bauweise vergegenständlicht hat, einfach zurückgesetzt. Diese umfasst den hastigen Aufbau von Wohnhäusern in den 1950er Jahren, die Versuche in der Frankfurter Innenstadt modern und funktional zu bauen und auch die früher gescheiterten Versuche einer Rekonstruktion von Alttadtbauten. Andererseits wird mit der Rekonstruktion der Frankfurter Altstadt auch möglich eine Geschichte der Stadt Frankfurt zu »erleben« die den Nationalsozialismus nicht als Teil der eigenen Geschichte, allenfalls als in sich abgeschlossenes Kapitel in einer größeren Geschichte begreift. Für die Freien Wähler, welche einen vollständigen Wiederaufbau der zerstörten Frankfurter Altstadt fordern wäre der Neubau eines Teils der zerstörten Altstadt »das positive Bekenntnis zu einer Stadtgeschichte, die viel länger währt als nur die zwölf Jahre des Unheils zwischen 1933 und 1945.«⁵ Für eine solche Identifikation mit deutscher Geschichte für die der Nationalsozialismus nicht einen Zivilisationsbruch, sondern nur ein Kapitel einer sehr viel größeren Geschichte darstellt bietet sich der Bau einer Altstadt an. Sie bereitet eine materielle Grundlage für ein deutsches Nationalbewusstsein, für welches die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit ein Makel bedeutet und diese daher »endlich einmal« abschliessen möchte.

Geschichtspolitik und Raumanneignung

Der Versuch die nationalsozialistische Vergangenheit aus der in den Bauten des Frankfurter Römerbergs dargestellten Geschichte auszuschliessen entspricht einer geschichtspolitischen Strategie, welche Orte an denen eine

historische Bedeutung zuerkannt wird, räumlich separiert, ihnen einen gesonderten Platz in der Stadt zu weist. So wird von Seiten der Stadt Frankfurt seit einiger Zeit die Einrichtung eines zentralen Gedenkortes an die Opfer des Nationalsozialismus in Frankfurt forciert. Der Umgang der städtischen Politik mit der Nationalsozialistischen Vergangenheit bedeutet also nicht deren Verleugnung, sondern einer Verweisung der Auseinandersetzungen damit an einen bestimmten Ort. Im Klartext heißt das: An einem bestimmten Ort der Stadt wird der Opfer des nationalsozialistischen Vernichtungsprogramms gedacht und im Stadthaus in der neugebauten Altstadt werden den Gästen und Bürger_innen der Stadt die Geschichte vom Einzug irgendwelcher Könige in den Frankfurter Dom erzählt. In dieser Vielfalt an »Auseinandersetzungen« mit unterschiedlichen historischen Kontexten findet jede Erzählung und ihren zugewiesenen Platz. Konflikte um die Aneignung von Geschichte als Bezugspunkt kollektiver politischer Praxis sind darin ausgeschlossen.

Gegen eine solche Geschichtspolitik wenden wir uns als Initiative »Faites Votre Jeul!« ganz entschieden. Seit Januar 2009 betreiben wir im ehemaligen Polizeigefängnis in der Klapperfeldstraße ein selbstverwaltetes Kunst und Kulturzentrum. In eigenständiger Arbeit dokumentieren und bearbeiten wir die Geschichte des Gebäudes in seiner über 125 Jahre währenden Funktion als Polizeigefängnis, Gefängnis der Gestapo, Polizeigewahrsam und Abschiebehaftanstalt. Für uns ist es unabdingbar aufzuzeigen, dass Geschichte in der Auseinandersetzung mit vergangenem Geschehen lokalisierbar ist. Die Verbrechen der Gestapo, welche das Gebäude in den Jahren 1933-1945 als Gefängnis nutzte ereigneten sich in der Mitte der Stadt und mitten aus der Gesellschaft. Dies zeigt der Standort des Gebäudes des Klapperfeldes an, das sich damals wie heute noch in unmittelbarer Nähe zur Verkehrsknotenpunkten der Frankfurter Innenstadt befand und befindet. Für andere Orte wie den Frankfurter Römerberg gilt das ebenso. Das heißt jedoch nicht, dass wir aus dem »Klapperfeld« einen Gedenkort machen. Denn eine Auseinandersetzung mit Geschichte ist für uns nicht mit einer musealen Konservierung der Orte in der sie sich ereignet hat zu machen, sondern nur mit ihrer praktischen Aneignung und der Thematisierung ihrer geschichtlichen Bedeutung innerhalb einer gesellschaftskritischen politischen Praxis.

1 <http://www.domroemer.de/site/projektverlauf/>

2 <http://www.domroemer.de/site/stadthaus-am-markt/>

3 <http://gruene-fraktion-frankfurt.de/unserebilanz-2006-2010/bauen-wohnen/#c318546>

4 <http://www.freunde-frankfurts.de/verein/altstadtfreunde.html>

5 *Pressemitteilung der Freien Wähler vom 13.6.2010; [http://www.freie-waehler-im-roemer.de/index.php?id=44&tx_ttnews\[pointer\]=3&tx_ttnews\[tt_news\]=458&tx_ttnews\[backPid\]=34&chash=bc474c3b4f&type=98](http://www.freie-waehler-im-roemer.de/index.php?id=44&tx_ttnews[pointer]=3&tx_ttnews[tt_news]=458&tx_ttnews[backPid]=34&chash=bc474c3b4f&type=98)*



»Happy Germany Platz?« Abriss des technischen Rathauses im Juni 2011

FRANKFURT UNTERM NAZI-ADLER

krisengruppe

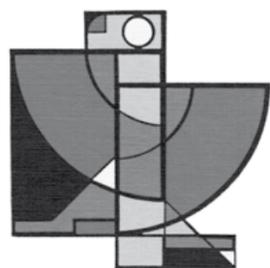
Seit Frankfurt 1372 Reichsstadt wurde, verfügte es über ein eigenes Wappenbild, den Frankfurter Stadtdadler. Er ist angelehnt an den einköpfigen deutschen Reichsadler, trägt im Gegensatz zu diesem allerdings eine Krone: »zum Zeichen, dass er der oberherrlichen Macht des Königs untersteht« (Adolf Feulner 1935). Im Verlauf der Jahrhunderte nahm er auf Münzen, Siegeln, Fahnen oder als Wandskulptur verschiedene Gestalten an, die alle mehr oder weniger naturalistisch gehalten waren.



Frankfurter Stadtdadler aus dem 17. Jahrhundert

Als 1925 das »Neue Frankfurt« unter Ernst May für einen kurzen Zeitraum weitgehende stadtplanerische Kompetenzen auf sich vereinigte, wurde nicht davor zurückgeschreckt, dem ehrwürdigen Vogel an die Federn zu gehen. Hans Leistikow entwarf mehrere Variationen, in denen er die mächtigen Flügel auf bloße Form reduzierte und ihn von der Krone befreite.

Ein Stadtwappen ist sicherlich an sich schon fragwürdig, aber ein Symbol der Herrschaft seiner identitätsstiftenden Funktion zu berauben, hat wenigstens Witz. Die bürgerliche Öffentlichkeit war entsetzt: in der Presse wurde er als »gerupfter Spatz«, »Missgebilde« und »Abnormität« bezeichnet, das Stadtparlament lehnte die Entwürfe ab.



Frankfurter Stadtdadler von Leistikow (1925)

Der Publikumsbeschimpfung ungeachtet wurde eine der Versionen zum offiziellen Stadtwappen erklärt, die auf Briefbogen, Urkunden und Formularen der Stadt Verwendung fand.



Frankfurter Stadtwappen von 1925-1933 (Hans Leistikow)

Das Abstraktionsvermögen der Nazis ist bekanntermaßen beschränkt. 1933 wurde der moderne Adler erstmal als entartet abgesetzt, »eine der ersten bedeutsamen Amtshandlungen des neuen Oberbürgermeisters Dr. Krebs«, so der »Generalanzeiger« von 1936. Das Tausendjährige Reich wollte anders repräsentiert werden, als durch ein »unglücklich geformtes, begriffliches Gebilde (...). Es hat im Volk keinen An-

klang gefunden. Dieses ablehnende Urteil ging von dem richtigen Gefühl aus, daß im kubistischen Adler die Beziehung zerrissen war zu dem Vorbild, dem königlichen Tier« (Feulner 1935). 1935 erfolgte die Verleihung des NS-Ehrentitels »Stadt des deutschen Handwerks Frankfurt am Main« durch Adolf Hitler, womit Frankfurt um die »schmutzig-jüdische« Tradition von Handel und Bankgewerbe bereinigt werden sollte. 1936 dann ein neuer Adler, dem jeder Humor abgeht.



Frankfurter Stadtwappen von 1936 bis 2011

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus entbrannten erneut Diskussionen um das zukünftige Stadtwappen, in denen sich die restaurativen Kräfte durchsetzen sollten. 1952

wurde in der Hauptsatzung der Stadt Frankfurt festgelegt: »Das Stadtwappen zeigt den weißen, aufgerichteten, goldgekrönten und goldbewehrten Adler mit gespreizten Flügeln und Fängen, mit blauer Zunge und blauen Krallen auf rotem Felde« – also den Nazi-Adler von 1936.

Eine städtische Broschüre von 1981 ist sich nicht zu blöde, diesen Umstand unter den Teppich zu kehren, und stattdessen darauf hinzuweisen, dass das Wappen bis heute Verwendung findet »an den Uniformen der Feuerwehr, am Dienstock der Rathauspförtner und Amtsgehilfen, an städtischen Dienstgebäuden und -fahrzeugen, an Akten und Drucksachen« (Bernd Häußler 1981).

Auch bei den gegenwärtigen Diskussionen um die Frankfurter Altstadt wird ein politischer Konflikt über Symbole ausgetragen. Dass der sozialdemokratisch reformierte Adler keine acht Jahre überstand, dass aber der Nazi-Adler nach der Gründung der Bundesrepublik wieder eingesetzt wurde und bis heute »im Amt« ist, ist nicht nur die Restauration einer bestimmten Lesart von Geschichte. Es ist die Repräsentation einer autoritären Herrschaft, deren ungebrochene Kontinuität sich auch in den Auseinandersetzungen um die neue Frankfurter Altstadt wieder durchgesetzt hat.

AUS DEN STADTTEILEN I ♥ WASSERHÄUSCHEN



Bert Bresgen (FGZ)

In **Neu-Isenburg** wird die traditionelle internationale Reifenparade voraussichtlich um ein Jahr verschoben. Die Veranstalter hoffen durch diese Verzögerung, doch noch Herrn Erwin Fischer, wohnhaft Neu-Isenburg, Wilhelmstrasse 13, zur Teilnahme zu bewegen. Erwartet werden Reifen aus 27 Ländern, darunter einige ausgestorbene Reifensorten aus Madagaskar.

Die Galopprennbahn in **Niederrad** wird nächsten Dienstag für zwei Stunden geflutet, um die Außenwände zu stabilisieren. Währenddessen kann man Gutscheine zum Erwerb eines Seepferdchens kaufen. Auch für Kaffee und Kuchen und eine Minderjährigentombola ist gesorgt.

Die **Hellerhofsiedlung** hat ihre Umbenennung in Kuhwaldsiedlung beantragt. Die Kuhwaldsiedlung soll nach dem Willen ihrer Bewohner ab dem 1.4. »Friedrich-Ebert-Siedlung« heißen. Die Stadtverwaltung plant deshalb, die Friedrich-Ebert-Siedlung in Fritz-Kissel-Siedlung um-

zutaufen. Bewohner der Fritz-Kissel-Siedlung haben Dokumente gefunden, nach denen die Siedlung in früheren Jahren unter dem Namen Hellerhofsiedlung firmierte.

Der Vorsitzende der **Rudergemeinschaft »Germania«** hat alle Mitglieder aufgefordert, die linken Ruder unverzüglich abzugeben. Sie sind vermutlich schadhafte. Die Rückrufaktion wurde dadurch notwendig, dass in den letzten Tagen immer wieder Ruderboote mit der Alten Brücke kollidierten, was den Ausstellungsbetrieb in der Kunsthalle »Portikus« erheblich beeinträchtigte.

Am **Riedberg** entstehen weitere 149 jeweils 2-Quadratmeter-Wohnungen. In ihnen sollen extrem Kleinwüchsige, sowie ihre Familien eine günstige Unterkunft finden.

Nach einer repräsentativen Umfrage sind zwei Drittel der Frankfurter für den Wiederaufbau der **Altstadt**. Hingegen lehnt eine große Mehrheit die anschließende erneute Zerstörung der Altstadt ab.

Die »Frankfurter Gemeine Zeitung« (FGZ) ist ein neuer journalistischer Blog.

Seine Schwerpunkte: Stadt und Web, Politik und Kultur. Er richtet sich gegen den neo-liberalen Mainstream, der als mächtigster Strom die Printmedien, das Web und die Köpfe durchströmt, auch die der Blogger und der »digitalen Boheme«. Dazu benutzt er einen Stilmix: Satire, Theorie, Collagen, Reportagen, Poetry, Diagnosen, radikal Subjektives. Die FGZ ist nicht kommerziell und bemüht sich um die mediale Vernetzung progressiver Initiativen in Frankfurt. Die Macher sind eine lockere Gruppe von Textern, Webaffinen, Theoretikern, Poetrieslamern, Theaterleuten.

Wer Lust hat, bei uns mitzumachen, bitte Mail an : FGZ-Redaktion@kwassl.net
Im Netz findet ihr die FGZ unter: www.kwassl.net



STADT UND WEB – SCHRÄGERE ALLIANZEN

gaulker (FGZ)

Das Web revolutioniert uns und unsere Umwelt: vom globalen Data-Highway, über den Stadtknoten durch die Straßen bis an den eigenen Schreibtisch.

Das Draußen der Stadt sieht man jetzt auch vom Notebook aus: besonders lieb gewonnen haben wir die Karten, Googles große Übersichten. Map und Earth heißen sie, Adressen und die schnellsten Routen bieten sie, plus schöne Photos, Geschäfte und Restaurants, wichtige Sehenswürdigkeiten und passende Reise-Tours, mit einem Blick wie im Landeanflug. Wichtiger Clou am feinen Service: in all dem Kartenwerk verstecken sich Hinweismarken zu netten Netz-Portalen, mit Angeboten für den Webuser – all over Frankfurt.

Aber wie sieht das, was wir in den Karten sehen, »wirklich« aus? »Street View« heißt Googles Antwort darauf: Damit sehen wir nicht nur Fotos von weit oben, sondern können auf Sichtweite durch Straßen fahren, virtuelle Spaziergänge machen. Ein Ökotraum, kein Spritverbrauch, rein virtueller Urlaub.

»Street View« ergänzt die städtische Infobasis, man sieht bereits vorher den Eingang zum Rathaus oder zur Arbeitsagentur, muss nicht verstört in den Straßen umherirren und sich fragen: wo steht bloß die Hausnummer? Oder virtuelles Sightseeing und Shopping als Marketingmaßnahme: ich sehe die Lage des Hotels vor der Buchung, der angebotenen Eigentumswohnung vor der Besichtigung, die Einfahrt zur Shoppingmall vorm Besuch. Städtereise per Web verheißt »mehr Sicherheit, mehr Kundennähe«.

Hey, kein Verfolgungswahn bitte! fordern die Webnerds: das Recht auf Öffentlichkeit sieht auch Sascha Lobo – der erste wirklich lebendige Netz-Avatar – im View verwirklicht: wir dürften doch schließlich unsere Städte noch fotografieren, und deshalb können wir sie auch web-mäßig betrachten. Die pfiffige Techno-Kombinatorik von Street view lässt wenig Wünsche offen. »Öffentlichkeit« spinnt sich mit ihr gut im Sinn vieler Web-Nerds weiter: was spricht denn eigentlich gegen Shopping-Vorschläge aus dem Web, wenn die Firma eh schon unsere Kontakte, Vorlieben, Reisen und vieles mehr kennt? Mit View kommt alles noch schöner rüber: wir werden direkt an die Auslagen der ausgewählten Geschäfte geführt, können durch die Scheiben blicken oder den Webshop betreten. Bezahlt wird später.

Die Vision entfaltet sich weiter, wenn wir den Platz im Gartenrestaurant besichtigen und buchen, vielleicht im Chat Hand-in-Hand durch die Web-Straßen flanieren, gemeinsam die Mall betreten und andere auf die schönen, von Google empfohlenen Angebote für unser City Viewing hinweisen: »Wir erwarten euch zum Cappuccino an diesem Tisch in der Ecke«.

Der Weg zur Öffentlichkeit als Publictainment, der Medien-Politik von Webtainment ist jetzt nicht mehr weit. Warum bloß zu zweit die Auslagen ansehen, wenn man mit vielen im Street-View chatten, das City-Web easy bevölkern kann. Nicht genug mit der Web-View-Stadt: wozu denn Flash-Mobs, wenn Google-Street-Mobs viel schneller, praktischer aktivierbar sind: jeder muss



SIKS

Ob in Bockenheim (Kurfürstenplatz) oder im Gallus (Koblenzer Straße, Quäkerwiese und Galluswarte), die in Frankfurt und Umgebung unter dem Namen **Wasserhäuschen** bekannten Kioske, machen dicht!

Der Grund dafür ist eine Entwicklung an der nicht zuletzt auch viele, sich sozial und progressiv gebende Bewegungen beteiligt sind. Die Umgestaltung ganzer Stadtviertel in befriedete Zonen der »guten, angesagten Lebensart«, in denen extremst individualisierter Konsum, Gesundheit, Ruhe und kulturelle Elaboriertheit vorne anstehen, kurz diese auch Gentrifizierung genannte Entwicklung, führt zu der konsequenten Vertreibung von Menschen aus ganzen Stadtvierteln, die sich diese komplexe und Ressourcen sowie Rucola und Cherrytomaten verschwendende Art des Lebens nicht leisten kann oder will. Die Vertreibung der Kioskszene aus dem Angesicht Aperol-Spritz trinkender, kulturschaffender Identitätskünstler ist nur eines der vielfältigen Symptome einer Stadtentwicklung, die aus den generalstabsmäßig geplanten Gefilden der autofreundlichen Stadt der fünfziger Jahre längst in die Hände eloquenter Kulturmanager in den Stadtverwaltungen dieser Erde, von Brooklyn bis Bornheim, gegeben wurde. Dieses Wissen, dass es zur Durchsetzung eines schließlich auch ökonomisch erfolgreichen Stadtviertelbefriedungskonzept eben keiner Stadtplanung Speerschen Ausmaßes bedarf, sondern allein einiger Studenten, einer Galerie als Speerspitze der Evolution und ein bisschen Durchhaltevermögen, dieses Wissen ist doch längst in den mittlerweile auch von Linken für alles Schlechte verantwortlich gemachten Behörden angekommen.

Ohne dieses Wissen um den seit den achtziger Jahren vorherrschenden Trend (zurück aus den Vorstädten in die befriedete und ökologisierte, schön drapierte Stadt – an der gerade auch Projekte wie die Stadtteilinitiative Koblenzer

Straße ihren Anteil haben), ist die Effektivität, mit der Stadtteile wie das gar nicht so schöne Gallus über die nächsten Jahre gentrifiziert werden, nicht zu verstehen.

Der plötzliche Bedarf nach Wohnraum (während die Bürohäuschen leer stehen) auf einer Jahrzehntbrache wie dem alten Güterbahnhof in der Mitte der Stadt, ist ja nicht zu verstehen, wenn man die in den neunziger Jahren schließlich auch in Deutschland angekommene Hipsterkultur, vom Schanzenviertel bis zum Prenzlauer Berg, außer Acht lässt. Dies gilt auch in den nuller Jahren, in denen nun manche Gentrifizierer der ersten Stunde von ihrer eigenen Entwicklungstätigkeit überrollt, oder gar vertrieben wurde. Die Menschen, die soeben im neuen Europaviertel und bald auch in der Umgebung der Gallus' Wasserhäuschen einziehen werden, haben tatsächlich nichts mit denjenigen gemein, die dieser Entwicklung vorausgegangen sind, und die zuvor nur ein paar, in viel zu kleinen Wohnungen zusammengepferchte, illegale vertrieben haben. Europaviertel und Innenstadtentwicklung sind nur Ausdruck des eklatanten Anpassungsvermögens der kapitalistischen Ordnung, die dir wahlweise einen abgeranzten Bauernhof auf dem Lande oder eine angeranzte 4-m-Stuckdecke in der Stadt, als den letzten heißen Scheiß verkauft.

Insofern ist die Aktion der SIKS, das stillgelegte Wasserhäuschen in »unserer« Straße wiederzubeleben, auch als eine extrem zwiespältige Aktion zu verstehen, die eigenen Geister heimzurufen. Vielleicht gibt der sehr lauschige Vorplatz zwischen Glasflaschencontainer und Betonkreisel, an dem noch vor nicht allzu langer Zeit weder wir noch die aus den Europaviertelwohncontainern den ganzen Tag abgehängen haben, Anlass genug über die eigene Rolle im Spiel der Lattemacciatisierung der Welt nachzudenken.

Dazu laden wir alle herzlich ein, am Samstag den 11. Juni, 15 bis 20 Uhr.

Die SIKS

Die Stadtteilinitiative Koblenzer Straße e.V. (SIKS) stellt engagierten Menschen eine organisatorische und infrastrukturelle Plattform zur Verfügung, mit deren Hilfe vielfältige kulturelle, künstlerische und soziale Veranstaltungen im öffentlichen Raum gemeinschaftlich umgesetzt werden können.

Wir sind der Überzeugung, dass die aktive Gestaltung des öffentlichen Raums und des öffentlichen Lebens durch die Bewohner der Stadt selbst eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine lebenswerte Stadt ist und dass dieses Engagement eine nachhaltige, politische Wirkung entfaltet.

Der Verein legt den Schwerpunkt seiner Arbeit auf Aktivitäten, die weder einen profitorientierten, kulturell-nationalen, konfessionellen noch identitätsstiftenden Charakter haben, sondern die das Engagement für gemeinschaftliche Projekte als verbindendes Element anerkennen.

Der Verein steht deshalb unkonventionellen, unbekannteren oder neuen Formen der Gestaltung des öffentlichen Raums besonders aufgeschlossen gegenüber und setzt sich zum Ziel gerade diese besonders zu unterstützen und zu fördern.

Die SIKS möchte auf diese Weise dazu beitragen, dass Frankfurt ein für viele Lebensformen und Lebensentwürfe offene lebendige Stadt ist.

Wir wollen durch gezielte Aktionen und Projekte Menschen im Gallusviertel und darüber hinaus zusammenführen und das daraus entstehende Potential für eine bessere Lebensqualität für alle zu nutzen.

Im Netz: www.siks-ffm.de

die fixen Apparate, ein paar Pünktchen besser, schneller und die Hauszeile an der Mainzer ist weg. Wenn sie Pech haben, auch die Wohnstatt der Consultants selbst, denn nicht immer klappt die Kurs-Rechnerei. So ist das Geld Futsch, wie bei der Lehmann-Pleite.

Dann gibt's den nächsten Level der Rechengeister, die sich um uns kümmern, gebaut von den »Wants«: auch diese Mathe-Asse ackern als »Data Ninjas« die vielen Speicher, das Geschehen der letzten Wochen und Jahre nach lohnenden Spuren durch, etwa in Facebook-Spielen wie Cityville – der Name scheint Programm. Die Maschinchen der Wants suchen nicht nach geldwerten Aktienkursen, sondern nach den Wünschen bei jedem von uns: was ich für Vorlieben habe, wo ich hingehe und wen ich dort treffe, was ich dort kaufe oder von wem ich gerne was hätte. Unser aller Web-Geschichte ist auch im Visier des Data-Mining. Es kann nicht nur das Wabern der individuellen »Connections« und der »Gefällt mir«-Klicks durchforsten, sondern sogar eine ganze Stadt rastern.

Das reicht weit über persönlich zugeschnittene Amazon-Angebote hinaus. Meine Wünsche und Eigenschaften werden durchgescannt. Und da kommt Street-View wieder ins Spiel: die Werbung passt genau an den Platz den ich gerade überquere, und die bei mir werden entsprechend elektronisch belabert.

Was soll's, so funktioniert halt die »intelligente« neue Stadt... Ist aber immer noch nicht alles. IBM

– genau, die Company, die zu Zeiten der Mondlandung in aller Munde war – agiert immer noch, gerne auch mit Städten. Sie möchte »Smart Cities«, wobei das Smarte sich hier nicht auf Immobilien deals oder Shopping beschränkt. Die Quants und Wants und der ganze Clan drum herum tritt auf und hört sich die Klagen der Polizei an, z. B. in Richmond/USA. Eine ganz schlimme Gegend, zu viele Verbrechen, wie alle Polizeinstitutionen das für alle Städte der Welt meinen. Für die Quants heißt das: wie kriege ich raus, was die unruhigen Geister der Stadt wann vorhaben, wie kann man möglichst viel über Einzelheiten in den Quartieren erfahren? Richtig: jetzt braucht man nicht Sascha Lobo sondern IBMs Ninja-Algorithmen. Sie machen fix Netzwerk-Analyse der Stadt und erfüllen den Traum aller Cops der Welt: das Verbrechen vorhersagen. Und zwar so, dass sie fast nur noch an die Orte müssen, an denen garantiert was los sein WIRD: runter mit dem Verbrechen, der Unruhe in dem Stadtgewusel. So lief es in Richmond, so ging es weiter in Washington und anderswo.

Wann kommen diese schlaun Stadtpione nach Frankfurt, der »deutschen Hauptstadt der Kriminalität«, und was werden sie hier anstellen? Wenn wir aus der realen Stadt ins Virtuelle flüchten, kriegen sie uns genau dort wieder – mit einem Web hier für den Ort. Es sind die falschen Institutionen, die Immobilienfonds, die Werbevermarkter und das Polizei-Departement, die unser Verhalten in den Griff bekommen wollen, ob in der realen oder der virtuellen Stadt. Bleibt nur: »I would prefer not to.«

INTERVIEW MIT SPOT, DENK UND MINSK



campusantifa frankfurt

Hallo! Wir haben uns heute hier eingefunden um mit Spot (cityghost), Denk und Minsk über Graffiti und die Frage, wem die Stadt gehört, zu reden. Spot ist mit seinen Cityghosts überall in und auf der Stadt präsent. Denk und Minsk sind seit gut ein Jahr in der Stadt unterwegs und haben u.a. durch dreieckige Spritz-Taggs Aufmerksamkeit erzeugt.

campusantifa: Was bedeutet Graffiti im Kontext Stadt für euch?

Spot: Graffiti und Großstadt sind miteinander verflochten und Graffiti kommt ohne Stadt nicht aus.

Denk: Graffiti ist meine Art, mir die Stadt anzueignen. Auf der einen Seite lerne ich durch Graffiti Teile der Stadt kennen, die ich sonst nie betreten würde. Auf der anderen Seite verändere ich die Stadt, indem ich überall meine Zeichen hinterlasse.

Spot: Für mich ist Graffiti eine Ausdrucksform, die u.a. sehr gut dafür geeignet ist Gesellschaftskritik in die Öffentlichkeit zu tragen. Mit Graffiti geht man kritisch mit der Umgebung um.

ca: Wie beantwortet ihr die Frage »Wem gehört die Stadt?«?

Spot: Die Stadt gehört allen und nicht nur dem Magistrat. Dieser entscheidet aber, was mit der Stadt passiert. Man kann aber seinen Teil dazu beitragen. Durch meine Graffiti gebe ich der Stadt ein neues Gesicht. Aber dafür werde ich verfolgt. Denk: Die Stadt sollte allen gehören. Tut sie aber leider nicht! Im Moment werden die Entscheidungen doch danach getroffen, wie am meisten Kohle zu machen ist. Auf die Bedürfnisse der Bewohner_innen wird dabei keine Rücksicht genommen.

ca: Wir wollen mit dem Netzwerk auch die Eigentumsverhältnisse in Frage stellen. Wie seht ihr das?

Minsk: Natürlich stellen wir ganz praktisch Eigentumsverhältnisse in Frage, indem wir Sachen anmalen, ohne vorher den Besitzer zu fragen. Dabei achten wir aber nicht darauf, ob der Transporter nun nem großen Unternehmen gehört, ner Privatperson oder nem Kollektiv. Wir schießen einfach drauf und machen unser Ding.

ca: Kent hat vor nen Paar Wochen am Römer ein Bild gemalt, indem er Petra Roth als Huhn darstellt, die ihr Nest verteidigt und sagt, »Oh mein Gott, Graffiti in unserem Nest«. Wie steht ihr dazu?



Spot: Seitdem Petra Roth zur Oberbürgermeisterin gewählt wurde, ist der Umgang mit Graffiti in Frankfurt wesentlich repressiver geworden. Alle legalen Flächen in Frankfurt wurden mittlerweile geschlossen. Früher konnte man in den Rieder Höfen malen oder auch in der U-Bahn Station Hülgelstraße. Ich glaube, dass, wenn es mehr legale Flächen gäbe, die Akzeptanz für Graffiti auch höher wäre. Außerdem leidet die Qualität des illegalen Graffitis darunter. Zum einen ist die Zeit sehr kurz und zum anderen haben die Leute keinen Platz zum üben. Daher ist vieles nicht so ästhetisch. Basel ist da ein ganz anderes Beispiel. Dort gibt es viele legale Flächen und die Leute habens drauf. Die Line ist weit über Basels Grenzen hinaus bekannt für die ganzen Burner, die da illegal gemalt wurden.

Ganz interessant in diesem Kontext ist die »5 vor 12« Aktion der Frankfurter Graffiti Szene. Das war eine Protest Aktion gegen die Schließung der legalen Flächen und gegen die Illegalisierung. Wir hatten echt keinen Bock mehr darauf! Dann haben sich 30-40 Leute vorm Elfer an der Batschkapp getroffen. Es waren zwei Autos voller Dosen da und dann ging's rund. Krass, was man in einer Nacht so zu stande bringen kann. Einige der 5vor12 Taggs sind auch immernoch in der Stadt zu finden.

ca: Ist Graffiti politisch?

Denk: Wie bei Kents Bild kann Graffiti natürlich eine politische Botschaft tragen. Ansonsten ist die Form an sich ein Politikum. Man entscheidet für sich, wo man was macht. Das ganze ist natürlich nicht super emanzipatorisch. Jeder macht das für sich allein und nicht als in der Gemeinschaft getroffene Entscheidung.

ca: So wie ich das sehe, malt ihr alle hauptsächlich illegal. Warum macht ihr das und welche Bedeutung hat die Illegalität für euch?

Denk: Für mich spielt der Action Faktor dabei eine große Rolle. Legales Graffiti interessiert mich daher nicht wirklich. Höchstens zum Üben. Der Druck, das Adrenalin, das Weglaufen... das macht Graffiti für mich aus. Ich finds aber auch irgendwie cool, das zu machen, worauf ich Bock habe. Ohne fragen. Dieses rebellische.

Spot: Für mich ist illegales Graffiti ein tolles Medium für Jugendliche, um in einem gewaltfreien, antirassistischen Kontext was zu unternehmen. Es gibt nen starken Zusammenhalt in der Szene, weil sie durch die Illegalität des Tuns an den Rande der Gesellschaft gedrängt werden. Zudem gibts keine Vereinsstrukturen, keinen Mehrwert. Es ist ein ehrliches Hobby. Man macht es, weil man Bock drauf hat. Ich habe über Graffiti

viele verschiedene Menschen aus verschiedenen gesellschaftlichen Schichten kennengelernt. Bei meinem Studium und meinen sonstigen Aktivitäten ist mir das nicht passiert.

aa: Ihr seit bei euren nächtlichen Streifzügen der Verfolgung durch die Polizei ausgesetzt. Wie geht ihr damit um?

Denk: Wir versuchen denen immer einen Schritt voraus zu sein. Entweder die Stelle ist gut ausgecheckt und/oder wir sind eben schnell. Wichtig ist natürlich einige Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, bevor man rausgeht. Keine Skizzen, Fotos und anderen Krams zu hause haben. Keine Fingerabdrücke auf den Dosen hinterlassen.

ca: Häufig wird ein Unterschied zwischen schönen Pieces und Taggs als Vandalismus gemacht. Was ist für euch Vandalismus?

Spot: Zerstörung um der Zerstörung willen. Am ehesten sehe ich das beim Scratching, aber auch dort soll der Umgebung ein persönlicher Bezug gegeben werden.

Minsk: Ein geiles Tag finde ich manchmal fetter als nen krasses Piece. Um gut zu taggen, muss man schon ordentlich Zeit investieren. Ein gutes Tag ist auch ästhetisch. Die meisten Leute haben nur nicht das Auge dafür. Vandalismus ist Zerstörung und manchmal gehts vielleicht auch um Zerstörung. So eine fette Destroyline an einer Hausfassade ist manchmal was feines! Oder eben ein rotziges Tag auf einer gerade frisch gestrichenen Fassade. Und Zerstörung an sich macht auch manchmal Spaß!

ca: Was haltet ihr von der Kampagne »Wem gehört die Stadt?« und werdet ihr mit uns auf die Straße gehen?

Spot: Es ist wichtig Räume für Kreativität zu erkämpfen. Dafür eignen sich besonders leerstehende Gebäude. In Frankfurt gibt es viel zu wenig offene Räume und gleichzeitig gibt es massig Leerstand. Außerdem werden durch steigende Mieten viele Menschen aus der Stadt verdrängt. Daher finde ich die Kampagne wichtig und werde natürlich mit euch auf die Straße gehen.

Denk: Ich finde die Aktion auch super! Es gibt viel zu viel Leerstand in Frankfurt und zu wenig besetzte Häuser! Vielleicht springt dabei ja ein neues raus! :) Außerdem gibt es natürlich noch genügend andere Gründe sich für eine solidarische Stadt einzusetzen, die nach den Bedürfnissen der Bewohner_innen gestaltet ist!

Wie würdet ihr euch die Stadt wünschen?

[WEM GE-]HÖRT DIE STADT?!

EigenLeben

Wir möchten ein Zeichen setzen für eine Stadt in der Menschen mehr sind als Schatten, die durch die Straßen ziehen! Denn eine Stadt ist nicht nur eine Ansammlung von Arbeits- und Schlafstätten; in ihr findet Leben statt!

Dieses ist facettenreich, bunt und manchmal laut, falls es nicht durch Überwachung, Kontrolle, Repression und Verdrängung verhindert wird. In letzter Zeit sind diese Phänomene insbesondere in Frankfurt verstärkt zu beobachten. Daher erachten wir es als notwendig sich diesem Prozess entgegenzusetzen, sich den öffentlichen Raum anzueignen und die Frage »Wem gehört die Stadt?« aufzuwerfen.

In Frankfurt findet ein Phänomen statt, das in allen Metropolen der Welt zu beobachten ist: Die Gentrifizierung.

Gentrifizierung bezeichnet einen Verdrängungsprozess, bei dem ganze Stadtteile umstrukturiert werden, um bessere Verwertungsmöglichkeiten für das Kapital zu gewährleisten. Wir sprechen hier bewusst vom Kapital, da jede Person im Kapitalismus in eine Rolle gezwungen ist. Dabei ist die agierende Person austauschbar und somit nicht als einzelne_r zu kritisieren.

Wir können nicht entscheiden ob wir mitspielen oder nicht! Denn wir sind das Spiel und wer ihm nicht gerecht wird, fliegt raus! Der Kapitalismus ist ein gesellschaftliches System, das ständig expandieren muss. Dabei wird pausenlos nach neuen Möglichkeiten gesucht Wert zu produzieren. Im Fall der Gentrifizierung werden in Stadtteilen systematisch »günstige« Immobilien von Investementunternehmen aufgekauft, danach renoviert und zu einem höheren Wert wieder verkauft. Zuvor haben diese Viertel immer eine Wertsteigerung aufgrund ihres alternativen Images erfahren.

Die daraus folgenden Veränderungen sind nicht nur in den jeweiligen Quartieren zu bemerken, sondern betreffen alle Bewohner_innen der Stadt.

Jede_r Einzelne bekommt dies im Alltag zu spüren: Nicht genehme Personen sollen aus dem Stadtbild verschwinden, was z.B. durch ständige Kontrollen erreicht wird. Bezahlbaren Wohnraum zu finden ist nahezu unmöglich, da die Stadtviertel strukturiert aufgewertet werden und die Mietpreise kontinuierlich steigen. Selbstverwaltete Projekte und Kultur Abseits des Popularen sind nicht er-

wünscht, sondern müssen immer wieder um ihre berechnete Existenz kämpfen. Menschen, die sich das nicht gefallen lassen, werden als »Problemjugendliche« oder »Chaoten« abgestempelt, ohne dass auf ihre Beweggründe eingegangen wird.

Ihr Habitus ist Ausdruck für ihren täglichen Kampf mit der Normalität. Dabei geht es nicht darum ihre Inhalte zu verteidigen, stattdessen sind ihre Aktionen als Symbole zu verstehen. Die eine Antwort auf soziale Ausgrenzung, Perspektivlosigkeit und dem Zwang zur Anpassung sind. Auf parteipolitischen Ebene, werden sie als »Probleme« benannt und als populistisches Argument für eine Law and Order Politik genutzt. Durch massive Kameraüberwachung öffentlicher Plätze sollen die »Nicht-Normierten« aus dem Stadtbild in die Hinterhöfe verbannt werden. Somit werden die Probleme kaschiert und eine scheinbare Sicherheit aufrechterhalten.

Diese Entwicklungen können und wollen wir nicht schweigend hinnehmen. Zwar wäre es einfacher zu versuchen sich durch Konsum & Verblendung in der Realität einzurichten, doch wird einen diese immer wieder einholen. Denn es gibt kein außerhalb der Gesellschaft, sondern wir alle sind ein Teil von ihr. Durch unsere alltäglichen Verhaltensweisen und Gedankenmuster, erhalten wir das System aufrecht und reproduzieren es in nicht enden wollender Stereotypie.

Gerade deshalb erachten wir es als notwendig sich durch Theorie und Praxis in den Weg zu stellen und zu fragen wem die Stadt gehört. Um sie in die Öffentlichkeit zu tragen, haben wir eine populäre Aktionsform gewählt. Denn um auf ein Thema aufmerksam zu machen, ist es in der Erlebnisgesellschaft notwendig ein Spektakel zu inszenieren und dieses bis auf den popkulturellen Diskurs wirken zu lassen. Wir wollen die Stadt nicht kampflös aufgeben und erlauben uns auch noch dabei Spaß zu haben.

Nun gilt es den Aufstand durch vielfältige Aktionsformen zu Proben. Neue Formen der Praxis müssen sich entwickeln. Der öffentliche Raum muss erkämpft werden. Aufklärung muss stattfinden.

Sei es in der U-Bahn, in den Universitäten und Schulen oder auf der Straße... Widerstand ist nötig! Immer und überall! Let's hype ourselves!

Im Netz: eigenleben.blogspot.de

STENCILS



Auf der Website des »Wem gehört die Stadt?«-Netzwerks könnt ihr Vorlagen für Stencils (Sprühschablonen) mit dem Netzwerk-Logo downloaden. Grundsätzlich sind die Vorlagen natürlich frei skalierbar. Um euch die Arbeit zu erleichtern gibt es trotzdem mehrere Vorlagen in verschiedenen Varianten und Größen.

Alle Vorlagen bestehen aus mindestens zwei Ebenen, das heißt zwei Schablonen. Am Besten ihr druckt die Schablone im gewünschten Format aus, überträgt bzw. klebt den Ausdruck auf festen Karton und scheidet die Schablonen entlang der vorgedruckten schwarzen Linie mit einem Skalpell oder Cutter aus. Den Ausdruck solltet ihr danach wieder von eurer Schablone entfernen.

Besonders bei großen Motiven bietet es sich an, dass ihr das Ganze auf Tapetenreste oder billigen Papiertischdecken überträgt. Die

Tischdecken gibt's z.B. bei Metro (auch in anderen schönen Farben als weiß) und sie lassen sich super kleistern. Die könnt ihr dann einfach plakatieren gehen, ohne eine riesige Schablone mit euch rumzuschleppen.

Um unnötigen Stress mit Exekutivorganen zu vermeiden, solltet ihr die Schablonen an einem sicheren Ort (nicht zu Hause, auch nicht im Keller oder auf den Dachboden) aufbewahren. Außerdem immer Einweghandschuhe verwenden um Fingerabdrücke auf den Dosen und Schablonen und Farbspritzer auf den Händen zu vermeiden. Weitere Tipps zum Umgang mit Staatsanwaltschaft und Polizei findet ihr auf Seite 2 dieser Zeitung.

Jetzt viel Spaß beim Basteln!

»Wem gehört die Stadt?«-Stencils: www.wemgehörtdiestadt.net/material.html

NO BORDERS – AUCH INNERHALB FRANKFURTS! GEGEN SICHTBARE UND UNSICHTBARE GRENZEN

noborder ffm // noborderffm.blogspot.de

Frankfurt ist weltoffen, Frankfurt ist Multi-Kulti, hier scheint Integration zu funktionieren. Dieser Eindruck soll nach außen vermittelt werden. Über die Stammtisch-Rassist_innen, Freie-Wähler-Anhänger_innen und Leute aus dem braunen Sumpf, die die öffentlichen Verkehrsmittel meiden, da sie sich hier als vermeintlich »echte Deutsche« in der Minderheit und somit unwohl fühlen, soll an dieser Stelle einmal hinweg gesehen werden. Im Großen und Ganzen ist die Stadt bzw. sind die Repräsentant_innen der Stadt stolz darauf, so vielseitig und modern zu sein und Leute verschiedenster Herkunft im Stadtbild zu vereinen. Japanische Geschäftsleute, russische Ärzt_innen, äthiopische Kioskbesitzer_innen, pakistanische Ladeninhaber_innen, indische Restaurantbesitzer_innen und dazu noch chinesische Tourist_innen – Manometer, das gibt's in keiner bayerischen Kleinstadt, hier in Frankfurt scheint wirklich jede_r willkommen zu sein.

Leider ist dem nicht so. Denn die Stadt soll nicht nur bunt und modern, sondern auch »wohlgeordnet« sein. Und profitabel. Und konkurrenzfähig. Das reicht schon, um vielen Leuten ein nicht immer sichtbares, aber immer massiv spürbares »Du bist hier nicht erwünscht« entgegenzuknallen. Es kann also nicht jede_r mitmachen. Und

schon sind sie da, die Grenzen. Davon existieren jede Menge, gesetzliche, strukturelle und soziale, sichtbare und unsichtbare, die den betroffenen Personen eine Teilhabe am Stadtleben aktiv verwehren.

Die wohl eindeutigste Grenze existiert am Frankfurter Flughafen. Hier, wo tausende Urlaubsreisende in ihre wohlverdienten Ferien starten, werden tagtäglich Leute direkt aus dem schönen Multi-Kulti-Stadtbild entfernt und in ihr Herkunftsland abgeschoben. Oft, nachdem sie jahrelang in Frankfurt lebten. Immer gegen den Willen der Leute, häufig mit physischer Gewalt. 2010 wurden 3098 Menschen vom Frankfurter Flughafen abgeschoben, was Frankfurt zum bundesweiten Spitzenreiter für Abschiebungen macht. Zusammen gerechnet mit den inner-europäischen Abschiebungen würden sich die Zahlen knapp verdreifachen. Es folgt Düsseldorf mit 924 Abschiebungen. Am Frankfurter Flughafen wird ebenfalls entschieden, wer eine Chance erhält, die Stadt zu betreten (und Asyl zu beantragen) und wer nicht. Das passiert ganz in der Nähe der zahlreichen Shoppingmöglichkeiten, die ein großer Flughafen so bietet, im Transitbereich, wo die Leute oft wochenlang bleiben müssen, bis die entsprechenden Sachbearbeiter_innen eine Entscheidung über ihr zukünftiges Leben getroffen haben.

Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben und auf die Entscheidung darüber warten und Menschen, deren Asylantrag abgelehnt

wurde, die also eine Duldung besitzen, unterliegen der Residenzpflicht. Das heißt, sie dürfen den Landkreis, dem sie zugeteilt wurden, nicht verlassen. Tun sie es dennoch, begehen sie eine Ordnungswidrigkeit, die beim dritten Mal mit bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet wird. So ein Gesetz gibt es in keinem anderen europäischen Land. Personen, die davon betroffen sind, können also nicht selber entscheiden, ob sie Teil der weltoffenen Multi-Kulti-Stadt Frankfurt am Main sein wollen.

Diejenigen, die Frankfurt zugeteilt werden, haben es in vielerlei Hinsicht leichter als ihre Kolleg_innen in Sammelunterkünften irgendwo auf dem Land. Allerdings müssen sie ihre aktive Teilhabe am modernen Stadtleben mit 184,70€ im Monat gestalten und ohne Arbeitserlaubnis.

Es kann schon mal ein paar Jahre dauern, bis das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgrund einer einmaligen Anhörung, wo die Fluchtgründe und vor allem -wege erfragt werden, über den Asylantrag entscheidet. Mit einer Duldung zu leben, kann zu einer jahrzehntelangen Angelegenheit werden.

Aus diesen klar und bewusst gesetzten Grenzen, die Menschen in willkommen und nicht-willkommen in Frankfurt sortieren, ergeben sich weniger eindeutige, aber ebenso spürbare weitere Grenzen, die ein »Mitmachen« beim sozialen Leben in Frankfurt erschweren. Deutschkurse sind ganz schön teuer. Kaffeetrinken in der Stadt, ins Kino gehen, das Schwimmbad besuchen, ...ist bei

dem genannten monatlichen Betrag auch nicht sonderlich häufig drin. Möglichkeiten, am Stadtleben teilzunehmen, ohne Geld auszugeben, sind begrenzt. Wenn es nicht zu kalt ist, kann mensch sich an den Main setzen, in einen Park oder auf eine Bank. – Doch auch dies ist nicht immer völlig unbeschwert möglich. Vermehrt bedient sich die Polizei in den letzten Jahren im öffentlichen Raum des »Racial Profiling«: diese angeblich »verdachtsunabhängigen Kontrollen« und die sogenannten Raster- und Schleierfahndungen ermöglichen eine Kontrolle von Menschen auf Grund ihres Äußeren. Die Erfahrung hiermit gehört zum Stadtleben von Menschen, die »anders« aussehen, im modernen und weltoffenen Frankfurt. Rassismus wirkt auf vielfältige Weise im und auf das tägliche Leben und eben nicht nur bei der Wohnungssuche oder bei Vorstellungsgesprächen.

Welche Konsequenzen die beschriebenen Grenzen für Menschen mit und vor allem ohne gültige Papiere, die in Frankfurt leben, haben, dürfte selbsterklärend sein. Einigen gehört die Stadt also mehr als anderen, denen die Möglichkeit genommen wird, sich hier sicher und zu Hause zu fühlen.

Wir fordern alle Grenzen, die sichtbaren und die unsichtbaren, die äußeren und die inneren abzuschaffen und jedem/jeder das Recht auf das Leben zu geben, das er/sie möchte. Dem Rassismus keine Chance! Gegen Illegalisierung und Abschiebung wird am 20. Juni, 18:00 Uhr, eine Demonstration im Frankfurter Flughafen stattfinden! Uns gehört die Stadt, alle sind willkommen!

Zeitgleich zum Aktionstag in Frankfurt findet in Berlin eine Demonstration gegen rassistische Sondergesetze statt:

Diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen! Demonstration | 11.06.2011 | 13 Uhr | Pariser Platz | Berlin

ABOLISH! Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!

ABOLISH! Menschenwürdige Existenzsicherung und gleiche Rechte für alle!

ABOLISH! Diskriminierende Sondergesetze gegen Flüchtlinge abschaffen!

Bundesweite Kampagne zur Abschaffung diskriminierender Gesetze gegen Flüchtlinge

www.kampagne-abolish.info | presse@kampagne-abolish.info

VIELEN DANK FÜR DIE BLUMEN – GEGEN INTEGRATION UND AUSGRENZUNG

Aufruf des »...umsGanze!« Bündnisses gegen die Innenministerkonferenz

Der Ton wird rauer, die Politik verrückter und die Aussichten immer brutaler. Es gibt allen Grund sich gegen diese Zumutungen zu wehren. Stattdessen wird im Hamsterrad der Konkurrenz nach unten getreten. Sichtbar wird dies im aktuell grassierenden Sozialchauvinismus und Rassismus. Mit beiden Ideologien forder und fördern die bedrängten Menschen ihre eigene Integration in die kapitalistische Verwertung. Sie erhöhen so auch den Druck aufeinander. Vielen Dank für die Blumen. Wir verzichten gern auf Integrationsbambis und eure Erziehung zum Mitmachen. Den Zwängen der kapitalistischen Ordnung kann sich zwar niemand einfach entziehen. Es gibt aber auch keinen Grund, sie für legitim zu halten. Die kläglichen Privilegien der so genannten freien Welt sind ohnehin nur durch den Ausschluss der Anderen möglich. In dieser Weltordnung geht es allen schlecht. Manchen auf hohem Niveau.

Die Innenministerkonferenz kommt nach Frankfurt. Wir auch.

Die jährliche Konferenz der Innenminister der Bundesländer (IMK) findet vom 21.–22. Juni in Frankfurt statt. Die IMK ist einer der zentralen Institutionen an dem über die weitere Entwicklung der deutschen Innenpolitik diskutiert und entschieden wird. Darüber hinaus dient sie stets als Anlass um die neusten Problemanalysen und Pläne der bundesdeutschen Innenministerien öffentlich in Szene zu setzen. Wenngleich ein Blick auf die diesjährige Tagesordnung zunächst eher den Eindruck thematischer Beliebigkeit vermittelt, steht das zentrale Thema des Treffens schon längst fest. Sowohl die »Weiterentwicklung der Einwanderungspolitik«, wie die Frage eines »effektiveren Kampfes gegen den politischen Extremismus«, als auch die »Erweiterung der operativen Möglichkeiten von Polizei und Geheimdiensten« zielen letztlich auf ein einziges, topaktuelles Problem: Die Frage, wie und zu welchen Bedingungen die »Integration« ins »Team

Deutschland« organisiert werden kann. Überraschend ist das nicht. Gerade heute, wo die Standortkonkurrenz überall und ständig mehr VerliererInnen und Ausgeschlossene produziert, ist es eine zentrale Aufgabe staatlicher Politik, alle Bereiche der Gesellschaft für den nationalen Erfolg im globalen Wettbewerb einzuspanssen. Da die Ideologie nationaler Kollektive und kultureller Leistungsgemeinschaften jedoch nie ohne die Praxis von Ausgrenzung und Unterordnung auskommt, ist das vermeintlich großzügige Angebot gesellschaftlicher Integration unter den Bedingungen einer kapitalistischen Einrichtung der Welt immer als Drohung zu verstehen. Wir wollen daher unseren Teil zur aktuellen Integrations-Debatte beitragen, in dem wir uns ihr anlässlich der Innenministerkonferenz in Frankfurt öffentlichkeitswirksam verweigern. Nicht zuletzt, in dem wir dagegen die Perspektive auf eine Gesellschaft stark machen, in der die gemeinsamen Angelegenheiten und Bedürfnisse nicht mehr dem Zweck von ökonomischer Verwertung und nationalem Wettbewerb untergeordnet sind. Daher rufen wir dazu auf, sich an den vielfältigen Protesten gegen die Innenministerkonferenz in Frankfurt zu beteiligen und dabei über die traditionelle Kritik an den regelmäßigen Verschärfungen der Sicherheitspolitik hinauszugehen. Denn es gilt die heute unter dem Banner der Integration betriebene, staatliche Bevölkerungspolitik als Ganzes ins Visier zu nehmen.

Integration – An offer you can't refuse

Klar: Integration wäre schön. Wer nur Hartz IV kriegt und sich außer Terminen bei den SachbearbeiterInnen von der Arbeitsagentur nicht viel leisten kann, der hätte gerne »soziale Teilhabe«. Und wer erst gar nicht in den Hoheitsbereich des deutschen Gewaltmonopolisten einreisen, geschweige denn hier die bescheidenen Errungenschaften bürgerlicher Freiheit, wie Wahlrecht oder Bewegungsfreiheit, nutzen darf, der wäre wohl auch lieber »gut integriert«. Nur: Integration gibt es nicht kostenlos. Die kapitalistische Einrichtung der Welt stellt jede menschliche Existenz tendenziell unter den Vorbehalt der wiederkehrenden Prüfung in den täglichen Schlachten der Konkurrenz gegen die MitbürgerInnen in der Nachbarschaft, die KollegInnen am Arbeitsplatz und die anderen Nationalökonomie draußen auf dem Weltmarkt. Integration ist daher kein Recht, sondern eine Pflicht. Sie meint im Kapitalismus immer auch: Wer in den Genuss sozialer und bürgerlicher Rechte kommen will, der/ die muss dem Staat für dessen Zweck, nämlich dafür zu sorgen, dass es immer so weiter geht, auf die eine oder andere Art und Weise seine Nützlichkeit unter Beweis stellen. Dieses Angebot erweist sich als umso aufdringlicher, als schon ein Blick auf die Nachrichten von den – durch die EU und ihre Grenzschutzagentur FRONTEX souverän dem Ertrinken überlassenen – Flüchtlingen und MigrantInnen im Mittelmeer deutlich macht,

dass es etwas noch schlimmeres gibt, als die Forderung nach der Einpassung ins nationale Kollektiv: Nämlich diese Aufgabe gar nicht gestellt zu bekommen. Hier bereits zeigt sich, dass Integration und Ausgrenzung zusammen gehören. Es erweist sich aber auch bei einem genaueren Blick auf die scheinbar etwas weniger brutalen Methoden staatlicher Bevölkerungspolitik. Wenn bei der Innenministerkonferenz beispielsweise darüber diskutiert wird, welche Qualifikationen und Vorleistungen MigrantInnen denn nun mitbringen müssen, damit sie hier legal leben dürfen, dann ist die Abschiebung der für den Standort unnützen Menschen immer schon mitgedacht. Auch die angemahnte Verteilung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gegen »Extremisten« aller Couleur ist weit mehr, als nur eine dumme Gleichsetzung von Linken mit Nazis und religiösen Fanatikern. Geht es hierbei doch um nicht weniger, als dass staatlicherseits festgelegt wird, was überhaupt Gegenstand politischer Debatten werden darf. Das neuerdings überall verlangte Bekenntnis zur »demokratischen Kultur in Deutschland« (BMI Zimmermann) ist insofern nichts anderes als die institutionelle Verpflichtung darauf, dass Kritik sich in Form und Inhalt bitteschön nicht an der Sache, sondern den staatlichen Zwecken des nationalen Erfolges in der Standortkonkurrenz zu orientieren hat. Der Grund für all diese Politiken liegt in der strukturellen Einrichtung dieser Gesellschaft. Um existieren zu können braucht die Marktwirtschaft nicht nur die Garantie ihrer äußeren Geschäftsbedingungen, d.h. die Durchsetzung von Privateigentum und Tausch durch Polizei und Justiz. Darüber hinaus zwingt der Produktivitätswettbewerb zwischen den nationalen Standorten die Staaten dazu ihre Bevölkerungen immer auf Trab zu halten. Der Staat regiert daher meist gar nicht in der Form von offener Repression, sondern betreibt mit Gesetzen, Förderungen, medialen Kampagnen und Richtlinien stets Bevölkerungspolitik. Integration meint vor diesem Hintergrund nichts anderes als den Versuch, eine verbindliche Lebens- und Arbeitsweise für alle Menschen im staatlichen Herrschaftsbereich festzulegen und mit vielfältigen Mitteln durchzusetzen. So absurd sie im Einzelfall zunächst auch wirken mögen, Kampagnen wie »Kenn dein Limit«, »Deutschland bewegt sich«, »Land der Ideen« oder »Du bist Deutschland« sind der – je nach Anlass: drogen-, sport-, bildungsoder sozialpolitische – Ausdruck dieser staatlicher Disziplinierungsversuche. Getrieben vom Zwang zur Verwertung muss das Staatsvolk immer wieder neu formiert, aktiviert und zugerichtet werden. Sozialpolitik in Arbeitsagenturen und Gesundheitsämtern und die Aufrüstung des Polizeiapparates sind insofern nur unterschiedliche Varianten desselben staatlichen Anspruchs darauf, das soziale Zusammenleben entsprechend den sich verschärfenden Bedingungen des nationalen Erfolges auf dem Weltmarkt in den Griff zu bekommen.

Sozialchauvinismus und Rassismus: Ideologische Rettungsschirme in der Konkurrenz

An den einzelnen Menschen gehen die staatlichen Zurichtungsversuche nicht spurlos vorüber. Doch damit nicht genug: Da die kapitalistische Organisation des Lebens und die staatliche Bearbeitung seiner Widersprüche den meisten Menschen zur Selbstverständlichkeit geworden ist, machen sie häufig nur allzu eifrig mit bei der Suche nach möglichen oder wirklichen Störern der nationalen Sache. War die Lohnarbeit in vergangenen Phasen kapitalistischer Entwicklung noch ein funktionierendes Mittel um die Einordnung (zumindest) der StaatsbürgerInnen in die nationale Leistungsgemeinschaft zu verbürgen, scheitern die westlichen Staaten heute zunehmend an ihrem eigenen Weltmarkterfolg. Es gibt nicht mehr genügend Jobs um den sozialen Zusammenhalt zu sichern und jeder, in klassenübergreifend inszenierter Kraftanstrengung, errungene Produktivitätsschub erhöht nur den Druck auf die Lohnabhängigen, hier und weltweit, noch produktiver zu ackern. Offensichtlich Irrsinn, doch gekämpft wird hierzulande weniger gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die jede mögliche Verbesserung des Lebens in eine Bedrohung für die Menschen verwandeln. Stattdessen macht sich langsam aber sicher Panik breit. Dabei kennt man keine Verwandten. Weil man insgeheim ahnt, dass es unter kapitalistischen Bedingungen nicht mehr genug für alle geben wird, haben kultureller Rassismus und Sozialchauvinismus heute Konjunktur. »Kulturelle Werte« und angeblich »andersartige Gene« dienen als Beleg der eigenen Nützlichkeit und zur Legitimation der sozialen Ausgrenzung von angeblich »Kulturfremden« oder gar »genetisch verwahrlosten Asozialen«. Diese sollen »ganz anders« sein, weil ihre sozialen Bedürfnisse den eigenen Wünschen in Wahrheit gefährlich ähnlich sind. Da rechtspopulistische Tabubrecher und liberale Mitte im rauen Wind der Standortkonkurrenz nahe beieinander liegen ist man hinsichtlich der ideologischen Begründungen auch durchaus flexibel: Gestern noch Weltmeister der Herzen, heute schon Sarrazin, vorgestern »Gastarbeiter«, morgen »Integrationsverweigerer«. Zwar kann die Politik das Problem auch nicht lösen, aber im Versuch es zu verwalten, gelingt es ihr immer wieder die hysterische Sorge ums nationale Wohl staatlicherseits nutzbar zu machen und den Druck zum Mitmachen auf alle zu erhöhen. Die Streichung des Elterngeldes für Hartz IV-Bezieherinnen z.B. nimmt die verbalen »Tabubrüche«

von Sarrazin und Co. praktisch vorweg. Und auch die Innenminister des Bundes und der Länder formulieren in einer ganzen Reihe von Islam- und Integrationskonferenzen inzwischen öffentlich, dass bestimmte EinwandererInnengruppen sich noch mehr ins Zeug zu legen haben. In dieser rassistischen Logik drücken sie unfreiwillig das heutige Wesen jeder kapitalistischen Regierung der Bevölkerung aus. Sie basiert auf dem loyalen Abrackern für den Standort und der Konstruktion und Ausgrenzung von mitunter austauschbaren Feindbildern. Denn das Karussell dreht sich stetig schneller und es werden immer weniger Plätze frei.

Wir kommen um zu stören

Das wir uns nicht falsch verstehen: Wir begrüßen jedes erkämpfte soziale Recht und jedes bisschen mehr an individueller Autonomie. Eine abstrakte Beschwörung radikaler Kritik wird am schlechten Zustand der Welt nichts ändern. Aber die gerade bei den Innenministerkonferenzen öffentlich forcierte Diskussion darum, wer nun gerade unter welchen Bedingungen dabei sein darf, in der feindlichen Familie des nationalen Standortes, ist die Einladung zu einem Spiel bei dem es weiterhin nur VerliererInnen geben wird. Daher rufen wir zum praktischen antinationalen Widerstand auf, der sich quer zu den klassischen Spezialisierungen in die verschiedenen Teilbereiche linker Politik positioniert. Der also rassistische Ausgrenzung und soziale Zurichtung, FRONTEX und Hartz IV, als zwei Seiten derselben Medaille staatlicher Bevölkerungspolitik begreift und mithin die gesamte Integrationsdebatte in das Zentrum einer kompromisslosen Kritik rückt. Es geht uns dabei um einen kollektiven Widerstand für den es bisher zwar nicht viele institutionelle Ressourcen und ausgefeilte Konzepte gibt, der aber die Voraussetzung dafür ist, überhaupt weitergehende Perspektiven entwickeln zu können. Denn die aktuelle Integrationsdebatte basiert auf dem staatlichen Zweck einer autoritären Zurichtung der Bevölkerung zum strebsamen Schuft für und konstruktiven Streit um die Verbesserungen des nationalen Teams im Rennen, Rackern und Rasen der kapitalistischen Verwertungskrisen. Damit ist sie sowohl die Grundlage für den kulturellen Rassismus der rechtspopulistischen Angstbeißer, wie auch den Sozialchauvinismus der liberalen LeistungsträgerInnen. Deswegen ist klar: Integration ist eine vergiftete Einladung, die wir gerne ausschlagen.

**Vielen Dank für die Blumen!
Gegen Integration und Ausgrenzung. Kommt zur Demo und den Aktionen gegen die Innenministerkonferenz 2011 in Frankfurt!**

22. Juni, 18 Uhr, Hauptwache Frankfurt

imkaufloesen.blogspot.de | www.ums ganze.de



DEMO GEGEN REPRESSION IM VORFELD DER IMK



Rund 200 Menschen beteiligen sich heute lautstark an der Demo gegen die Kriminalisierung der Proteste anlässlich der Innenministerkonferenz in Frankfurt. Nach angeblicher Sprüherei wurden zwei Personen in Frankfurt brutal festgenommen. Anschließend führte die Polizei eine unverhältnismäßige und illegale Hausdurchsuchung in einer linken Wohngemeinschaft durch. Einige Medien wie beispielsweise die FAZ und der hessische Rundfunk phantasieren jetzt »Sprengsätze« und »mögliche Anschlagpläne« gegen die IMK herbei.

Die Demo mit rund 200 Teilnehmer aus verschiedenen Linken Spektren Protestierten durch die Innenstadt und zogen dabei von der Alten Oper zum Gerichtsgebäude. Passant_Innen wurden per Megaphon und Flugblättern über das skandalöse Verhalten der Frankfurter Polizei informiert. Parolen wie »BRD Bullenstaat – wir haben dich zum Kotzen satt«, »IMK – auflösen« und »Wir sind alle: 129a« wurden gerufen. Die Demo nach nur einem Tag Mobilisierung machte deutlich, dass die Dessenformationen seitens der Polizei (<http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/4970/2052780/polizeipraesidi...>) sowie der FAZ nicht unkommentiert bleiben werden und das auch trotz des brutalen und Rechtswidrigen Einsatzes die Mobilisierung gegen die IMK jetzt erst recht richtig los geht!

Pressemittelung des lokalen Bündnisses gegen die IMK:

Silvesterknaller statt »Sprengkörpern«. Bündnis kritisiert Polizei und Berichtserstattung

Nachdem in der Nacht vom 25. auf den 26. Mai zwei Personen in Frankfurt am Main von der Polizei wegen des Vorwurfs verhaftet wurden, politische Parolen gesprüht zu haben und ihre Wohnung von der Polizei durchsucht wurde,

dreht sich das Rad der Kriminalisierung weiter. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27. Mai wird behauptet, in der Wohnung der Betroffenen seien »Molotow-Cocktails« und »präparierte Sprengkörper« sichergestellt worden. Das ist falsch. Gefunden wurde laut polizeilichem Beschlagnahmeprotokoll Benzin, das für Generatoren, Rasenmäher oder Zweiräder gebraucht wird. Bei diesem Benzin an Molotow-Cocktails zu denken, spricht für die blühende Fantasie der FAZ-Redakteurin, nicht aber für ihren Realitätsinn. Ebenso verhält es sich mit den sogenannten »präparierten Sprengkörpern«. Dabei handelt es sich um Silvesterknaller, die in anderen EU-Ländern legal im Handel erhältlich sind. Dass die beschlagnahmten Gegenstände für »Anschläge« auf die Innenministerkonferenz benutzt werden sollten, ist hanebüchene Spekulation und setzt dem FAZ-Bericht die Krone auf. Sprecher Peter Hoffmann sagte dazu: »Hier scheint es allein darum zu gehen, den legitimen Protest gegen das Treffen der Innenminister im Juni mithilfe absurder Konstruktionen zu diffamieren und linke Zusammenhänge zu kriminalisieren. Offensichtlich genügt die Addition des Vorwurfs der Sprüherei mit Bezug zur Innenministerkonferenz, Benzin und Silvesterknallern für die Behauptung einer Anschlagplanung. Das ist schon eine mehr als absurde Konstruktion.« Die Berichterstattung soll ganz offensichtlich vom unverhältnismäßigen und rechtswidrigen Vorgehen der Polizei ablenken. Deshalb noch einmal zur Klarstellung: 1. Einer der beiden Verhafteten wurde vorsätzlich von einem Polizei-PKW angefahren, wobei schwere Verletzungen billigend in Kauf genommen wurden. Im Anschluss wurde der Kopf des Verhafteten mehrfach auf den Boden geschlagen, wobei seine Brille zerstört wurde. Eine offene Wunde an der Hand und einen gebrochenen Finger ließen die Beamten über eine Stunde unversorgt. 2. Bei der anschließenden Hausdurchsuchung wurden auch Zimmer von Mitbewohnern durch-

sucht, gegen die keine Vorwürfe erhoben waren. Hierfür reichten den Beamten Plakate im Flur zur Begründung. »Eine Durchsuchung der Zimmer unbeteiligter Personen im Rahmen einer solchen polizeilichen Maßnahme ist vermutlich rechtswidrig«, sagte eine Anwältin der Betroffenen. Das Vorgehen der Polizei und die Berichterstattung der FAZ zeigen vor allem eins: Bei einem Anlass wie der Innenministerkonferenz, die sich gerade um die repressive Verteidigung des Staates und der gesellschaftlichen Verhältnisse gegen vermeintliche Bedrohungen dreht, nutzt die Exekutive jede Gelegenheit, um den legitimen Widerstand dagegen zu kriminalisieren.

Solidarität ist eine Waffe! Lasst euch nicht Einschüchtern! Jetzt erst recht: Wir kommen um zu stören | IMK auflösen! 22. Juni | 18 Uhr | Hauptwache | Frankfurt am Main

Weitere Infos zu den Aktionen gegen die IMK: <http://imkaufloesen.blogspot.de>

Weitere Erklärungen zu der skandalösen und illegalen Hausdurchsuchung

Erklärung der Roten Hilfe Frankfurt, des EA Frankfurt, des AK Recht und des Arbeitskreis Kritischer Jurist_innen: www.ea-frankfurt.org

Erklärung der automomen antifa [f]: http://frankfurt.umsganze.de/index.php?option=com_content&view=article&id=326:260511-hausdurchsuchung-vor-imk&catid=57:frontpage

Solierklärung von ums Ganze: www.umsganze.de

ERNEUT BRUTALE UND ÜBERZOGENE POLIZEIAKTION VON BEAMTEN DES 17. REVIERS GEGENÜBER ROMA

Pressemittelung des Förderverein Roma e.V. vom 17.5.2011

Am 8.5.2011, gegen 7.00 Uhr, wurden drei junge Erwachsene von Beamten des 17. Reviers bei einer Personenüberprüfung misshandelt. Die Betroffenen mussten sich aufgrund der erheblichen Verletzungen in ärztliche Behandlung begeben.

Fünf Erwachsenen zwischen Anfang zwanzig und dreißig Jahren kamen nach einem Disco-Besuch in die Toni-Sender-Straße und warteten auf dem Parkplatz auf einen Freund, um die Heimfahrt zu organisieren. Laute Musik aus dem Auto veranlasste Nachbarn dazu, die Polizei zu benachrichtigen. Diese kam mit drei Wagen, einem Bus und mindestens acht bis zehn Beamten ohne Namensschilder. Die Musik wurde sofort leiser gemacht und die Türen des Autos geschlossen.

Ohne ersichtlichen Grund oder bedrohlichem Verhalten der Roma wurden drei Personen mit den Wörtern »Ach, wieder mal Zige-

ner« von den Beamten zu Boden geworfen, an Händen und Füßen gefesselt, massiv getreten und geschlagen. Tritte auf alle Körperteile, Fixierung des Gesichts mit Füßen, Schläge auf Kopf, Gesicht und der Hinweis, »das Maul zu halten« waren die Reaktion der Polizisten auf die Beschwerde der Betroffenen. Beim Versuch eines weiteren Beteiligten, die Vorgehensweise per Handy zu dokumentieren, wurde die Aufnahme durch die Beamten gelöscht. Die Personen sind zur weiteren erkennungsdienstlichen Behandlung und Blutprobe mit auf die Wache genommen worden, wobei ein junger Mann auch im Bus und in der Zelle weiter verprügelt und beleidigt wurde. Gründe für die vorläufige Inhaftierung wurden nicht genannt, ebenso wenig wurden die Namen der Polizeibeamten bekannt gegeben.

Gegen 15.00 Uhr kamen die Roma aus dem Gewahrsam frei. Die anschließende ärztliche Testierung des Klinikums Höchst ergab folgenden Befund: Fraktur und Riss im Mittelfuß, Handverletzungen, Schwellungen, Prellungen im

Becken, an Brust und Hals, Wunden am Oberkörper sowie Kopf-, Gesichts- und Handverletzungen. Die Fußverletzungen sind so erheblich, dass eine der Personen bis auf weiteres arbeitsunfähig ist.

Das 17. Revier fiel bereits wiederholt durch unverhältnismäßige Vorgehensweisen und diskriminierendes Verhalten gegenüber Roma auf. So wurde der Schwiegermutter eines Involvierten bei einem früheren Einsatz die Hand gebrochen. Der Förderverein Roma hat in den letzten Jahren immer wieder ähnliche, völlig überzogene Polizeiaktionen kritisiert sowie die straf- und dienstrechtliche Verfolgung von Beamten mit massiven Fehlverhalten und rassistischen Einstellungen verlangt. Auch in dem geschilderten Fall wurde Strafanzeige wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung erstattet sowie die staatsanwaltlichen Ermittlungen beantragt. Der Verein fordert die rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge und die strafrechtliche Ahndung der verantwortlichen Polizeibeamten.

POLIZEI: TAG DER GESCHLOSSENEN TÜR

Aktionsbündnis gegen Polizeigewalt

Den »Tag der offenen Tür« der Frankfurter Polizei am 28. Mai 2011 im Polizeipräsidium an der Miquel-Adickesallee nahmen linke Aktivist_innen aus Frankfurt zum Anlass, im Vorfeld der Innenministerkonferenz, dass skandalöse Vorgehen der Frankfurter Bullen in den letzten Tagen, Wochen und Monaten zu thematisieren. Die Bullen antworteten auf Kritik mit Repression und Gewalt.

Vor zwei Wochen noch eingestampft, setzte die Frankfurter Polizei die martialische Ästhetik ihres Plakates in repressive Praxis um. Weit über 100 Aktivist_innen aus linken, antifaschistischen und kulturellen Zusammenhängen nahmen diesen Tag zum Anlass mit kreativen Aktionen ihrer Kritik an der Frankfurter Polizei Ausdruck zu verleihen. Diese machte in den letzten Wochen wiederholt Negativschlagzeilen, sei es durch die brutale Misshandlung von Roma durch Polizist_innen des 17. Reviers, einer skandalösen Hausdurchsuchung zur Kriminalisierung linker Aktivist_innen oder Mobbing in den eigenen Reihen.

Tausenden Flyer warben in Gestalt des in die Kritik geratenen Werbeplakats des Tages der offenen Tür, auf satirische Weise für Aktionen gegen die Innenministerkonferenz. An Besucher_innen wurden 200 Video-DVDs verteilt, die Szenen von gewalttätigen Übergriffen von Polizist_innen auf Demonstrant_innen zeigen. Clows der Rebelclownsarmee und kreative Performances von Aktivist_innen bereicherten den Tag auf ihre Weise.

Beantwortet wurde die kreative Kritik mit der für die Polizei typischen Mitteln von Repression und Gewalt. Zahlreiche Gäste, die in

den Augen der Polizei »irgendwie links oder unter 30 Jahren aussahen« wurden willkürlich kontrolliert und Hausverbote bzw. Platzverweise erteilt. Die Darbietung der Clowns, welche negative Alltagserfahrungen mit der Polizei szenisch darstellten, wurden noch durch die brutale Festnahme eines der Clowns übertroffen (Video der Festnahme: <http://www.youtube.com/watch?v=r5tX8G6qD8E>). Ein weiterer Aktivist wurde aus fadenscheinigen Gründen verhaftet.

»Trotz oder gerade wegen der Repression und Gewalt von Seiten der Frankfurter Polizei ist der heutige Tag für uns als Erfolg zu verbuchen. Nicht einmal an diesem Tag, der wohl der Imagepflege dienen sollte, schafften es die Polizist_innen ihr Saubermannimage zu bewahren. So geriet die Veranstaltung zu einer Vorführung dessen, was wir kritisieren.«, sagte Ralf Mannheim, einer der Aktiven im Aktionsbündnis gegen Polizeigewalt.

Auch ohne zutun linker Aktivist_innen wäre der Tag der offenen Tür eine durch und durch gewalttätige Veranstaltung geworden, was im Vorfeld durch das Plakat und am Tag selbst durch Waffenschau, gewaltverherrlichenden Einsatzsimulationen und Kinderkrabbeln durch Wasserwerfer mehr als deutlich wurde. Die letzte Großvorstellung der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) fiel jedoch aus, da der schwerbewaffnete Schlägertrupp heute nicht eine Demonstration sondern ihr eigenes Präsidium vor kreativer und bunter Kritik »schützen« musste.

»Der heutige Tag zeigt einmal mehr, dass die Polizei als bewaffneter Arm des Staates, nicht für sondern gegen die in dieser Stadt lebenden Menschen agiert. Wir werden dieses Treiben weiterhin kritisch begleiten.«, so Ralf Mannheim abschließend.



TEXT DES VERTEILTEN FUGBLATTS:

Einladung zur Innenministerkonferenz

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe FreundInnen und Bewunderer,

ein **Tag der offenen Tür** ist für die Polizei als Gastgeber nicht nur eine große Freude, sondern auch ein Symbol für die Transparenz unserer Arbeit.

Deshalb möchten wir Sie gleich zu einem weiteren Event einladen, bei dem Ihre Frankfurter Polizei am 22. Juni ein weiteres mal Ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen wird: Die **Innenministerkonferenz** kommt in die Main-Metropole! Und damit auch einige brisante Themen, tausende DemonstrantInnen, Ihre Polizei – und Sie.

Seien Sie dabei, wenn die Innenminister der Bundesländer Abschiebungen unprofitabler MigrantInnen planen, die Überwachung mit Kameras und Vorratsdatenspeicherung optimieren und die Einzwängung der Menschen in das nationale Leistungskollektiv festklopfen.

Seien Sie dabei, wenn zementiert wird, dass jede Kritik an solcherlei Maßnahmen ein teuflischer »Extremismus« ist – insbesondere die Kritik derer, die am 22. Juni unter dem Motto **»Wir kommen um zu stören – Innenministerkonferenz auflösen!«** gegen das Treffen demonstrieren.

Wie Sie unter <http://imkaufloesen.blogspot.de> sehen können, hat Ihre Frankfurter Polizei also allen Grund, die Proteste nicht zu sehr aus dem Ruder laufen zu lassen...

Erleben Sie hautnah, wie Ihre Polizei mit Knüppeln, Wasserwerfern, Kameras und Kommunikations-Teams ihr Bestes gibt!

Und seien Sie unbesorgt:

Auch wenn Ihr Eindruck ein anderer sein sollte – die Bösen sind nie die in Uniform, sondern die Bösen sind immer die mit den Transparenten!

Wir freuen uns auf Sie:

Am 22. Juni um 18 Uhr an der Frankfurter Hauptwache

11.06.2011

WEM GEHÖRT DIE STADT?

AKTIONSTAG

12 UHR ZWEITES FRÜHSTÜCK AM KURFÜRSTENPLATZ

13.30 UHR IM ANSCHLUSS STADTTEILSPAZIERGANG DURCH BOCKENHEIM

15 UHR AKTIONISTISCHES SIGHTSEEING (START: HISTORISCHES MUSEUM)

15 BIS 20 UHR »I LOVE WASSERHÄUSCHEN« IN UND UM DIE KOBLENZER STRASSE (GALLUS)

17 UHR ÖFFENTLICHE KANTINE AN DER BOCKENHEIMER WARTE

18 UHR RUHESTÖRUNG STATT LÄRMBELÄSTIGUNG

INFOTELEFON 0176-74 54 99 91 (AKTIONSTAG, AB 12 UHR)

LIVE-TICKER [HTTP://WWW.WEMGEHERTDIESTADT.NET/TICKER/](http://www.wemgehertdiestadt.net/ticker/) (AKTIONSTAG, AB 12 UHR)

WEITERE INFOS [HTTP://WWW.WEMGEHERTDIESTADT.NET](http://www.wemgehertdiestadt.net)



**WEM GEHÖRT
DIE STADT?**